KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 193 September / Oktober 2017 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 193 September/Oktober 2017

Aktuelle Bewertung
Vernichtungsplan gegen Kurden damals und heute
Hatip Dicle, Co-Vorsitzender des DTK (Kongress für eine Demokratische Gesellschaft) 4

Altstadt von Amed/Diyarbakır (Suriçi)
Anatomie einer Zerstörung
Ercan Ayboga, Plattform »Nein zur Zerstörung von Sur, Diyarbakır« 7

Täterverehrung statt gesunder Erinnerungskultur – Symbolpolitik der AKP
Frontalangriff auf die Erinnerungen der Völker Anatoliens
Alîşêr Qocgirî 13

Wirtschaft in Rojava und die Zukunft der Revolution
Kooperativen und andere Modelle kommunaler Wirtschaft werden gefördert
Salvador Zana, Internationalist in Rojava, Juli 2017 17

Eindrücke vom Aufbau revolutionärer Kultur und Bildung in Nordsyrien
Wo Studierende gleichzeitig Lehrende sind
Marcel Cartier, Hip-Hop-Künstler, Journalist und Internationalist aus London 24

Die Demokratischen Kräfte Syriens im Fadenkreuz der Staaten, die den Status quo verteidigen
Die QSD, eine Kampfgruppe der Gesellschaften Syriens
Shawrash Khane 29

Mûsil und die Zukunft des Iraks in der Post-IS-Ära
Halit Ermiş 35

Ein Dorf für die freie Frau
Das Wesen des Lebens voller Bedeutung: JINWAR
Sozdar Dersim, Yeni Özgür Politika 29.07.2017 38

Jineolojî: Eine Zeitschrift stellt sich vor
Unter dem Titel unserer Zeitschrift streben wir danach, gemeinsam in die Zukunft zu fließen
Redaktion der Zeitschrift Jineolojî 42

Kemal Pir hat jeden Moment seines Lebens der Revolution Kurdistans gegeben
Die Träume von Kemal Pir werden wahr
Cemil Bayık 47

Hamburg, G20 und die grenzenlose Solidarität
Ein Erfolg, der zum Weitermachen auffordert
Yavuz Fersoğlu, Vorstandsmitglied des Demokratischen Gesellschaftszentrums für Kurdinnen und Kurden in Deutschland (NAV-DEM e. V.) 52

Die wirtschaftlichen und rüstungspolitischen Interessen der BRD sind gewichtiger
Behördlich organisierte Lebenszerstörung
Monika Morres, AZADÎ e.V., 12. August 2017 54

Die Berichterstattung der »jungen Welt« zum Syrien-Krieg und seinen Hintergründen
Washingtons Bodentruppen
Robert Jarowoy, August 2017 57

Die Frage von Staat und Revolution in der Oktoberrevolution
Staat und Freiheit können nicht nebeneinander bestehen
Ferda Çetin 59

»Zivilisation und Wahrheit«
Der andere Öcalan
Buchbesprechung von Kerem Schamberger 64



25. Internationales Kurdisches Kulturfestival

Am 16. September 2017 wird auf der Deutzer Werft in Köln das 25. Internationale Kurdische Kulturfestival stattfinden. Auch dieses Jahr werden sich wieder zehntausende Kurdinnen und Kurden aus Deutschland und weiteren europäischen Ländern zusammen mit internationalen Gästen versammeln und ein friedliches Fest unter dem Motto: »Freiheit für Öcalan – einen Status für Kurdistan« feiern. Neben den vielen kulturellen Beiträgen, Musik und Tanz werden auch viele internationale Gäste das Festival bereichern.

»Wir laden alle Kurdinnen und Kurden aus Deutschland & Europa sowie Bekannte und Freunde ein, mit uns am 16. September 2017 gemeinsam zu feiern. Der Weg für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit war, ist und bleibt international« | 16.9.2017, ab 11 Uhr, Köln, Deutzer Werft.



Kurdistan brennt. Ob Qandil, Rojava oder Bakur/Nordkurdistan, mit den Feuern wird die Natur zerstört und die Lebensgrundlage für die Bevölkerung genommen.



Die Guerilla in Bakur/Nordkurdistan ist aktiv. Dort, wo das türkische Militär versucht vorzudringen, stößt es auf Gegenwehr der Volks- und Frauenverteidigungskräfte.



Die Zerstörung des Altstadtviertels von Amed hält weiter an. Zuerst kamen Erdoğans Panzer, jetzt die Bagger und Bauarbeiter, die ein Haus nach dem nächsten abreißen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

derzeit erscheinen in kurdischen wie internationalen Medien zahlreiche Kolumnen und Leitartikel zu der Frage, wie es in Syrien und dem Mittleren Osten nach der Befreiung Raqqas vom »Islamischen Staat« (IS) wohl weitergehen werde. Sehr zuversichtlich klingen die meisten Prognosen nicht. Viele gehen davon aus, dass sich bislang hintangestellte Widersprüche zwischen regionalen und globalen Mächten dann voll entfalten könnten. Die Logik dahinter lautet: Hat der gemeinsame Kampf gegen den Hauptfeind IS manchen Widerspruch entschärft, wird mit dem Ende dieser Organisation wieder der Kampf »alle gegen alle« beginnen.

Wir wollen an dieser Stelle einen alternativen Blick auf die Zeit »nach Raqqa« wagen. Mit dem Ende des sogenannten Islamischen Staates werden die Völker des Mittleren Ostens eines der dunkelsten Kapitel ihrer Geschichte hinter sich gelassen haben. Die Befreiung von Raqqa stellt dabei eine vorentscheidende Etappe dar. Und während die Menschen der Region sich vom Joch des Terrorregimes befreien, machen sie zugleich Bekanntschaft mit einem völlig neuen Gesellschaftsmodell, der Demokratischen Föderation Nordsyrien. Die Hoffnung auf eine neue Perspektive gesellschaftlichen Miteinanders keimte vor etwas mehr als fünf Jahren mit dem Ausbruch der Rojava-Revolution auf. Mit der Befreiung Raqqas könnte diese Perspektive ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen. Raqqa wäre dann sicherlich Modellstadt für dieses Gesellschaftsmodell und würde weit über den Norden Syriens hinaus ausstrahlen. Unsere Prognose ist deshalb weitaus weniger pessimistisch.

Doch noch herrscht ein brutaler Häuserkampf in der Stadt. Die Demokratischen Kräfte Syriens schreiten beständig, aber langsam und vorsichtig voran. Und auch die Gegner der Demokratischen Föderation außerhalb Raqqas halten nicht still. Insbesondere die Türkei versucht mit ihren beharrlichen Angriffen auf den Kanton Afrîn die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten der YPG und YPJ zu binden und dem IS Verschnaufpausen zu verschaffen.

Doch die Energie und die Hoffnung, die von der Revolution im Norden Syriens ausgehen, lassen sich längst nicht mehr negieren. Als bei den G20-Protesten in Hamburg auf der Großdemonstration mit rund 76.000 Teilnehmer*innen plötzlich tausende Fähnchen der YPG und YPJ sowie das riesige Symbol der PKK zu sehen waren, wurde dies eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Zugleich wurde mit »grenzenloser Solidarität« das absurde Fahnenverbot des Bundesinnenministeriums durchbrochen.

Wenn wir unsere grenzenlose Solidarität weiter entfalten und zur Grundlage unseres Alltags und unseres gemeinsamen Kampfes für eine bessere, lebenswerte Welt machen, dann werden wir nicht zu bloßen passiven Zuschauer*innen bei der Frage, wie es nach Raqqa weitergeht, sondern wir werden die Beantwortung der Frage maßgeblich mitbestimmen. Möglichkeiten des direkten Handelns gibt es in diesem Land leider zu genüge. Auch wenn die Bundesregierung momentan die verbalen Angriffe des Machthabers des türkischen Regimes nicht lautlos schluckt und ein wenig Kritik hörbar ist, erkennen wir doch allein an dem Volumen der Rüstungsgüter ihre »gute Zusammenarbeit«. 2016 genehmigte die Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern im Wert von 83,9 Millionen Euro an die Türkei. Die Tendenz ist, das es auch in diesem Jahr nicht anders werden wird. Krieg beginnt hier, dass sollten wir nicht vergessen.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Vernichtungsplan gegen Kurden damals und heute

Hatip Dicle, Co-Vorsitzender des DTK (Kongress für eine Demokratische Gesellschaft)

Die türkische Republik ist 1923 aus den Trümmern des Osmanischen Reiches entstanden. Dieser neue türkische Nationalstaat knüpfte auf der Suche nach seiner ideologischen Ausrichtung am rassistischen, monistischen, assimilatorischen und oligarchischen Geist der »İttihat ve Terakki«-Bewegung an – des Komitees für Einheit und Fortschritt, der letzten Regierungsmacht des Osmanischen Reiches. Auf diesem Wege sollte nach dem Genozid an den christlichen Armeniern und den Suryoye mittels einer auf längere Sicht angelegten Assimilationspolitik gegenüber den mehrheitlich muslimischen ethnischen Minderheiten, allen voran den Kurden, eine völlig »türkisierte« Gesellschaft geschaffen werden.

Zwischen 1925 und 1938 wurden im Rahmen dieser Strategie entsprechend dem hierfür entwickelten »Şark Islahat Planı« (Reformplan Ost) bei umfangreichen Massakern hunderttausende Kurden getötet. Nach dem Ersten Weltkrieg war das kurdische Siedlungsgebiet in vier Teile aufgeteilt worden. Für Nordkurdistan – das größte dieser vier Teilgebiete –, das der Türkei zugeschlagen wurde, etablierten die Machthaber der neuen Republik eine kolonialistische Ausbeutungspraxis. So wurde nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Kurden untergraben, sondern auch ihrer Sprache und Kultur eine assimilatorische Verbotspraxis auferlegt. Angefangen mit den Kurden sollte auf diesem Wege jede ethnische, religiöse und kulturelle Minderheit ausgelöscht und per Zwang der »türkischen Nation« einverleibt werden.

Auf jede Reaktion der Völker auf diese Politik wurde mit äußerster Gewalt gekontert. Aus diesem Grund kam es in der Türkei zu mehreren Militärputschen, die alle den Staat zu seinem İttihat-ve-Terakki-Ursprung zurückführten. Nach jeder Machtergreifung des Militärs wurden Vernichtungsfeldzüge in Nordkurdistan unternommen. Jegliche Gewalt gegen die politischen Führungspersonen der Kurden galt als legitim. Deren Kultur und Geschichte wurde dann nicht nur per Assimilation, sondern durch physische Vernichtung ausgelöscht. Diese Politik des türkischen Staates wurde praktisch an die hundert Jahre ununterbrochen fortgesetzt.

Der bedeutendste Militärputsch war der faschistische Putsch vom 12. September 1980. Diese Machtergreifung wurde in der Zeit des Kalten Krieges durch die NATO und die USA unterstützt. Insbesondere nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und der schiitisch-islamischen Revolution im Iran 1979 haben die USA auf eine Politik der »grünen Generation« *[grün steht für islamisch, islamistisch]* gesetzt, um eine Verbreitung sozialistischer Ideen im Mittleren Osten zu unterbinden. Dementsprechend sollten in allen sunnitisch-islamischen Ländern des Mittleren Ostens Gruppen und Bewegungen des »politischen Islams« unterstützt und gefördert werden. Mit dem Militärputsch von 1980 fand deshalb auch in der Türkei der Versuch statt, die kemalistisch-nationalistischen Generäle des Militärs in Richtung islamische Ideologie zu bewegen und die zukünftige politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes entlang dieser Synthese zu beeinflussen. Im Zuge einer groß angelegten Islamisierung der Gesellschaft wurden im ganzen Land – zusätzlich zu den bestehenden – hunderte von sogenannten Imam-Hatip-Gymnasien gegründet, die ihren Fokus auf die islamische Bildung der Schülerinnen und Schüler legten. Islamische Verbände und Bruderschaften wurden vom türkischen Staat massiv gefördert und unterstützt. Das staatliche Ministerium für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) erfuhr eine enorme Aufstockung seiner finanziellen und personellen Mittel.

Die Machthaber der heutigen Türkei, Recep Tayyip Erdoğan und seine Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), sind in einer solchen politischen Atmosphäre groß geworden. Die breite Unterstützung für die Institutionalisierung des faschistischen Ein-Mann-Regimes liegt in dem islamischen politischen Kurs begründet, der 1980 in der Türkei seinen Anfang genommen hat. Natürlich können wir in der Macht der AKP auch eine Kontinuität zur İttihat-ve-Terakki-Ideologie wiedererkennen. Denn ähnlich wie den letzten Machthabern im Osmanischen Reich ist es auch der Partei Erdoğans gelungen, sich bei ihrem Machtantritt als eine liberale, gar demokratische Kraft darzustellen. Im Zuge ihrer Machtkonsolidierung offenbarte sie ihre tatsächliche türkisch-islamisch-politische

Agenda. Deshalb können wir Tayyip Erdoğan sowohl mit dem Führer der İttihat-ve-Terakki-Bewegung, Enver Paşa, als auch mit dem Befehlshaber des Militärputsches von 1980, Kenan Evren, vergleichen.

Ähnlich wie damals Enver Paşa führt Erdoğan heute einen politischen und militärischen Feldzug im Mittleren Osten im Namen des von ihm vertretenen »Neoosmanismus«. Er selbst lässt keinen Zweifel daran, dass er hierfür jederzeit bereit ist, einen Vernichtungskrieg gegen die Kurden zu führen. Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, weshalb er nicht davor zurückschreckt, radikal-islamistische Gruppierungen wie den Islamischen Staat (IS), die Al-Nusra-Front oder Ahrar al-Scham zu unterstützen.

Nach dem gesteuerten Putschversuch im Juli des vergangenen Jahres haben Erdoğan und seine AKP von Neuem eine Vernichtungswelle gegen die politischen, kulturellen, ökonomischen Werte und Institutionen der Kurden gestartet. Während der Ausnahmezustand vermeintlich zur Bekämpfung der putschistischen Kräfte in Militär und Staatsapparat ausgerufen wurde, richteten sich die konzentrierten Angriffe der Machthaber vor allem gegen die Kurden. Auch das steht in der Kontinuität der türkischen Staatspraxis.

Aus Berichten, die erst nach dem gescheiterten Putschversuch in den Medien auftauchten, wurde später ersichtlich, dass der Putschversuch das Ergebnis eines ausgeklügelten Plans des Herrschaftsblocks aus AKP, MHP (Partei für Nationalistische Bewegung) und Ergenekon (kemalistische Ultranationalisten) war. Es ist dieser Machtblock, der gegenwärtig den Krieg in Kurdistan führt. Während der Staat einerseits zwischen 2013 und 2015 Gespräche mit der kurdischen Freiheitsbewegung in der Person Abdullah Öcalans führte, hat er andererseits ein breit angelegtes Vernichtungskonzept gegen die kurdische Bevölkerung entworfen. Das ist aus der Antwort des damaligen türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu auf die Anfrage des Abgeordneten Alican Önlü von der Demokratischen Partei der Völker (HDP) vom 24. Dezember 2015 offenbar geworden. Demnach hatte der Staatsminister für Öffentliche Ordnung und Sicherheit im September 2014 einen 42 Seiten umfassenden und als geheim eingestuften Plan sowohl dem Generalstab als auch der AKP vorgelegt. Dieser »Aktionsplan zum Zusammenbrechenlassen« wies viele Parallelen zum »tamilischen Modell« (Vernichtungskonzept der sri-lankischen Regierung gegen die Tamil Tigers) auf, der von den Kolumnisten der AKP-Medien gern diskutiert wurde. Zum Plan des Staatsministers gehörten u. a. folgende Punkte:

- Spezialeinsatzkräfte, gut ausgebildete Soldaten und das Militär werden die (kurdischen) Städte, Stadtteile und Bezirke belagern und Operationen in diesen Gebieten durchführen.
- Die Befehlskette für diese Operationen wird von den örtlichen Provinz-Jandarma-Kommandanturen ausgehen. Im Bedarfsfall soll auch die Luftwaffe eingesetzt werden.
- Die belagerten Orte sollen gezielt zerstört, ihre Bewohner in die Flucht getrieben werden. Die Möglichkeit ihrer späteren Rückkehr soll unterbunden werden.
- Massenhafte Ermordungen sollen zum Zwecke der Abschreckung in Kauf genommen werden.
- Die kritische Presse soll zum Schweigen gebracht werden.
- Gouverneuren, Landräten und hochrangigen Militärs ist es verboten, mit HDP-Abgeordneten zu sprechen.
- Panzer und gepanzerte Fahrzeuge werden an »passenden« Stellen der Siedlungsgebiete zur Schau gestellt.
- In den Operationsgebieten wird der Zu- und Ausgang für Menschen völlig unterbunden.
- Die lokalen Stadtverwaltungen werden den Gouverneuren übertragen.
- Der Plan beziffert die Zahl der möglichen Toten bei seiner Umsetzung mit bis zu 15.000, die Zahl der möglichen Verletzten mit bis zu 8.000. Außerdem sollen 5.000–7.000 Menschen verhaftet und bis zu 300.000 Menschen zur Flucht getrieben werden.
- Mit der Umsetzung des Plans werden ehemalige Mitglieder von JITEM (Jandarma-Geheimdienst, paramilitärische Einheiten des Tiefen Staates in der Türkei) und erfahrene und hochrangige Ergenekon-Militärs beauftragt.
- Die Luftangriffe auf die PKK-Stellungen in Kandil werden ununterbrochen fortgesetzt.
- Selbst wenn die PKK einen einseitigen Waffenstillstand erklärt, wird an der Umsetzung des Plans festgehalten.

Nachdem die mit dem Vorsitzenden der PKK, Herrn Abdullah Öcalan, geführten Gespräche auf Imralı abgebrochen worden waren, kam es am 24. Juli 2015 zum bislang größten Luftangriff des türkischen Staates auf die PKK-Stellungen in den Kandil-Bergen in Südkurdistan. Dutzende Kampfflugzeuge aus Amed (Diyarbakır) und Malatya waren daran beteiligt. Interessant ist das ausgewählte Datum für diese Operation.

Denn der 24. Juli markiert den Jahrestag des Vertrages von Lausanne (1923), mit dem die Vierteilung Kurdistans besiegelt worden war. Uns begegnet so erneut der Geist von Ittihad ve Terakki.

Welches Ausmaß der »Aktionsplan zum Zusammenbrechenlassen« annahm, wurde an den Zerstörungs- und Vernichtungsfeldzügen der türkischen Armee in den kurdischen Städten und Stadtteilen von Gimgim (Varto), Amed-Sûr, Cizîr (Cizre), Silopiya, Hezex (Idil), Kerboran (Dargeçit), Dêrike, Nisêbîn (Nusaybin), Gever (Yüksekova) und Şirnex (Şırnak) für die ganze Welt ersichtlich. Diese Städte wurden nicht nur mit schweren Waffen völlig zerstört, hier wurden unzählige Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Allein in Cizîr wurden rund 180 unbewaffnete Zivilisten, die in Kellern von Wohnungen Schutz gesucht hatten, kaltblütig ermordet.

Solange Erdoğan und seine AKP auf die Institutionalisierung ihrer Ein-Mann-Herrschaft setzen und im Rahmen ihrer neoosmanischen Ideologie ihre hegemonistische, faschistische und kurdenfeindliche Politik fortsetzen, wird die Türkei aus der politischen, sozialen, ökonomischen und diplomatischen Krise nicht herausfinden können.

Der kontrollierte Putschversuch vom 15. Juli 2016 gab schließlich dem AKP-MHP-Ergenekon-Machtblock die Gelegenheit, seinen Vernichtungsplan gegen die Kurden und Kurdistan mithilfe der Ausnahmezustandsregelung weiter zu vertiefen. So wurden zunächst kurdische und kritische Medienanstalten verboten und geschlossen. Unzählige Journalisten wurden und werden weiterhin verhaftet. Auch kurdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine und kulturelle Einrichtungen blieben von den Verboten und Verhaftungen nicht verschont.

Ein besonderes Zielobjekt der staatlichen Angriffe war die HDP, die mit sechs Millionen Wählerinnen und Wählern die drittstärkste Partei in der Türkei ist. So sind einschließlich der beiden Co-Vorsitzenden und zahlreicher Abgeordneter mittlerweile mehr als 8.000 Mitglieder der HDP verhaftet worden. Ebenso sehr traf es die Partei der Demokratischen Regionen (DBP), die in rund 100 Kommunen in Nordkurdistan die gewählten Bürgermeister stellt. Mittlerweile wurden in rund 80 Kommunen die gewählten Bürgermeister abgesetzt und durch staatliche Treuhänder ersetzt. Unzählige Co-Bürgermeister und Mitglieder der DBP befinden sich in Haft. Hinzu kommen die massenhaften Entlassungen, von denen zehntausende Menschen betroffen sind. Viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst verloren beispielsweise ihre Anstellung nur wegen ihrer KESK-Mitgliedschaft (Dachverband von Gewerkschaften im öffentlichen Dienst). Kritische und oppositionelle Bedienstete, Akademiker und Beamte sollen durch Entlassungen – und infolgedessen durch Armut und Hunger – auf »Linie« gebracht werden.

Neben den Repressionen sind es die Auswirkungen der Kriegspolitik der AKP, die Mensch und Natur in Kurdistan derzeit die Luft zum Atmen nehmen. So werden in Nordkurdistan regelmäßig Felder und Wälder durch das Militär in Brand gesteckt. Über bestimmte Landkreise werden so lange Ausgangssperren verhängt, bis das Kleinvieh der dortigen Bevölkerung vor Hunger verendet. So wird den Menschen systematisch die Lebensgrundlage entzogen, und sie werden zur Emigration gezwungen. Der türkische Staat verfolgt eine vielschichtige Politik, die einen demographischen Wandel in Nordkurdistan bewirken soll. Gepaart ist diese Kriegspolitik gegen die Kurden im »Inland« mit Aggressionen gegen die kurdischen Errungenschaften im Irak (Südkurdistan, Şengal/Sindschar) und in Syrien (Rojava/Nordsyrien).

Wir stellen uns die Frage, ob die Türkei mit diesem Kurs etwas gewinnen kann. Die zusammengefasste Antwort hierauf lautet: Solange Erdoğan und seine AKP auf die Institutionalisierung ihrer Ein-Mann-Herrschaft setzen und im Rahmen ihrer neoosmanischen Ideologie ihre hegemonistische, faschistische und kurdenfeindliche Politik fortsetzen, wird die Türkei aus der politischen, sozialen, ökonomischen und diplomatischen Krise nicht herausfinden können. Im Gegenteil, wir wissen aus unserer Geschichte, dass keine Diktatur von Dauer sein kann. Das gilt auch für den AKP-MHP-Ergenekon-Machtblock. Zudem wächst im Mittleren Osten unter der Vorreiterschaft der Kurden der Widerstand und es reift eine Alternative heran, die sich das demokratische und friedliche Zusammenleben der Völker und Religionsgemeinschaften auf die Fahne geschrieben hat. Je stärker dieser Widerstand wird, und er wächst tagtäglich, desto enger wird es für den faschistischen Machtblock in der Türkei. Wir wissen deshalb sehr gut, dass die ausufernde Aggressivität der Machthaber in Ankara Ausdruck ihres nahenden Endes ist. ♦

Altstadt von Amed/Diyarbakır (Suriçi)

Anatomie einer Zerstörung

Ercan Ayboga, Plattform »Nein zur Zerstörung von Sur, Diyarbakır«

Nachdem Suriçi – Teil der UNESCO-Welterbestätte »Festung von Diyarbakır und Kulturlandschaft Hevselgärten« – im Winter 2015/2016 Schauplatz von Kämpfen zwischen kurdischen RebellInnen und türkischen Staatskräften war, wird die Altstadt systematisch vom türkischen Staat zerstört. Durch Enteignung wird die politisierte kurdische Bevölkerung vertrieben und das Gebiet kommerzialisiert. Von der Gentrifizierung ist auch das angrenzende Tigristal betroffen.

Diyarbakır – heute auch Amed genannt – ist mit seiner geopolitisch wichtigen Lage am Tigris seit mehr als 4.000 Jahren eine Stadt, die von einer Reihe östlicher und westlicher Zivilisationen beherrscht wurde. Sie diente für viele politische Kräfte als regionales Zentrum. Der älteste archäologisch gesicherte Fund in der Zitadelle reicht 7.000 Jahre zurück, die Stadtmauer wurde vor mindestens knapp 3.000 Jahren errichtet. Zwischen der Festung und dem Fluss erstrecken sich die auf einer ebenso großen Fläche angelegten Hevselgärten, die seit 3.000 Jahren die Stadt mit Gemüse und Obst versorgen.

Erst 1988 wurde die ummauerte Altstadt – auch Suriçi genannt – unter Denkmalschutz gestellt, als aber schon über 80 % der Gebäude weitgehend durch neue ersetzt waren. Mit ihrem mehrsprachigen, multikulturellen und vielschichtigen Charakter wurden innerhalb der Festung 595 Bauwerke unter Denkmalschutz gestellt. In den 1990er und 2000er Jahren wuchs Amed äußerst schnell, doch behielten die Altstadt und das Tigristal mit den Hevselgärten ihre Eigenschaft als Quelle der Kultur und identitätsstiftendes Element. Gerade deswegen begann 2011 unter Federführung der Zivilgesellschaft, der sich die Kommunalverwaltungen der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) und der Demokratischen Partei der Völker (HDP) umgehend anschlossen, eine Initiative, die zur Aufstellung eines demokratisch-partizipativ beschlossenen »Suriçi-Erhaltungsplans« im Jahre 2012 führte. Diese breit getragene Initiative wurde damals von der türkischen Regierung unterstützt und so wurde Anfang Juli 2015 die »Festung von Diyarbakır und Kulturlandschaft Hevselgärten« in die Liste der UNESCO-Welterbestätten aufgenommen. Die Freude über diesen Erfolg in und um Diyarbakır war sehr groß.

Der Krieg kommt nach Suriçi

Doch am 24. Juli 2015 war der Waffenstillstand zwischen dem türkischen Staat und der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK) vorbei, als die Armee die Guerilla umfassend angriff. Sofort ging eine große Repressionswelle los, woraufhin die politisch organisierten Jugendlichen in mehreren Städten Barrikaden errichteten. Darauf antwortete die türkische Polizei umgehend mit groß angelegten Operationen in Verbindung mit mehrtägigen 24-stündigen Ausgangssperren. Das passierte



Suriçi vor den Zerstörungen

auch in der Altstadt von Amed. Von Anfang September bis Mitte Oktober 2015 gab es mehrere Polizeieinsätze mit Ausgangssperren, in deren Folge jedes Mal mehrere Menschen starben, tausende ZivilistInnen die Altstadt verließen und auch Monumente zu Schaden kamen. Jedes Mal wurden die Angriffe härter, der Widerstand aber auch stärker. Am 2. Dezember 2015 begann eine bis heute andauernde Ausgangssperre, sie wurde nur am 11. Dezember 2015 für knapp einen Tag unterbrochen, was zu einer Massenflucht aus dem östlichen Suriçi führte. Denn dieses Mal griff der Staat mit Militär, Panzern, Mörsern und anderen schweren Waffen an, wie auch in den Städten Cizîr (Cizre) und Silopiya (Silopi).

Zerstörung und Vertreibung

Weil der türkische Staat einen schnellen Erfolg wollte, bombte er sich im Ostteil Suriçis seinen Weg im wahrsten Sinne des Wortes frei. Zwar hatte Suriçi nicht mehr so viele historische Gebäude, aber das historische enge Straßennetz war nach wie vor intakt. Bei diesem Vorgehen war der Befehl erteilt worden, vor historischen Gebäuden und wichtigen Monumenten nicht haltzumachen. Der Lebensraum von über 22.000 Menschen in sechs Stadtteilen – 57.000 hatten vor dem Konflikt in Suriçi gelebt – wurde ernsthaft beschädigt. Anfangs hatten noch bis zu 3.000 ZivilistInnen im belagerten Osten ausgeharrt, um so ein gewaltsames Vordringen des Staates zu verhindern, doch wurde auf sie absolut keine Rücksicht genommen und auch ihre Häuser wurden in dem Wissen, dass sich dort Menschen aufhielten, beschossen. Außerhalb der Altstadt versammelten sich jeden zweiten Tag Tausende, um gegen den Zerstörungs- und Tötungswahn zu protestieren, was jedes Mal im Keim erstickt wurde. Noch nie war in der Geschichte Ameds so viel Tränengas verschossen worden, insgesamt wurden bei Demonstrationen elf Jugendliche von ScharfschützInnen gezielt ermordet. Amed gleicht seitdem einer belagerten Stadt.

Die Polizei- und Militärkräfte nutzten auch die Festung für ihren systematischen Beschuss der Stadtteile mit schweren Waffen. Dabei wurde sie bewusst beschädigt, indem zum Beispiel Stangen metertief in die Mauer einbetoniert wurden. Toiletten wurden auf die Burg gebracht und das Abwasser floss offen über die Stadtmauer hinunter, die Spuren waren aus hunderten Metern zu sehen. Es wurden Anbauten an die Festung angebracht und die kleinen Durchgänge zubetoniert, wofür erst im Nachhinein Genehmigungen von der zuständigen regionalen Denkmalschutzbehörde eingeholt wurden. Hier ist zu erwähnen, dass die Festung direkter Bestandteil des UNESCO-Welterbes ist, während die Altstadt zur Pufferzone gehört.

Nach den Kämpfen – die eigentliche Zerstörung beginnt

Die Militäroperationen wurden offiziell am 10. März 2016 abgeschlossen. Der Staat verkündete zynisch seinen Erfolg, doch das Ergebnis war neben der physischen Zerstörung oder Beschädigung hunderter Gebäude und der Vertreibung Zehntausender auch der Tod von mindestens 25 ZivilistInnen und von KämpferInnen beider Seiten in dreistelliger Zahl.

Während die Mehrheit der Bevölkerung und der Öffentlichkeit davon ausging, dass nun die Vertriebenen zurückkehren und die Schäden behoben werden könnten, dachte die türkische Regierung überhaupt nicht daran und wollte Suriçi aus ihrer Sicht ein für alle Mal dauerhaft widerstandsunfähig machen. Als Erstes wurde die Ausgangssperre über die sechs Stadtteile im Ostteil Suriçis aufrechterhalten. Gleich danach am 21. März 2016 fasste die Regierung den Beschluss, die gesamte Altstadt zu enteignen. Da 18 % ohnehin staatlichen Behörden gehörten, sollten 82 % von Suriçi – einschließlich aller Moscheen, Kirchen und anderer Monumente – enteignet werden. Daraufhin bildete sich die Sur-Schutzplattform unter Beteiligung fast aller Kommunalverwaltungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen, um gegen die angekündigte Zerstörung Widerstand zu organisieren.



Satellitenphoto vom 16. Mai 2016

Zwar fuhren seit Dezember 2015 täglich viele LKWs mit Schutt aus Suriçi heraus, doch erst ein von der Provinzverwaltung in Auftrag gegebenes Satellitenphoto vom 10. Mai 2016 zeigte das Ausmaß der weitergehenden Zerstörung. Zehn Hektar waren komplett dem Erdboden gleichgemacht und ermittelte 832 Gebäude ganz und 257 Gebäude teilweise zerstört. Die systematische Zerstörung wurde so begonnen, dass an einigen Straßen beidseitig Gebäudereihen abgerissen wurden, um leichten Zugang zu allen Gebieten Suriçis zu bekommen. Es wurde klar, dass der Staat zumindest den gesamten östlichen Teil Suriçis völlig zerstören wollte. Er ließ nur Teams hinein, die eben diese Zerstörung und das Abtragen des Schutts durchführen sollten.

Schweigen der UNESCO

Seit Beginn der Kämpfe und Zerstörungen hat das UNESCO-Welterbestättenmanagement von Amed, angesiedelt bei der DBP-/HDP-regierten Provinzverwaltung, immer wieder dem Kultusministerium geschrieben und ein Eingreifen zum Stopp der Zerstörung der Kulturgüter und Bebauung und die umgehende Entsendung einer gemeinsamen Mission in die Altstadt gefordert. Nur ein Mal kam eine Antwort und diese beschwichtigte nur. Vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der UNESCO hatte das Welterbestättenmanagement keinen Zugang zum Welterbe selbst! Das Welterbestättenmanagement verfasste Berichte, die es auf eigene Untersuchungen vor Ort – soweit es möglich war – sowie auf Nachrichten und Bilder anderer stützte. Erst nach Erhalt dieser wichtigen umfangreichen Berichte hat das UNESCO-Welterbekomitee reagiert und von dem bis dahin schweigenden türkischen UNESCO-Botschafter Auskunft verlangt.

Das UNESCO-Welterbekomitee reagierte sehr zurückhaltend, als der türkische UNESCO-Botschafter die ersten Berichte einreichte, und hielt sich mit Kritik und Forderungen zurück – es wurde nur appelliert. Seine zwanzig Mitglieder hatten nur im Sinn, keine diplomatischen Konflikte zu riskieren. Denn damit drohte ihnen die türkische Regierung indirekt, wenn die Türkei wegen ihres Vorgehens von einem oder mehreren Mitgliedern kritisiert werden würde. Das spiegelte sich wider auf der vierzigsten Sitzung des UNESCO-Welterbekomitees Anfang Juli 2016 in Istanbul. Trotz aller Bemühungen des Welterbestättenmanagements von Amed wagte keines der zwanzig Mitglieder auch nur den Mund aufzumachen – einige sagten ganz offen im Vieraugengespräch, dass die Türkei ihnen mit Konsequenzen gedroht habe. Da stellte sich zurecht den KurdInnen und kritischen Menschen in der Türkei die Frage, wozu es denn die UNESCO gebe, wenn sie wie im Falle Ameds nicht eingreift. Es ist nichts Neues, dass einige Welterbekomitees Welterbestätten in ihren Staaten bei unangenehmer Thematisierung durch andere indirekt mit Konsequenzen drohten. Doch hier handelt es sich um die systematische und umfangreiche Zerstörung einer eigenen Welterbestätte durch ein Mitglied. Ein solch skandalöses Verhalten hatte das UNESCO-Welterbekomitee bis dahin nie gezeigt.

Auch bei der 41. Sitzung des UNESCO-Welterbekomitees im polnischen Krakow Anfang Juli 2017 wiederholte sich das gleiche Szenario. Kein Mitglied des Welterbekomitees äußerte Kritik am Vorgehen der Türkei, von ihr wurde nur ein Masterplan für die Zukunft Suriçis und bis Ende 2018 ein Bericht zur Lage verlangt. Das wird die Türkei in irgendeiner verschönerten Form ohne Bezug zur Realität liefern. Doch dann könnten auch der Westen Suriçis und das Tigristal weitgehend zerstört sein.

Ausmaß der Zerstörung

Im August 2016 offenbarte ein zweites Satellitenphoto, dass die Zerstörung mit aller Brutalität weiterging. Jetzt waren schon 20 Hektar und 1519 Gebäude völlig zerstört. Damals war der Ausnahmezustand in der Türkei neu ausgerufen worden und die Maschinerie zur intensivierten Repression gegen die KurdInnen setzte ein. Im September 2016 wurden per Erlass alle Denkmalschutzstättenmanagements direkt dem Kultusministerium unterstellt, womit die Provinzverwaltung Ameds nicht mehr für die UNESCO-Welterbestätte zuständig war. Denn die mit fundierten Berichten unterfütterte Kritik aus Amed störte die türkische Regierung. Einen weiteren Monat später wurden die Ko-BürgermeisterInnen der Provinzverwaltung festgenommen und eine Woche später, Anfang November 2016, wurde die Provinzverwaltung unter Zwangsverwaltung



Satellitenphoto von August 2016

gestellt. Weitere Wochen später wurden Dutzende Vereine in Amed geschlossen, darunter auch viele, die sich gegen die Zerstörung von Suriçi starkgemacht hatten.

Mit dem Beschluss zur Enteignung Suriçis behauptete die türkische Regierung anfangs, Suriçi werde nach dem Erhaltungsplan von 2012 wieder aufgebaut. Dass es von Anfang an eine Lüge war, zeigte sich, als der Zwangsverwalter im Dezember 2016 diesen Plan nach den Interessen des Staates änderte. Seine alleinige Unterschrift reichte dafür aus, der Stadtrat wurde ohnehin nicht mehr einberufen.

Durch diese extreme Unterdrückung der Gesellschaft konnte Ende 2016 kein drittes Satellitenphoto von der Provinzverwaltung in Auftrag gegeben werden. Nur noch aus den landenden und aufsteigenden Flugzeugen und von staatlichen Bediensteten geschossene und der Öffentlichkeit zugespielte Bilder vom Frühjahr 2016 und die vorangegangenen Satellitenphotos



Luftbild vom 4. Mai 2017

dienten zur Feststellung, dass im Mai 2017 etwa 35–40 Hektar Fläche in Suriçi komplett vernichtet waren. Dies dürfte bei zurückhaltender Schätzung mindestens 2.500 Gebäuden entsprechen, eine genaue Zahlenangabe ist momentan nicht möglich. Auch wenn die Zerstörung im östlichen Suriçi langsamer vorangegangen ist, dürfte die Zerstörung vielleicht um weitere zehn Prozent zugenommen haben. Von der »Plattform Nein zur Zerstörung von Sur« wird angenommen, dass am 10. März 2016 höchstens 300–400 Gebäude so weit zerstört waren, dass sie nicht mehr bewohnbar waren. Das wären etwa zehn bis fünfzehn Prozent der heute zerstörten Gebäude.

Die systematische Zerstörung durch Baumaschinen im Osten Suriçis im Anschluss an den bewaffneten Konflikt hat nicht vor denkmalgeschützten Gebäuden haltgemacht. Das Satellitenphoto vom August 2016 lässt erkennen, dass 89 denkmalgeschützte Bauwerke komplett, 40 teilweise zerstört und 41 ernsthaft beschädigt waren. Das entspricht 29 % aller Denkmäler in Suriçi. Bei diesen Bauten handelt es sich neben Kirchen und Moscheen auch um Wasserbrunnen, Mausoleen, Bäder (Hamams), eine Synagoge und ein öffentliches Gebäude. Das berühmteste komplett zerstörte Denkmal ist die Hasırlı-Moschee. Unter den teilweise zerstörten Denkmälern sind unter anderem: die Kurşunlu-Moschee, die zum Sinnbild der Zerstörung kulturellen Erbes Ameds geworden ist, die Şeyh-Mutahhar-Moschee, das Paşa-Hamam, die größte armenische Kirche, die Surp-Giragos-Kathedrale, und ihre angrenzenden und ebenfalls denkmalgeschützten Geschäfte und die armenische katholische Kirche.



Teilweise zerstörte Kurşunlu-Moschee

Beim Zerstörungsprozess gab es absolut kein Bestreben, historisch-authentische Bauelemente und -figuren an denkmalgeschützten Gebäuden zu schützen. Auch wurde vor dem Abtragen von Schutt nicht kontrolliert, ob historisch-authentische Bauelemente und -figuren zu retten seien. Bisher ist zumindest weder vom türkischen Kultusministerium noch von der eigens eingerichteten Sur-Wissenschaftskommission bekannt gegeben worden, ob solche Elemente gerettet werden konnten. Die Sur-Wissenschaftskommission, deren Mitglieder gegenüber der Regierungspolitik der letzten fünfzehn Jahre unkritisch aufgetreten sind, gab stattdessen bekannt, dass die PKK systematisch Bombenfallen in den Denkmälern installiert habe und dies zur Zerstörung all dieser Denkmäler geführt habe. Es ist in der Türkei angesichts des starken Nationalismus und der Dominanz der AKP-Regierung nicht das erste »wissenschaftliche Gremium«, das von der türkischen Regierung eingesetzt wurde und in ihrem Sinne geurteilt hat.

Neben der physischen Zerstörung ist es sehr wichtig zu erwähnen, dass in der Hälfte Suriçis die Kontinuität einer spezifischen und authentischen Gemeinschaft und das Leben zehntausender Menschen vernichtet wurden. Das charakteristische Handwerk und die Handelsstruktur von Suriçi sind ebenfalls verloren gegangen. Seit 2000 gab es etliche Bemühungen und Projekte, untergegangene Kultur wiederzubeleben, vor allem die der ArmenierInnen und AssyrerInnen, die 1915 einem Genozid ausgesetzt waren. Eine an diesem Ort für mindestens

4.000 Jahre ununterbrochen herrschende Lebensform und Kultur wurde von einem »modernen Staat« in der Manier der Mongolenstämme von vor 600, 700 Jahren mit einem Mal vernichtet.



Armenisch-katholische Kirche nach der Zerstörung

Die Enteignung ist im weitgehend zerstörten Ostteil der Altstadt abgeschlossen worden. Die HausbesitzerInnen wurden mit geringen Beträgen abgespeist. Sie konnten sich kaum wehren, weil die Enteignung nach dem berüchtigten, für Krieg und Ausnahmezustand vorgesehenen, Paragrafen 27 des Enteignungsgesetzes durchgeführt wurde und der verbreitete Staatsterror sie auch vom Einfordern ihrer Rechte abhält. Die MieterInnen sind wie bei allen Enteignungen in diesem Staat leer ausgegangen und ihre Lebensgeschichte in dem jeweiligen Umfeld wird für unbedeutend gehalten; ihnen wurden nur einmal 1500 Euro für die Inneneinrichtung angeboten, was viele ablehnten, weil es weit unter ihrer Forderung liegt und sie es daher als Beleidigung betrachten.

Zerstörung und Vertreibung auch im Westen Suriçis

Nachdem die Zerstörung im östlichen Suriçi im Frühjahr 2017 überwiegend abgeschlossen war, hat der türkische Staat angefangen, die Menschen aus dem Südwesten der Altstadt zu vertreiben. 500 Familien aus den Stadtteilen Lalebey und Ali Paşa wurde im Mai 2017 mitgeteilt, dass sie innerhalb von zwei Wochen ihre per Dekret enteigneten Häuser zu verlassen hätten. Mit diesem Schritt ist der Staat dazu übergegangen, den Westen Suriçis anzugreifen. Vom Plan, ganz Suriçi zu enteignen und im eigenen Sinne umzugestalten, ist er somit nicht abgerückt – das hatten viele zeitweise angenommen. Er geht nur in kleinen Schritten vor, um nicht gleich die ganze Bevölkerung gegen sich aufzubringen bzw. die Menschen gegeneinander ausspielen zu können. Im Westen sind die Bevölkerungsdichte und Geschäftstätigkeit höher. Doch im Südwesten verhält es sich wie im Osten, nur wenige Gebäude haben mehr als zwei Stockwerke. Der Grund, hier den Westen Suriçis anzugreifen, liegt auch darin, dass vor mehreren Jahren mit einem Projekt der Provinzverwaltung dieses Gebiet baulich neu gestaltet werden sollte, ohne die Bevölkerung zu vertreiben. Der Staat und der lokale Zwangsverwalter beziehen sich darauf und meinen, dass sie es doch nun umsetzen würden. Doch Tatsache ist, dass die Provinzverwaltung auf die Bevölkerung einging und das scharf kritisierte Projekt stoppte, als die berechtigte Kritik heftig in der Öffentlichkeit geäußert wurde.

Die Bevölkerung der Stadtteile Lalebey und Ali Paşa hat sich auf ihren starken sozialen Zusammenhang berufen, angefangen sich zu wehren und sowohl von der angrenzenden Bevölkerung als auch von vielen lokalen Zivilorganisationen aktiv Unterstützung erhalten. Sogleich bildete die Zivilgesellschaft die »Plattform Nein zur Zerstörung von Sur« und organisierte Öffentlichkeitsarbeit in Amed und in der ganzen Türkei. Trotzdem zwei Mal Baumaschinen anrückten, konnten die Gebäude nicht zerstört werden, und der anbrechende Ramadan führte dazu, dass sich der Staat zurückhielt. Erst Mitte Juli 2017 begann er, die seit Jahren unbewohnten und halb zerstörten Gebäude direkt unterhalb der Häuser der 500 Familien abzureißen und diesen so näher zu kommen. In den kommenden Tagen und Wochen kann es zur großen Auseinandersetzung kommen. Hier kann sich entscheiden, ob dem Staat in Suriçi endlich Grenzen in seinem Zerstörungswahn gesetzt werden können.

Im Frühjahr 2017 hat der Staat, genauer gesagt das Ministerium für Umwelt und Urbanisierung, die ersten der seit langem angekündigten Gebäude in Suriçi zu bauen begonnen. Diese neuen Häuser sind zwar zweistöckig und optisch mit dem für Amed typischen schwarzen Basaltstein versehen, doch ein genauer Blick zeigt, dass sie alle aus Beton gebaut und nur mit einer dünnen Schicht Basaltstein abgedeckt werden. Hinzu



Neue Häuser im Ostteil der Altstadt

kommt, dass die neuen Straßen breit angelegt sind und damit die frühere Straßenstruktur völlig ignoriert wird, dass der Abstand jedes Hauses zur Straße mehrere Meter beträgt und dass sie für teures Geld verkauft werden sollen. Diese Häuser haben absolut nichts gemein mit den typischen Amed-Häusern, die immer einen von Wohnräumen umgebenen Innenhof haben. Außerdem widerspricht es allen möglichen Prinzipien vom Wiederaufbau historischer Stadtkerne und den Vorgaben der UNESCO. Das ist die konkrete Vorgehensweise des Staates, die frühere ärmere Bevölkerung soll nie wieder hierher zurückkehren. Mit dem Label UNESCO-Welterbe und der zweifellos einzigartigen Lage werden die Häuser bestimmt für erhebliche Summen verkauft werden. Damit würde der Kommerzialisierung dieses Areals nichts mehr im Wege stehen.

Tigristal auch betroffen

Das kommerzielle Interesse der AKP-Regierung ist nicht nur auf Suriçi beschränkt. Kurz nach der Änderung der Pläne für die Altstadt hat das Ministerium für Umwelt und Urbanisierung zusammen mit dem Zwangsverwalter von Amed den alten Plan für das Tigristal im Stadtbereich wiederbelebt. Der war nach einem langen politischen und juristischen Kampf der Zivilgesellschaft und der Kommunalverwaltungen Ameds im Frühjahr 2015 endgültig abgeschlagen worden. Das als Pufferzone der Welterbestätte definierte Tigristal findet seit Jahren das Interesse nicht nur des Staates, auch größere Unternehmen würden hier gern große Freizeitanlagen, Geschäfte und Häuser für Reiche bauen. Dieser neu-alte Plan sieht eben dieses vor. Zwar soll der Kern der Hevselgärten, die UNESCO-Welterbe sind, nicht bebaut werden, aber alles andere drumherum. Im März 2017 ließ der Zwangsverwalter mit dem Bau einer Moschee an der historischen Brücke über den Tigris (Zehn-Augen-Brücke) beginnen, was der Startschuss für weitere umliegende Bauwerke wurde. Dann wurden zwei Durchgänge der Brücke für Cafés einfach zugeschüttet, was im Normalfall ein großer Skandal wäre. Jetzt werden entlang des Tigris Lizenzen für Dutzende Cafés erteilt. Das alles geschieht auf Beschluss des Zwangsverwalters oder Ministers mit einer Unterschrift, der eigentlich zuständige Stadtrat wird ohnehin seit November 2016 nicht mehr einberufen. Die viel größeren Bauwerke auf einer Länge von zehn Kilometern sind gerade in Vorbereitung. Deren Realisierung wird Tausende Menschen, die im Tal in einfachen Behausungen leben, zweifellos vertreiben, da sie für den anvisierten Profit ein Hindernis darstellen. Das ist nichts als großflächige Gentrifizierung, was unter der DBP/HDP unmöglich gewesen war.



Neue Bebauung an der historischen Zehn-Augen-Brücke

Ausblick

Sowohl für Suriçi als auch das Tigristal gilt es aus Sicht des Staates und all seiner Einrichtungen, die geplanten Zerstörungen und Bebauungen bis zu den Kommunalwahlen im März 2019 weitgehend zu vollenden. Dann werden höchstwahrscheinlich die DBP/HDP die Wahlen wieder gewinnen. So sollen bis dahin unumkehrbare Tatsachen geschaffen werden: a) Zerschlagung von organisierter Bevölkerung in Suriçi, b) Zerstörung von für den türkischen Nationalismus nutzloser Geschichte und kulturellem Erbe, c) Kommerzialisierung Suriçis und des Tigristals, womit ein Teil der Ausgaben für die Aufstandsbekämpfung wieder eingespielt wird und die lokalen AKP-UnterstützerInnen bedient werden, d) die ab 2019 die Kommunalverwaltung regierende DBP vor eine Reihe großer Widersprüche stellen.

Doch bei der gesamten Bevölkerung Ameds brodelt es, was sich bei der beabsichtigten Vertreibung der 500 Familien aus Lalebey und Ali Paşa zeigt. Trotz Ausnahmezustand und äußerster Repression treten die Betroffenen nicht zurück. Dabei muss die Solidarität überall stärker werden, sonst kann der Staat diesen so wichtigen Widerstand schnell zerschlagen. Wenn der Widerstand hier Erfolg hat, kann die gesamte Entwicklung zumindest für einen längeren Zeitraum gestoppt werden. Das könnte ungeahnte positive Auswirkungen auf Amed, Nordkurdistan und sogar die Türkei haben. ♦

Bilder © Ercan Ayboga

Täterverehrung statt gesunder Erinnerungskultur – Symbolpolitik der AKP

Frontalangriff auf die Erinnerungen der Völker Anatoliens

Alîşêr Qocgirî

»Die ArmenierInnen sind stolz auf euch; ihr seid alle ArmenierInnen, wir werden euch alle töten« – diese Ansage war während des Belagerungszustands in der kurdischen Stadt Cizîr (Cizre) 2015/2016 unüberhörbar, da sie lautstark aus den Lautsprechern der türkischen Sicherheitskräfte ertönte. Die militärischen Spezialeinheiten der Jandarma als auch der Polizei (JÖH und PÖH) machten die oben genannte Stadt und etliche weitere in Nordkurdistan dem Erdboden gleich. Laut der türkischen Menschenrechtsstiftung (TIHV) kamen im Zuge dieser Belagerungen im Zeitraum von August 2015 bis April 2016 338 ZivilistInnen ums Leben. Über 300.000 kurdische Binnengeflüchtete soll es derzeit geben. Nach offiziellen Angaben der Demokratischen Partei der Völker (HDP) wurden allein in Cizîr 251 ZivilistInnen massakriert. Angesichts der Bilder von den Verwüstungen kann von einem »kurdischen Guernica« gesprochen werden.

Laut Zählungen der apostolisch-armenischen Kirche lebten vor 1915 in Cizîr und Umgebung 4.281 ArmenierInnen. Ihre aktuelle Zahl dürfte sich wohl an einer Hand abzählen lassen, wenn nicht gegen null tendieren. Was hat es dann mit der eingangs genannten Ansage auf sich? Es ist ein gängiger rassistischer Mythos in der Türkei, der vor allem von türkischen NationalistInnen aufrechterhalten wird, wonach Zehntausende ArmenierInnen dem Genozid von 1915 hätten entkommen können, indem sie sich gezwungenermaßen in die Mehrheitsgesellschaft hätten assimilieren lassen. Somit sei fortan der »innere Feind« in Form der ArmenierInnen nicht mehr sichtbar gewesen. Demnach sei Abdullah Öcalan auch ein Krypto-Armenier und somit handele es sich bei der PKK um eine Fortsetzung des »armenischen Terrors« von 1915.

All diese Anschuldigungen sind haltlos und entspringen einem rassistischen Muster. Im Zuge des Zerfalls des Osmanischen Reiches wurden die bis dato sowieso benachteiligten ArmenierInnen und weitere Minderheiten zu »bösartigen« Fremdkörpern deklariert, die beseitigt gehörten. So wurde mit dem Genozid von 1915 der Startschuss für die türkische Nationenbildung gegeben. Millionen von ArmenierInnen, GriechInnen, syrischen ChristInnen, ÊzîdInnen mussten für dieses nationalistische, rassistische Projekt ihr Leben lassen. Zum Vergleich: Machten die oben genannten Minderheiten im Jahre 1914 noch rund 20 % der Gesamtbevölkerung aus, so sind es heute kulminiert nicht einmal 0,5 %.

Die übrig gebliebenen Angehörigen der genannten Minderheiten in der Türkei werden weiterhin wie Fremdkörper außerhalb der »türkischen Kulturnation« behandelt. In der heutigen Türkei/Nordkurdistan leben z. B. nur noch knapp 100.000 ArmenierInnen, vor allem in den westlichen Metropolen. So sind im Alltag ständig rassistische Hasstiraden gegen die Minderheiten an der Tagesordnung. Staatspräsident Erdoğan machte bei einem TV-Auftritt keinen Hehl aus seinem Hass auf die ArmenierInnen: »Entschuldigen Sie bitte, sie *[die Widersacher Erdoğans]* haben sogar noch hässlichere Worte gewählt. Sie haben gesagt, ich sei Armenier!«

KurdInnen und AlevitInnen hingegen sollten aus diversen Gründen mit Ausrufung der türkischen Republik in die »türkische Kulturnation« assimiliert werden, egal mit welchen Mitteln. Infolgedessen kam es zu blutigen Massakern an der kurdischen wie auch alevitischen Bevölkerung, eines davon in Qocgirî, womit auch im Folgenden das beigefügte Bild aufgelöst werden kann. Anhand dieses Beispiels soll ein kurzer historischer Einblick gewährt werden, um darlegen zu können, dass es sich bei der türkischen Erinnerungskultur hauptsächlich um unreflektierte TäterInnenverehrung handelt. So viel kann bis hierhin konstatiert werden: Waren es einst die ArmenierInnen, die maßgeblich als türkisches Feindbild dienten, so sind es nun vor allem unter der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) die KurdInnen.

Als die letztjährigen Massaker in Nordkurdistan vonstattengingen, kursierten in den sozialen Netzwerken als auch im Internet erschütternde Bilder. Darauf sind zumeist türkische Sicherheitskräfte der JÖH und PÖH zu sehen, die sich in selbstherrlichen Posen ablichteten. Dabei handelt es sich um ultranationalistische Sonderkommandos, die mit der Kollek-

tivbestrafung der kurdischen Bevölkerung beauftragt waren. So verwundert es nicht, dass auf allen Bildern zu sehen ist, wie die JÖH- und PÖH-Mitglieder den faschistischen Wolfsgruß der »Grauen Wölfe« zeigen. Zudem lichteten sie sich vor Wänden ab, die mit faschistischen, nationalistischen und sexistischen Sprüchen versehen sind. Eine kleine Auswahl: »Wenn du Türke bist, rühme dich damit, wenn nicht, gehorche! Du hast einen Staat, begehe keinen Verrat! Meine Schöne, die Liebe lässt sich im Keller leben.« Letzterer ist eine widerliche Anspielung auf das Massaker in Cizîr, als in drei Kellern über 70 Menschen bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Derartige Schmierereien sind kein Novum in der türkischen Historie, man denke allein an das Massaker von Maraş 1978, bei dem der rechtsextremistische Mob ähnliche Schmierereien vornahm, vor allem um alevitische Häuser damit zu markieren.

Dabei lässt sich ganz klar feststellen, dass mit den eigens eingerichteten ultranationalistischen Sonderkommandos eine neue Dimension erreicht wurde. Die AKP unter Erdoğan führt nicht nur einen asymmetrischen militärischen Krieg, sondern auch einen asymmetrischen Krieg auf mentaler Ebene. Der faschistische Block bestehend aus AKP und MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) führt einen Frontalangriff auf die Erinnerungen der Völker Anatoliens aus. Auf dem beigefügten Bild sind zwei Mitglieder der JÖH oder PÖH zu sehen, die sich in einer Grundschule mit dem Wolfsgruß haben ablichten lassen. Im Hintergrund ist die Schultafel mit dem Text versehen: »Schulfach: Vaterlandsliebe, Thema: Gehorsam; die Enkelkinder von Topal Osman Ağa sind gekommen!!!« Dabei handelt es sich um eine historische Anspielung, die sich nur erklären lässt, wenn die Person Topal Osman kurz vorgestellt wird.



Im Hintergrund ist die Schultafel mit dem Text versehen: »Schulfach: Vaterlandsliebe, Thema: Gehorsam; die Enkelkinder von Topal Osman Ağa sind gekommen!!!« Foto: Alîşêr Qocgirî

Diese Figur hat sich im kollektiven Gedächtnis der Völker Anatoliens als blutiger Tyrann eingebrannt. Osman Ağa (Großgrundbesitzer Osman) oder auch Topal Osman (Osman der Hinkende) stammte aus der Schwarzmeerregion (Giresun) und war an diversen türkischen Kämpfen beteiligt, unter anderem am türkischen Befreiungskrieg, wofür er heute noch maßgeblich verehrt wird. Bevor er mit der Niederschlagung des kurdischen Qocgirî-Aufstands (1921) beauftragt wurde, hatte er sich einen unrühmlichen Namen in der Schwarzmeerregion gemacht. Er wird dort für die Vertreibung und Vernichtung Tausender ArmenierInnen und PontusgriechInnen während des Ersten Weltkriegs verantwortlich gemacht. Er war Mitglied der »Teşkilat-ı Mahsusa«, einer Geheimorganisation der jungtürkischen Bewegung, die als Todesschwadronen den Völkermord vorantreiben sollte. Als Anführer einer irregulären Brigade, auch »çete« (Räuberbande) genannt, bereicherte er sich mit ihnen am Eigentum der ermordeten Minderheiten.

Die erste Bekanntschaft mit Mustafa Kemal Atatürk machte Topal Osman 1919 in Samsun, wobei er ihm zusicherte: »Keine Sorge, mein Paşa! Ich werde den GriechInnen des Pontos einen solchen ›Weihrauch‹ bieten, dass sie wie Hornissen in den Höhlen ersticken werden.« Ob durch Ersticken oder Giftgaseinsatz, derartige Praktiken waren in der frühen Phase der türkischen Republik nicht untypisch. Der spätere türkische Außenminister äußerte in einem Interview zum Massaker in Dêrsim (1936–39): »Sie *[die Einheimischen aus Dêrsim]* hatten die Höhlen gefüllt. Das Militär setzte Giftgas in den Eingängen zu den Höhlen ein. Sie wurden wie Ratten vergiftet.«

Das Konstantinopler Kriegsgericht von 1919 wollte Topal Osman zur Rechenschaft ziehen, aber zur Vollstreckung der Todesurteile kam es nicht, da die KemalistInnen unter Atatürk nun so gut wie alle Verantwortlichen des Genozids in die eigenen Reihen aufnahmen. Bis auf die Hauptverantwortlichen des Genozids Talât, Enver und Cemal Paşa – sie konnten kurzzeitig ins Ausland fliehen, bis sie von armenischen Fedajin aufgespürt und ermordet oder im Krieg getötet wurden. 1921 wurde Topal Osman mit seiner irregulären Einheit beauftragt, die Präsidentengarde für Atatürk zu bilden. Somit gehörte er zu dessen engstem Umfeld. Auf dem Bild nächste Seite sind zu sehen: links Ismet Inönü (engster Vertrauter Atatürks), Topal Osman in der Mitte und rechts Atatürk.

Vor seiner Kür zum Anführer der Präsidentengarde wurde er im selben Jahr neben den regulären militärischen Einheiten unter Führung von Sakallı Nurettin Paşa (Nurettin der Bärtige) mit der Niederschlagung des Qocgirî-Aufstands beauftragt. Dieser war auch an der Vertreibung und Vernichtung der Minderheiten in der Schwarzmeerregion beteiligt: »Erst haben wir diejenigen beseitigt die zo sagten *[ArmenierInnen]*, nun sind die diejenigen an der Reihe, die lo sagen *[KurdInnen]*.« Die



Links Ismet Inönü (engster Vertrauter Atatürks), Topal Osman in der Mitte und rechts Atatürk. Foto: Alîşêr Qocgirî

alevitischen KurdInnen von Qocgirî (heutiges Sivas) beriefen sich auf den Friedensvertrag von Sèvres, der den KurdInnen einen eigenen Nationalstaat bzw. Autonomie zusicherte. Da man recht schnell das wahre Gesicht der KemalistInnen erkannte, begann man einen Aufstand vorzubereiten. Mit Hilfe der KurdInnen aus Dêrsim sollte der Startschuss für eine kurdische Erhebung gegeben werden. Da es sich jedoch nicht um einen ganzheitlichen kurdischen Aufstand handelte, war er zum Scheitern verurteilt. Hunderte Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, Tausende Menschen bestialisch ermordet und enteignet.

Auch hier ließ man Topal Osman und seiner Räuberbande freien Lauf, die sich mordend und plündernd in das kollektive Gedächtnis der lokalen Bevölkerung einbrannten. Noch heute wird er in einem lokalen kurdischen Klagelied verflucht: »Möge dein Haus in Flammen aufgehen, Topal Osman.« Selbst im damaligen türkischen Parlament regte sich Unmut über das harsche Vorgehen gegen die Bevölkerung, so sollte Nurettin Paşa vor Gericht gestellt werden. Dies kam nicht zustande, da sich Atatürk wiederholt gegen eine Aufarbeitung einsetzte. Als wäre dies nicht genug, ließ Nurettin Paşa 1922 nach der Rückeroberung der Stadt Izmir ein großes Feuer entfachen, das mehrtägig wütete und Tausende Menschen das Leben kostete, darunter litten abermals, wie schon zuvor, vor allem die Minderheiten. In der Folgezeit war er als Abgeordneter im türkischen Parlament tätig. Topal Osman hingegen wurde 1923 von Atatürk beauftragt, den unangenehmen Oppositionsführer Ali Şükrü Bey, selbst muslimischer Pontusgrieche, zu ermorden. Letztendlich musste er dann jedoch als Mitwisser dieser Tat beseitigt werden. Man ließ ihn ermorden und hängte seinen Leichnam vor seiner Überführung nach Giresun mehrere Tage vor dem Parlamentsgebäude auf.

Mit der Ermordung des Oppositionsführers wurde der Startschuss für die Ein-Mann-Diktatur unter Atatürk gelegt. Eine von vielen tragikomischen Geschichten aus der türkischen Historie. Im Hinblick auf die Soldaten der JÖH und PÖH auf dem Foto ist anzumerken, dass sie sich jener historischen Ereignisse anscheinend ganz bewusst sind und diese traumatischen Erinnerungen im Kontext der Vernichtung und Vertreibung der KurdInnen im Südosten der Türkei gezielt für einen gleichzeitigen Frontalangriff auf die Erinnerungen der Völker Anatoliens einsetzen. In der türkischen Gesellschaft findet im Hinblick auf die Erinnerung an jene Personen keine kritische Aufarbeitung statt, ganz im Gegenteil, es wird eine aktive bewusste Täterverehrung praktiziert, die ganz klar staatlich gefördert und gelenkt wird.

Nurettin Paşa wurde von der »Türkischen Historischen Gesellschaft« (TTK) zur viertwichtigsten Person im Befreiungskampf erkoren. Diese staatliche Institution gibt die inhaltlichen Leitlinien für die staatlichen türkischen Universitäten als auch Schulen vor. Der Völkermord an den Völkern Anatoliens wird durch diese Institution vehement geleugnet. Alle Bildungseinrichtungen haben sich an diese Vorgabe zu halten. Die Deportationen der ArmenierInnen werden in den türkischen Schulbüchern als »Sicherheitsmaßnahmen« abgetan, die KurdInnen hingegen nur einmal erwähnt, und das negativ. Die Hauptverantwortlichen für den Genozid (Talât, Enver und Cemal Paşa) liegen in der Türkei, die ersteren beiden auf dem Istanbuler Ehrenfriedhof »Denkmal der Freiheit«, begraben, inzwischen regelrechte nationalistische Wallfahrtsstätten. Das würde dem gleichkommen, wenn Göbbels und Himmler in der BRD Ehrenbegräbnisse zuteilgeworden wären. So gründete sich z. B. unter der Vorreiterschaft von Doğu Perinçek *[nationalistischer Politiker]* 2005 das Talât-Paşa-Komitee, das im In- und Ausland vehement den Genozid gezielt und offen provokant leugnet. Hunderte von Straßen, öffentlichen Plätzen, Moscheen und Bildungseinrichtungen sind namentlich

nach Verantwortlichen für die Massaker an den Minderheiten benannt.

In diesem Zusammenhang können auch die beiden Istanbuler Flughäfen erwähnt werden, die nach Atatürk und seiner Stieftochter Sabiha Gökçen benannt sind. Letztere war die erste Pilotin in der Türkei, sie führte während des Dêrsim-Massakers Bombardements durch und nahm somit Hunderten, wenn nicht Tausenden unschuldigen Menschen das Leben. In einem späteren Interview machte sie deutlich, dass sie kein Mitgefühl empfinde und nur ihren Befehlen gefolgt sei. Der armenische Journalist und unermüdliche Völkerverständiger zwischen TürkInnen und ArmenierInnen Hrant Dink fand 2007 heraus, dass es sich bei ihr um ein armenisches Waisenkind gehandelt habe, das nach dem Genozid in der Mehrheitsgesellschaft großgezogen wurde. Dink selbst wurde Opfer eines politischen Mordes durch einen ultranationalistischen Jugendlichen, der auf der Polizeiwache anschließend für seine Tat gerühmt wurde.

»Sie *[die AKP]* versuchen das Gedächtnis zu vernichten. Weil das Gedächtnis der Identität gleichkommt. Das Gedächtnis kommt zugleich den Wurzeln, dem Bewusstsein und dem Widerstand gleich. Schliesslich bedeutet es das Dasein. Es bedeutet die Freiheit.«

Kenan Evren, der »Putschistenvater« von 1980, ließ Topal Osman 1983 am höchsten Punkt Giresuns ein Ehrenmal errichten, es kommt einem nationalen Pilgerort gleich. In den regionalen Volksliedern der Schwarzmeerregion wird dieser verherrlicht und unreflektiert gepriesen. Zudem lassen sich einige türkische Monographien finden, in denen Topal Osmans Leben verklärt wird. Als wäre das nicht genug Peinigung der Minderheiten, kam 2013 ein Propagandafilm heraus, »Topal Osman, der Fedai von Atatürk«, in dem das »ehrenvolle« Leben Osman Ağas dargestellt wird. Die Massaker an den Minderheiten werden überhaupt nicht thematisiert, nur am Rande heißt es über den Qocgirî-Aufstand: »Gott sei Dank, der Aufstand wurde niedergeschlagen.«

Ungeachtet all dieser Beispiele gibt es in der Türkei unzählige Atatürk-Büsten, zum Teil versehen mit der Aufschrift »Wie glücklich ist, wer von sich sagen kann, er sei Türke«. Atatürk ist als Hauptverantwortlicher für das Dêrsim-Massaker zu sehen, wobei Zehntausende KurdInnen massakriert wurden. Jene Parole ist auch in weiten Landstrichen Nordkurdistans zu finden, zumeist an den Berghängen verewigt. Hier wird völlig klar, dass eine kontinuierliche rassistische, kolonialistische Politik verfolgt wird, die Nordkurdistan nicht nur physisch-militärisch zu besetzen, sondern auch psychisch-mental zu kolonialisieren versucht.

Die AKP unter Erdoğan hätte mit der »Säuberung« innerhalb des türkischen Militärs historisch erstmalig die Chance, mit dieser kontinuierlichen rassistischen Politik zu brechen. Das türkische Militär versteht sich als Verfechter des Laizismus und der kemalistischen Prinzipien. Erdoğan selbst hasst bekanntlich die Person und den Kult um Atatürk und versucht ihn allmählich aus der Geschichte zu verbannen. Der erste Schritt dazu wird mit den neu konzipierten Schulbüchern unternommen, die Atatürk nicht mehr im Mittelpunkt erscheinen lassen, ja gar gänzlich ausblenden. So kommt Erdoğan seinem selbsterklärten Ziel immer näher, dem Jahr 2023, denn zum hundertjährigen Bestehen der türkischen Republik will er sich als Gründervater der »neuen Türkei« in der Geschichtsschreibung platzieren. Dabei wird eine Geschichtspolitik verfolgt, mit der die türkische Geschichte nur im eigenen Interesse uminterpretiert anstatt kritisch aufgearbeitet wird.

Mit dem neuen Feldzug gegen die KurdInnen hat man zeitgleich begonnen, die Identität bzw. die Erinnerungen der KurdInnen anzugreifen. In den letzten Monaten wurden selbst errichtete Friedhöfe für die kurdischen KämpferInnen dem Erdboden gleichgemacht. Viele Denkmäler, darunter auch die Ehmedê-Xanî-Büste wurden abgerissen und zerstört. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren gewisse »gewinnbringende« Wasserstaudämme errichtet, die in Dêrsim zum Beispiel zahlreiche Dörfer und heilige Wallfahrtsstätten unter Wasser gesetzt haben. Als nächstes soll das kulturelle Erbe Mesopotamiens rund um Heskîf (Hasankeyf) überflutet und demnach zerstört werden. Die Kolumnistin Meral Çiçek bringt diese Politik auf den Punkt: »Sie *[die AKP]* versuchen das Gedächtnis zu vernichten. Weil das Gedächtnis der Identität gleichkommt. Das Gedächtnis kommt zugleich den Wurzeln, dem Bewusstsein und dem Widerstand gleich. Schließlich bedeutet es das Dasein. Es bedeutet die Freiheit.« ♦

Wirtschaft in Rojava und die Zukunft der Revolution

Kooperativen und andere Modelle kommunaler Wirtschaft werden gefördert

Salvador Zana, Internationalist in Rojava, Juli 2017

Die Wirtschaft der Region Rojava ist ein breit diskutiertes Thema. Rojava gilt aus der Perspektive der Linken weltweit als eine Art kommunaler, konföderaler und sozialistischer Utopie und findet weltweit momentan keine Entsprechung. Die Frage nach der Organisierung der Wirtschaft an einem solch geheimnisvollen Platz scheint wichtig und ist innerhalb wie außerhalb Rojavas schon äußerst kontrovers diskutiert worden.

Rojava bedeutet Westen auf Kurdisch und steht kurz für Westkurdistan und bezeichnet die kurdischen Gebiete innerhalb der syrischen Grenzen. Was der Begriff »Gebiet« genau bedeutet und was nicht, ist in Rojava zwischen verschiedenen kurdischen politischen Fraktionen ebenso wie zwischen Kurden und anderen Einwohnern der Region diskutiert worden. Relevant für diesen Artikel sind die Gebiete, die der Selbstverwaltung der Xweserîya Demokratîk (Demokratischen Autonomie) zugeschrieben wurden und später der Föderation Nordsyrien, die das gegenwärtige politische Gerüst der sozialen Revolution in Rojava und Nordsyrien bildet.

Eine kurze Wirtschaftsgeschichte

Das Gebiet Rojava ist Teil des fruchtbaren Halbmonds und erstreckt sich größtenteils zwischen den Flüssen Euphrat und Tigris und dem nördlich gelegenen Taurus-Gebirge. Diese umfangreiche Region Mesopotamiens war höchstwahrscheinlich Schauplatz der Agrarrevolution im Neolithikum, und Landwirtschaft ist noch heute die wichtigste wirtschaftliche Aktivität in Nordsyrien. Die aus ländlichen und nomadischen Stämmen gebildete, feudale sozioökonomische Struktur erfuhr bis zum Beginn der europäischen Kolonisation in den 1920er Jahren im Wesentlichen keine Änderung, obwohl einen wichtigen Faktor der Zustrom von Assyrern, Chaldäern, Armeniern und anderen christlichen Minderheiten darstellte, die den Genozid in der Türkei überlebt hatten, in der Ebene in Nordsyrien ansässig geworden waren und einige der ersten Städte gründeten wie zum Beispiel Qamişlo (arab.: al-Qamischli), das heute als eines der Wirtschaftszentren der Region gilt. Viele von ihnen kamen selbst aus größeren und kleineren Städten und gingen ihren mehr städtischen Berufen als Kaufleute und Handwerker nach. Die französischen Kolonisatoren hatten einen großen Anteil an der Gestaltung und dem Ausbau von Städten wie Qamişlo und Hesekê (al-Hasakah) und der Bau der Berlin-Bagdad-Bahn zog entlang ihrer Strecke viele weitere Ansiedlungen nach sich, von denen die bedeutendste Kobanê (Ain al-Arab) ist. Die Bahnlinie wurde bald zur Demarkationslinie der Grenze, die die neuen Staaten Türkei und Syrien trennte. Durch ihre Entstehung wurden viele Siedlungen zweigeteilt – die größte Qamişlo –, Familien, Gemeinden und Völker, die auf beiden Seiten der Gleise lebten, wurden geteilt. Diese erzwungene Trennung hatte erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Region und war nicht weniger schwerwiegend als diejenigen zwischen Nord- und Südkorea, Ost- und Westdeutschland und unzählige weniger bekannte andere, die Folge des imperialen Kolonialismus waren.

Die nächste große Veränderung kam in den 1960er und 1970er Jahren, als das Baath-Regime die Macht übernahm. Die Baathisten machten sich eifrig an eine zentralistische Planwirtschaft. Dabei bestimmten sie den Nordosten Syriens zur nationalen Kornkammer. Die kommunale traditionelle Art der landwirtschaftlichen Produktion wurde durch große industrialisierte Weizen-Monokulturen in den Händen staatlicher Unternehmen ersetzt, die sehr auf Kunstdünger und Pestizide angewiesen waren. Baumwolle hingegen wurde in geringerem

Maße angebaut. In Richtung Westen, in der eher bergigen Landschaft nördlich von Aleppo, blieb die landwirtschaftliche Produktion vielfältiger – mit vielen verschiedenen Obst- und Gemüsesorten und weniger industriell. In den gesamten kurdischen Regionen waren Olivenhaine und Pistazienbäume hervorstechend. Viele von ihnen wurden gefällt, zuerst vom Staat und später auch von Einheimischen als Feuerholz. Schaf- und Ziegenhaltung setzte sich bis in die Gegenwart fort, auch wenn die meisten der nomadischen Schafhirten gezwungen wurden, sich schließlich niederzulassen.

Neben der Landwirtschaft kamen die Rohölausbeutung und später auch das Erdgas als das neue große Geschäft auf, vor allem im Nordosten des Landes. Der Staat achtete aber nicht auf die Region, vor allem aufgrund ihrer Entfernung zum Herzland und der rebellischen Vergangenheit der Kurden. Die ganzen Verarbeitungsindustrien für die regionalen Erzeugnisse wie Mühlen und Raffinerien wurden weit entfernt errichtet, in Homs, Hama und Aleppo. Das Öl wurde gefördert, der Weizen angebaut, dann ins Zentrum des Landes transportiert und später wurden Diesel und Mehl wieder an die Menschen verkauft, die das Rohmaterial produziert hatten. Rojava teilte das Schicksal vieler Regionen und Länder, deren Wirtschaft auf der Produktion von Rohstoffen beruht, da es völlig abhängig blieb von den Instanzen, die seine Erzeugnisse verarbeiteten wie auch die Region mit allen anderen Gütern versorgten, umso mehr, als es keinerlei Autonomie gab, die eine eigenständige wirtschaftliche Initiative erlaubt hätte. Im Gegenteil, der Staat war kontinuierlich darum bemüht, die Region so abhängig wie möglich zu halten, indem er die Staatsbürgerschaft für Kurden und andere Minderheiten verweigerte, die Mitglieder politischer Organisationen und Gewerkschaften verfolgte, die nicht Teil der Baath-Partei waren, massiv Bäume fällen ließ, um ökonomische Selbstversorgung auszuschließen, und es praktisch verunmöglichte, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Behörden und Parteimitgliedschaft etwas höher als eingeschossig zu bauen oder sogar einen Baum zu pflanzen.

Groß-Aleppo wurde Syriens erstes großes Industriezentrum und blieb auch das wichtigste Handels- und Wirtschaftszentrum des Landes, selbst während des Krieges. Viele Menschen aus Rojava und Nordsyrien – meist verarmte Bauern und Hirten – zogen in die städtischen Zentren, von denen Aleppo das größte und nächste war. Die Kurden und andere Minderheiten eröffneten in der Regel ein Geschäft in separaten Stadtvierteln wie Şêx Meqsûd und Eşrefiye in Aleppo oder Zorava und Kurdan in Damaskus. Auch Menschen, die eine Hochschulbildung verfolgten, mussten in die größeren Städte umsiedeln.



In Afrîn hat das neue Schuljahr bereits begonnen. Foto: ANHA

Die nördlichsten Universitäten waren in Aleppo, Raqqa und Hesekê.

Ab den 90er Jahren begann das Baath-Regime neoliberale Reformen einzuführen, behielt dabei allerdings den autoritär-zentralistischen Charakter des Staates weiterhin bei. Während ausländische Unternehmen die Staatsunternehmen teilweise ersetzten, blieb die Produktionsweise insgesamt dieselbe.

Zu Beginn des Aufstands im März 2011 waren Rojavas Haupterzeugnisse Weizen, Baumwolle, Erdöl und Erdgas, in geringerem Maße andere landwirtschaftliche Produkte wie Fleisch, Oliven, Pistazien, Eier und verschiedene Milchprodukte.

Die Wirtschaftsphilosophie der Revolution

Abdullah Öcalan wurde bereits mehr als genug zitiert, aber ich muss es ein weiteres Mal tun. Er vergleicht die Gesellschaft mit einem Feld. Wenn eine Monokultur angelegt wird, werden Dünger, Pestizide, ein Zaun, Industrieanlagen und so weiter benötigt, andernfalls wird die Ernte ruiniert. In der Gesellschaft ist das der Staat. Eine monokulturelle, oder nationalistische, Gesellschaft kann nicht ohne Staat existieren, weil sie schwach ist wie die Früchte auf einer industriellen Plantage. Wenn verschiedene Kulturen zusammen gepflanzt werden hingegen – ganz nach den Grundsätzen der Permakultur und der Agroforstwirtschaft –, entwickelt sich das Feld zu einem Ökosystem, das sich selbst reguliert und keine Einmischung braucht, ähnlich wie eine gesunde vielfältige Gesellschaft keiner autoritären Institutionen bedarf.

Heutzutage versuchen Menschen auf unterschiedlichste Weise das Ökosystem zu regulieren und zu »zähmen«, so wie sie auch gesellschaftliche Probleme mit gerissener Politik, raffinierter Gesetzgebung, Krieg oder anderen externen Methoden zu beheben versuchen, die die Gesellschaft sowie ihre Ursprünge, Dynamik und Komplexität missachten und dadurch Milliarden Menschen auf passive Subjekte ganz nach den Plänen einer abgetrennten Klasse von »Managern« reduzieren. In beiden Fällen vollzieht sich derselbe Prozess: die Spaltung der Welt in eine passive leblose Masse, die sich zu unterwerfen hat (Natur, Frauen, Menschheit, »das Volk«), und einen aktiven Herrscher (Mann, Gott, Regierung). Die emanzipatorische Theorie lehnt diese positivistische, patriarchale und materialistische Ideologie ab. Um diese Gewalt der externen Regulierung zu brechen, muss die betreffende Gruppe natürlich aktiv werden, sich selbst organisieren und ihr eigenes Ökosystem gestalten, um die Konstrukte der Macht überflüssig zu machen.

Die wirtschaftliche Autonomie ist daher entscheidend für eine wesentliche Änderung des Status quo. Das moralisch-ethische Konzept der Solidarität muss entwickelt und verinnerlicht werden, bevor eine Gruppe von Menschen ihre materiellen Bedürfnisse auf eine wahrhaft egalitäre Art befriedigen kann.

Die Wirtschaft Rojavas seit 2012

Als ab dem 19. Juli 2012 die Regime-Kräfte Stadt um Stadt in Rojava verlassen hatten, wurden die staatlichen Unternehmen enteignet und die Räte übernahmen die Kontrolle über die landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die neue Verwaltung wurde um neu geschaffene Gemeinden herum aufgebaut, die meist aus einem Dorf und den umliegenden Weilern bestanden. Die Kommunen verteilten das Land je nach Bedarf und Fähigkeit zur Bewirtschaftung unter den dort ansässigen Familien. Einige Stücke Land verblieben als Basis für die ersten Kooperativen in den Händen der höheren Räte.

Der erste Winter der Revolution war sehr hart. Aufgrund fehlender Mühlen wurde das Brot so knapp, dass einige Bezirke Rojavas Hunger litten. Viele der verbliebenen Bäume mussten als Brennholz gefällt werden. Wegen des Unvermögens, viele der dringend benötigten Güter und Maschinen zu importieren, vollzog sich die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Ziel einer grundlegenden Selbstversorgung mit überraschender Geschwindigkeit. Dazu gehörten die Errichtung provisorischer Mühlen und Raffinerien, ein großer Boom bei Kleinbetrieben und -handel und ein allgemeiner Bauboom, was unter staatlicher Regulierung unmöglich gewesen war.

Da die Menschen das Land jetzt nach eigenem Belieben verwenden durften, begannen die Bauern Gemüse und Gewürze anzubauen, meist für den persönlichen Gebrauch. Aber vielerorts hatte sich unter der Baath-Herrschaft das Wissen über traditionelle Landwirtschaft verringert. Nahezu das ganze Land wurde weiterhin für den Weizenanbau genutzt, der sowohl in Rojava als auch in Syrien allgemein als Hauptnahrungsmittelquelle benötigt wurde. Infolgedessen blieb die Produktionsweise weiterhin industriell und folglich auch abhängig von importierten Pestiziden und Dünger. Weizensamen wurden weiterhin von einem staatlichen Unternehmen in Dêrik produziert.

Der Staat blieb weiterhin an der Ölindustrie beteiligt, die Räte hatten nicht die Mittel, um es selbst zu bewerkstelligen. Sie waren auf die Ingenieure der Regierung und die Aufrechterhaltung der Infrastruktur der Industrie angewiesen. Die Einnahmen wurden zwischen der Regierung und der Xweserîya

Demokratîk (kurz: Xweserî) hälftig geteilt. Darüber hinaus versorgte der Staat Rojava mit raffiniertem Diesel und Benzin.

Es muss daran erinnert werden, dass die staatlichen Institutionen nach der Revolution weiterhin in Rojava präsent geblieben sind – einige bis heute. Es war zum einen unmöglich, die Verwaltung in allen Bereichen des öffentlichen Interesses sofort zu übernehmen. Auch war es für die Xweserî unvermeidlich, dem Staat einige Zugeständnisse zu machen, um eine umfassende militärische Konfrontation zu vermeiden, da die syrisch-arabische Opposition damals nicht bereit war, die kurdische Autonomie anzuerkennen oder mit den Kräften, die diese repräsentierten, zusammenzuarbeiten. Letztlich war es aus Sicht der Revolution nicht vorteilhaft, alle staatlichen Institutionen hinauszuwerfen. Als Rıza Altun, hoher Diplomat der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans; kurdisch: Koma Civakên Kurdistan), in einem Interview mit Al-Monitor im Jahr 2016 über die Zusammenarbeit zwischen Rojava und dem syrischen Regime befragt wurde, antwortete er, dass ein unverzüglicher und kompletter Hinauswurf des Staates zwangsläufig zur Schaffung eines neuen Staates führen würde. Das Ziel der Revolution hingegen ist es, genau dies zu verhindern. Daher ist es notwendig, die Präsenz des Staates in einigen Bereichen zu tolerieren, bis ein demokratischer Weg gefunden wird, sie zu organisieren.

Der Staat blieb für einige Zeit für das Gesundheitswesen, Wasser und Elektrizität sowie das Bildungssystem verantwortlich und betreute darüber hinaus mehrere andere zivile Einrichtungen einschließlich der Kommunalverwaltungsbüros in manchen Städten, zeitweise parallel zu den Institutionen der Xweserî, was sie Stück für Stück überflüssig machte. Heute werden die Grundschulbildung und die lokale Gesundheitsversorgung völlig autonom organisiert, ebenso große Teile der Sekundär- und Universitätsbildung, der Wasser- und Elektrizitätsnetze und viele Krankenhäuser.

Die zentraleren Räte der Xweserî haben nie versucht, eine starke Autorität auf die wirtschaftliche Entwicklung auszuüben. Es hat nie eine Steuer auf Geschäft oder Handel gegeben, das Haupteinkommen der Xweserî aus ehemaligen Staatsbetrieben, die von den Räten übernommen wurden. Es hat nur sehr wenige Enteignungen gegeben, abgesehen von denen, die Staatseigentum betrafen. Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen waren Preisgrenzen für Grundgüter wie Mehl und Zucker, die Einrichtung von Sozialdiensten und die Proklamation des Rechts der Arbeiter, sich selbst zu organisieren, samt diverser Liberalisierung, was faktisch die Beseitigung der staatlichen Vorschriften bedeutete.

Die Revolutionäre Rojavas, die sogenannten Apocî *[Anhänger der Ideen Abdullah Öcalans]*, haben nie ein Monopol auf soziale oder politische Macht in Rojava gehabt. Die Baath-Partei und die Demokratische Partei Kurdistans (PDK), verschiedene Stammes- und Religionsführer sowie einige islamistische Fraktionen hatten zu Beginn der Revolution nennenswerte Machtbasen in Rojava. Insbesondere die PDK, lange Zeit in Cizîrê stark vertreten, versuchte in der Xweserî Macht zu übernehmen und auf eine reaktionäre, nationalistische, ökonomisch neoliberale Politik zu drängen. Als sie mehr und mehr Einfluss an die Apocî verlor, suchte sie Zuflucht in einem immer totaleren und gemeinsam mit der Türkei gegen Rojava verhängten Embargo, startete darüber hinaus eine mediale Desinformationskampagne gegen die Apocî und manchmal terroristische Aktionen.

Das Stromnetz in Rojava war noch nie richtig entwickelt worden und der Staat war weder bereit noch in der Lage, mehr als einige ausgewählte Gemeinden ein paar Stunden täglich mit Strom zu versorgen. So begannen die Räte, mit Dieselgeneratoren Strom zu liefern. Nach der Enteignung der staatlichen Einrichtungen wurden diese Generatoren zunächst von Elektrizitätsbüros des kantonalen Wirtschaftsausschusses betrieben, später von den Kommunen und Stadtvierteln, wobei die Büros für einige der Generatoren an öffentlichen Orten wie Märkten verantwortlich blieben. Große Teile des Kantons Cizîrê werden von großen Generatoren in der Stadt Rimêlan mit Energie versorgt. Elektrische Energie bleibt ein Problem, da es sehr schwierig und teuer ist, Ersatzteile für die meist sehr alten Generatoren zu importieren, während der Verschleiß der Anlagen durch minderwertigen Diesel beschleunigt wird. Die Einnahme des Wasserkraftstaudamms in Tişrîn durch die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) reduzierte den Strommangel in Kobanê und West-Cizîrê, aber da der Euphrat sehr wenig Wasser führt, größtenteils aufgrund der Beeinträchtigung des Wasserflusses durch den türkischen Staat, wird die Leistungsfähigkeit des Kraftwerks erheblich eingeschränkt. Auch führte Sabotage von Daesch (Islamischer Staat, IS) und möglicherweise anderen zur Verzögerung beim Bau von Stromnetzen, die größere Teile Rojavas mit Energie aus Tişrîn versorgen könnten, was eine kontinuierliche Abhängigkeit von Dieselgeneratoren unvermeidlich macht.

Die Wasserversorgung hat sich in den letzten Jahren etwas verbessert, doch führt die Unterbrechung des Wasserzuflusses nach Rojava durch die Türkei zu einem ernsthaften Wassermangel. Darüber hinaus sind im Laufe der letzten Jahrzehnte in der ganzen Region unverhältnismäßig viele Brunnen gegraben worden, was die Grundwasserreserven stark erschöpft hat. In einigen landwirtschaftlich genutzten Gebieten sind die Brunnen inzwischen mehr als 200 Meter tief. In anderen ist das Wasser wegen der Verunreinigung durch den industriellen Dünger bereits zu sauer für den Gebrauch.

Kommunalismus, Ökologie, Frauenbefreiung

Das Embargo gegen Rojava war eine Art von außen erzwungener Protektionismus, der Teilen der lokalen Wirtschaft die Entwicklung ermöglichte. Dennoch sind die negativen Auswirkungen des Krieges um einiges größer: Über drei Viertel der Gesamteinnahmen gehen noch in die Kriegsanstrengungen. Nichtsdestotrotz haben die Revolutionäre Rojavas die Etablierung alternativer wirtschaftlicher Institutionen als unentbehrlich betrachtet und von Anbeginn der Revolution auf die Schaffung von Kooperativen und anderen Modellen kommunaler Wirtschaft gedrängt. Die Kantone vergaben Mittel zur Finanzierung neuer Kooperativen. Sobald diese funktionsfähig waren, zahlten sie dreißig Prozent ihrer Einnahmen an die Fonds zurück. Die meisten Kooperativen sind Bauerngenossenschaften, einige wenige besitzen Kühe und Schafe und produzieren Milchprodukte. In geringerem Maße gibt es Kooperativen, die Bekleidung herstellen, gastronomische oder andere Geschäfte im Dienstleistungssektor betreiben und Waren handeln.

Das derzeitige Genossenschaftsmodell ist bisher etwas gemischt aufgenommen worden, weniger als 100.000 der geschätzten 4,5 Millionen Einwohner der Föderation sind aktive Mitglieder einer Kooperative. Die erfolgreichste wirtschaftliche Kooperative befindet sich in Afrîn. Das ökonomische Genossenschaftsmodell ist in Afrîn bei Weitem am erfolgreichsten, wo die Wirtschaftsstruktur die diversifizierteste ist, das Embargo aber auch das härteste.

Frauenkooperativen nehmen an Größe und Zahl zu, denn sie sind ein wichtiger Weg für Frauen, um die Abhängigkeit von ihren Vätern und Ehemännern nach und nach zu verringern. Allgemein hat der fortwährende Befreiungskampf der Frauen auch die Wirtschaft beeinflusst, indem Frauen erstmals in der Neuzeit umfangreich und selbstständig an der Wirtschaft partizipieren und von ihren Familien wirtschaftlich unabhängig sein können. Insgesamt sind die vorherrschenden Frauenrollen noch immer traditionelle, die sich um Hausarbeit und Mutterschaft drehen. Der Prozentsatz an Frauen, die sich für andere Laufbahnen entscheiden, wächst jedoch rasant.



Der Garten des sich im Aufbau befindlichen Frauendorfes Jinwar gibt erste Erträge. Foto: #jinwar

Die erfolgreichsten Dörfer sind diejenigen, die Wirtschaftsgemeinden gebildet haben. Wirtschaftsgemeinden bilden die Synthese des Kooperativen- und des Kommune-Modells. Der Begriff bezieht sich auf eine Gemeinschaft, die nicht nur bei einer bestimmten wirtschaftlichen Tätigkeit wie eine Genossenschaft zusammenarbeitet, sondern ihren ganzen Besitz in Gemeineigentum überführt und sich kollektiv organisiert, um die Bedürfnisse und Forderungen der Gemeinschaft zu befriedigen. Im Augenblick gibt es nur einige wenige solcher Kommunen, aber die obersten Räte der Xweserî haben sich im Frühjahr 2016 das Ziel gesetzt, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre fünfzig Prozent der Dörfer in Rojava zu Wirtschaftsgemeinden werden sollen. Dies wird durch Anreize wie Subventionen aus zentralen Fonds und durch starke Unterstützung aller Arten verschiedener revolutionärer Institutionen erreicht werden – Gemeinden, die Werkzeuge und Maschinen zur Verfügung stellen, Handels- und Produktionsgenossenschaften, die ermäßigte Preise anbieten, Gewerkschaften, die mit Ingenieuren und Fachkräften aushelfen, etc. Dörfern, die es vorziehen, an einer kapitalistischen Ökonomie festzuhalten, steht es frei dies zu tun, allerdings werden sie aus dem kommunalen Wirtschaftsnetzwerk ausgeschlossen.

Eine am häufigsten in den Räten der Xweserî und jetzt der Föderation geäußerte Kritik betrifft den Mangel an ökologischer Entwicklung. Die Wirtschaft hat kaum Fortschritte dabei gemacht, ökologischer und nachhaltiger zu werden, trotzdem es sich dabei um eines der Grundprinzipien der Revolution handelt, trotz Erfolgen bei der ökologischen Bildung und der Einrichtung einiger geschützter Naturparks. Der Hauptgrund dafür liegt in dem Unvermögen, sich unter den gegenwärtigen Kriegs- und Embargobedingungen von der industriellen Landwirtschaft zu lösen. Nach einer schweren Knappheit dringend benötigten Düngers machte der Wirtschaftsausschuss des Kantons Cizîrê einen ersten Schritt und begann, Kompostierungsanlagen in den Städten Til Temir und Tirbespiyê (al-Qahtaniya) zu errichten. Geplant sind weitere solche Anlagen in ganz Rojava, falls sich die ersten bei der Herstellung ökologischen Düngers als effektiv erweisen. Der Erfolg dieses Modells würde nicht nur die Föderation weitgehend unabhängig von Düngerimport machen, sondern auch das nach Jahrzehnten der Monokultur und des chemischen Düngers viel unfruchtbarer gewordene Erdreich wieder auffrischen.

Industrie

In den ersten Jahren gab es in Rojava nur wenig Industrie: vor allem einige Bekleidungswerkstätten in Afrîn sowie einige kleine – Imbisswaren, Seife, Plastikflaschen und andere Plastikartikel produzierende – Fabriken in Amûdê, Qamişlo und Dêrik. Darüber hinaus gab es viele kleinere Werkstätten für Fahrzeugreparatur und -wartung und einige wenige größere, die Agrarmaschinen und Ersatzteile für diverse Arten von Maschinen herstellten. Einige Mechaniker und Ingenieure aus diesen Werkstätten haben sich als außerordentlich geschickt und erfinderisch herausgestellt, da ihnen der Bau der Panzer, gepanzerten Fahrzeuge und Waffen, einschließlich Granatwerfer und Kanonen, zuzuschreiben ist, für die Rojava und die Volksverteidigungseinheiten (YPG) international bekannt wurden.

Durch die großen Erfolge der YPG und QSD in den letzten Jahren sind mehr Industriestädte wie Hesekê und Minbic (Manbidsch) zum Teil der Föderation geworden. Viele der dortigen Fabriken sind von Daesch beim Rückzug zerstört worden, andere geplündert, wieder andere können nicht betrieben werden, weil die Ingenieure, die sich mit den Anlagen auskennen, alle fortgegangen sind oder weil Material verarbeitet wird, das es in der Föderation nicht gibt und nicht importiert werden kann. Die Wirtschaftsausschüsse arbeiten hart daran, die wichtigsten Fabriken wieder zum Laufen zu bringen, indem die nötigen Ersatzteile, Arbeiter und Ingenieure aufgetrieben werden. Infolgedessen haben einige Textil- und Seilfabriken den Betrieb wieder aufgenommen.

Handel

Durch das immer strengere Embargo wurde der Import verschiedener erforderlicher Güter von Großhändlern in Südkurdistan abhängig. Die PDK erlaubte lediglich mit ihr verbündeten Händlern, nach Rojava zu exportieren – Händlern, die horrende Preise verlangten. Diese verkauften ihre Waren an Händler in Rojava, die sie an die Märkte weiterverkauften, was zu gewaltigen Gewinnspannen führte, da diese Händler ein Monopol auf den Import hatten. Um diesem Trend entgegenzuwirken, bildeten die Wirtschaftsausschüsse die Kooperatîfa Hevgirtin – die Solidaritätskooperative – mit Vertretungen in allen größeren Städten und Orten. Diese Niederlassungen werden von einer breiten Basis von Bürgern finanziert, die Genossenschaftsmitglieder sind. Die Hevgirtin fungiert dann selbst als Großhändler, kauft die Waren direkt von den südkurdischen Händlern und verkauft sie in bestimmten Geschäften, die es in allen Städten mit Niederlassungen von Hevgirtin gibt und von diesen geführt werden. Genossenschaftsmitglieder können Waren zu ihrem exakten Einkaufspreis kaufen, während jeder andere etwas mehr bezahlt. Dieses Modell funktionierte ganz gut, bis die PDK ihren Händlern den Verkauf an Hevgirtin verbot. Dadurch war diese gezwungen, von Zwischenhändlern zu kaufen, was in manchen Fällen die Hevgirtin-Preise für bestimmte Waren über den regulären Marktpreis steigen ließ. Hevgirtin ist immer noch in Betrieb, ihre Geschäfte öffnen sechs Tage die Woche und bieten viele Produkte zu erschwing-

lichen Preisen an – meist innerhalb der Föderation produzierte Waren.

Trotz Embargo importiert die Föderation weiterhin verschiedene Konsumgüter aus Südkurdistan und exportiert lebende Schafe. Aus Aleppo, das trotz Krieg weiterhin Syriens Wirtschaftszentrum geblieben ist, werden Baumaterial und verschiedene industrielle und maschinelle Waren wie Kraftstofffilter, Maschinenteile, Werkzeuge und Motoröl importiert sowie eine Vielzahl anderer Gegenstände. Aus Damaskus importiert die Föderation u. a. Medikamente und elektronische Produkte per Flugzeug, aus Idlib, Latakia, Raqqa, Dair az-Zaur und anderen Teilen Syriens Gemüse, andere Lebensmittel und Baumaterial. Die Föderation selbst exportiert in andere Gebiete Syriens Weizen, Erdöl und -gas sowie einige andere landwirtschaftliche Erzeugnisse. An dieser Stelle ist anzumerken, dass alle verschiedenen Fraktionen des syrischen Bürgerkrieges untereinander irgendwie Geschäfte betreiben, allerdings sind sie nicht erpicht darauf, diese Tatsache publik zu machen.

Der Irak ist das einzige nahe gelegene Land, das Interesse daran hat, Handel mit der Föderation zu treiben. Die Entwicklung des Krieges in und um Mûsil (Mossul) ist in der Hinsicht von großer Bedeutung, als es – übernähme die irakische Zentralregierung die Kontrolle über den Grenzübergang zwischen Şengal (Sindschar) und Hol – eine direkte Handelsroute zum Irak gäbe und viel vom Druck des Embargos genommen werden könnte.

Schlussfolgerung

Der Rat des Demokratischen Syrien (kurdisch: Meclîsa Sûriya Demokratîk; kurz: MSD) unterbreitete Anfang 2016 einen umfassenden Vorschlag zur Lösung der syrischen Krise. Er skizzierte die Wiederherstellung Syriens in Form einer Konföderation verschiedener autonomer Regionen unter einer gemeinsamen Verfassung und diplomatischen Vertretung. Neben der Bildung einer kurdisch-arabischen Föderation im Norden werden eine sunnitisch-arabische Föderation in Ost- und Zentralsyrien, eine alawitische Föderation im Westen und eine autonome Drusen-Region im Süden vorgeschlagen. Alle ethnischen, religiösen und gesellschaftlichen Gruppen würden das Recht haben, ihre eigenen Angelegenheiten innerhalb der verfassungsmäßig festgehaltenen Grundprinzipien selbstständig zu organisieren und zu verwalten. Der Vorschlag beinhaltete einen Rahmen für eine gerechte Verteilung der Ressourcen zwischen den Regionen, sodass keine Region etwas importieren müsste, solange es in einer der anderen Regionen verfügbar wäre.

Der Vorschlag des MSD bleibt bis heute der einzige wirkliche Plan, um aus Blutvergießen und Elend herauszukommen. Alle Teilnehmer der vergeblichen Friedenskonferenzen konnten sich auf nichts einigen außer darauf, dass »die territoriale Integrität Syriens« bewahrt werden solle, und legten nichts vor als die Forderung, dass ihre Kandidaten an die Spitze des Staates zu stellen seien – der lange vor 2011 versagt hatte.

Die wirtschaftlichen Probleme der Föderation können nur gelöst werden, wenn der Krieg in Syrien zu einem Ende kommt. Große Bewässerungskanäle müssen von Tigris und Euphrat her gegraben werden, um den Wassermangel zu lindern, einen Grüngürtel im Süden gegen die Wüstenbildung anzulegen und eine ökologische Agrarrevolution zu ermöglichen. Um die Energiekrise zu lösen, müssen die Experimente mit Solarenergie, Biogas und anderen erneuerbaren Energien in die Praxis umgesetzt werden. Diese und viele weitere notwendige Schritte erfordern offene Handelswege und Bedingungen, unter denen die totale Zerstörung durch Bombardement und Invasion weniger wahrscheinlich erscheint.

Die Apocîs stellen die einzige große Einheitskraft dar, die den Versprechen der syrischen Revolution treu geblieben sind. Die arabischen Revolutionäre sind größtenteils von den durch die Türkei unterstützten salafistischen Gruppen zerstört oder marginalisiert worden. Aber die Autonomie und der relative Frieden der Föderation dürften gefährdet sein. Ihr widerwilliger US-amerikanischer Verbündeter scheint entschlossen, den syrischen Schauplatz zu verlassen und den Weg für eine Invasion der Türkei freizumachen. Gleichzeitig hat der Iran seinen Einfluss auf das Militär des Baath-Staates genutzt, um durch Attacken in Qamişlo und Hesekê mehrfach einen Krieg mit der Föderation zu provozieren. Viele Wochen lang waren die von den YPG gehaltenen Stadtviertel in Aleppo von den staatlichen Kräften völlig umzingelt, ein Ultimatum zum Verlassen der Stadt lief am 31. Dezember 2016 aus. Die andauernden Verhandlungen zwischen der Türkei, dem Iran, Russland und dem Baath-Staat sind wahrlich eine äußerst unheilvolle Entwicklung.

Der Traum der Aufstände im Mittleren Osten, der syrischen Revolution, wird ein Ende finden, wenn das Volk von Syrien nicht die Sache der Demokratischen Autonomie und konföderalen Revolution aufgreift. Die Föderation muss gleichzeitig ihre Wertvorstellungen, Ideen und Hoffnungen der breiten Öffentlichkeit im Mittleren Osten bekannt machen, indem sie ihre Ausstrahlung erheblich verbessert. Dafür braucht es ehrlichere und kritischere Medien.

Die Revolutionäre des Mittleren Ostens – genau wie die Revolutionäre überall – können nur vereint erfolgreich sein. Das Fenster der Gelegenheit schließt sich schnell. ♦

Eindrücke vom Aufbau revolutionärer Kultur und Bildung in Nordsyrien

Wo Studierende gleichzeitig Lehrende sind

Marcel Cartier, Hip-Hop-Künstler, Journalist und Internationalist aus London

Revolutionäre Kultur wird oft verstanden als die mühsame Schaffung von etwas völlig Neuem im Prozess der radikalen Transformation einer Gesellschaft. Die alten Ideen des Establishments werden auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen und massenhaft ersetzt durch solche, die früher unterdrückt wurden. Selbstverständlich war es bis heute in keiner Revolution je so einfach oder klar. Außerdem können in Gesellschaften, in denen indigene Kulturen durch die bestehende Macht unterdrückt wurden, diese marginalisierten und manchmal illegalen Ausdrucksformen aufgrund ihres Antagonismus zum Staat revolutionär sein, ungeachtet der Tatsache, dass sie in keiner bedeutenden Art und Weise »neu« sind. Wie die Realität heute in Nordsyrien, wo nicht nur die kurdische Sprache und Kultur, sondern auch diejenigen der 25 bis 30 dort ansässigen ethnischen Gruppen, die nicht arabisch sind, von Neuem analysiert und praktiziert werden.

Trotzdem steckt in der Realität eine »Rückkehr zum Alten« voller gravierender Widersprüche. Die kurdische Freiheitsbewegung spricht oft von einer »Rückkehr zur natürlichen Gesellschaft«, aber das ist nicht in einer starren Art und Weise gemeint. Wenn alle Elemente der kolonialisierten Kultur mechanisch praktiziert werden, ist es nicht das Gleiche, wie eine revolutionäre Kultur zu erschaffen. Für die Radikalen in Rojava ist es nicht genug, dass »kurdische Kultur« in einem abstrakten Sinne zurückgewonnen wird. Es stellt sich die Frage, welche Art von kurdischer Kultur? Es besteht in der Tat ein tief greifender Unterschied zwischen der Kultur des engen und traditionellen Nationalismus der Offizialität des Bildungssystems in der kurdischen Region Iraks und etwa derjenigen der Internationalisten, die die Avantgarde der Veränderung in Nordsyrien bilden. Möglicherweise müssen Elemente der zurückgewonnenen Kultur, besonders wenn sie feudale Ideen repräsentieren, durch etwas ersetzt werden, das einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit darstellt.

Meine Herkunft, ein Hip-Hop-Künstler aus dem Westen, dessen Musik eine progressive, sozialistische Botschaft enthält, rief bei mir ein ernsthaftes Interesse an der Frage hervor, wie die Künste heute in Rojava praktiziert werden, fünf Jahre nachdem die so genannte demokratische Selbstverwaltung die Aufgabe, die Gesellschaft zu organisieren, vom syrisch-arabischen Staat übernommen hat. Ich war fasziniert zu sehen, was aus den alten Schulen geworden ist, in denen ausschließlich in arabischer Sprache und darüber hinaus ausschließlich die arabische Kultur, in einer ethnisch so vielfältigen Region, unterrichtet worden war.

In die »Şehîd Yekta Herekol«-Akademie eintreten

Die Stadt Tirbespiyê, nur dreißig Kilometer östlich von Qamişlo (Al-Qamischli) gelegen, der De-facto-Hauptstadt der Demokratischen Föderation Nordsyrien (DFNS), ist heute vielleicht nicht leicht auf einer Karte mit ihrem kurdischen Namen zu finden, da ihr offizieller Name innerhalb der syrisch-arabischen Republik noch immer al-Qahtaniyah lautet. In der Stadt mit ungefähr 16.000 Einwohnern ankommend, hält die Gruppe von Internationalisten, mit denen ich reise, zuerst an einem Checkpoint der Asayîş[1] an. Nachdem wir durchgewunken wurden, kann ich eine Gruppe von vielleicht einem Dutzend Teenagern sehen, die sich darauf vorbereiten, unseren Zug am Haupteingang dessen, was eine der ersten revolutionären Akademien für die Ausübung der Künste in der Region darstellt, zu begrüßen. Als ich auf den Bürgersteig trete und zu den Toren der Institution hinaufgehe, greift ein junger Mann, nicht älter als achtzehn, nach meiner Hand und sagt auf Englisch: »Willkommen in der Akademie Şehîd Yekta Herekol.«

Der Name der Institution, wie so viele andere heute in Nordsyrien, erweist seine Ehrerbietung einem Märtyrer der

1 Asayîş wird in Texten häufig mit Polizei übersetzt, was wohl oder übel einer fehlenden Entsprechung im Deutschen geschuldet ist. Eigentlich sind die Asayîş eine Organisation der Selbstverteidigung (im Sinne einer der acht Dimensionen der Demokratischen Nation), die aber keine Exekutive im Sinne von Staatlichkeit darstellt. Außerdem ist es Ziel der Selbstverwaltungsstrukturen, dass viele Menschen für einen gewissen Zeitraum den Dienst der Asayîş durchlaufen, um so ein höheres Bewusstsein für Sicherheit zu gewinnen.

kurdischen Freiheitsbewegung. Yekta Herekol, 1968 in Dêrsim geboren, hatte bis in die frühen 1990er Jahre Theater in Ankara studiert, bis er mit der diskriminierenden Praxis des türkischen Staates gegenüber seiner ursprünglichen Kultur konfrontiert wurde. Nachdem er sich entschieden hatte, zur PKK in die Berge zu gehen, wurde er bei zwei Anlässen von den türkischen Behörden gefangen genommen, schaffte es aber schließlich ins Ausland, wo er seine künstlerischen Fähigkeiten weiterentwickelte. Während er seine Kultur in Griechenland und Russland frei praktizieren konnte, sehnte er sich jedoch nach dem Boden seiner Heimat und beschloss, nach Kurdistan zurückzukehren. 2003 kam er nach Rojava und schloss sich am 12. März 2004 Demonstrationen in Qamişlo an. Zwei Wochen später verbrannte er sich in Aleppo aus Protest, nicht nur gegen die Repression der Zentralregierung gegen die Kurden, sondern als eine Kritik an der Bewegung, »ihre Arbeit richtig zu machen und den Kampf zu verstärken«.

Während ich die Haupthalle der Akademie betrat, fühlte ich mich, als käme ich in ein Museum der Zukunft. Überall waren wunderschöne Malereien und Skulpturen zu sehen, wobei ich mich fragte, ob es möglich sei, dass solche jungen Menschen, wie ich sie gerade getroffen hatte, wirklich für solch wunderbare Kreationen verantwortlich waren. Wie sich herausstellte, waren all die hier zu sehenden Arbeiten die Leistungen dieser unglaublich talentierten Studierenden. Unserer Gruppe wurde eine Tour durch die zwei Geschosse der Akademie zuteil, Raum für Raum voller Utensilien zur Ausübung von Kunst – Kostüme für Theateraufführungen, Musikinstrumente, Pinsel und Staffeleien zum Malen. Im Innenhof war eine Grünfläche, die die Studierenden und Lehrer in naher Zukunft in einen Garten zu verwandeln planten. Wir wurden dann in die Küche geführt, wo eine kleine Gruppe von Studierenden das Mittagessen vorbereitete, bevor wir zu etwas gerufen wurden, das aussah wie eine Impro-Musical-Aufführung einer anderen Gruppe Jugendlicher.

Hevaltî (Genossenschaftlichkeit) zwischen Studierenden und Lehrenden

Es fühlt sich seltsam an, die Ausdrücke »Student« oder »Lehrer« zu benutzen, wenn von den Rollen derjenigen die Rede ist, die in der Akademie Bildung bekommen oder verantwortlich sind für deren Vermittlung. Tatsächlich ist der Unterschied sehr viel unschärfer als in Institutionen in kapitalistischen Gesellschaften oder möglicherweise sogar in einigen sozialistischen. Ich habe sehr schnell verstanden, dass die Beziehung zwischen Studierenden und Lehrern hier nicht dieselben Charakteristika von Unterordnung enthält, mit denen ich selbst aufgewachsen bin. Ich erinnere mich an die Schulzeit, mir wurde gesagt, was ich zu denken habe (im Gegensatz zu Methoden, wie man denkt), ich stopfte Informationen in mein Gehirn, stellte sicher, dass ich meine Lehrer nicht zu sehr herausforderte, und schrieb Klausuren, von denen ich das Gefühl hatte, sie seien Zeitverschwendung. Informationen für einen längeren Zeitraum zu behalten, war kaum einen Gedanken wert. Hier in Rojava traf ich auf etwas vollkommen anderes, einen Typus eines Lernparadigmas, das mich an die Ideen erinnerte, die in Paulo Freires Pädagogik der Unterdrückten[2] vorgeschlagen wurden. Wie mir von einem Studierenden gesagt wurde, einem Siebzehnjährigen namens Gelhat: »Wir sind alle Studenten und Lehrer. Das ist die Art, wie wir organisiert sind und von der wir herausgefunden haben, dass wir so am besten lernen können.«

Das bedeutet aber nicht, dass es keine offizielle Struktur gibt, natürlich gibt es die. Die Akademie hat eine Reverberî, grob übersetzt mit Führung, aber sie ist keine Administration, die gegenüber den dort Eingeschriebenen unantastbar wäre oder keine Rechenschaft abzulegen hätte. (Wie in jeder Verwaltung in Rojava müssen 50 % der Reverberî aus Frauen bestehen.) Es schien hier nicht diese einschüchternde Präsenz im Namen der Führung zu geben, an die ich mich in meiner Schule sehr gut erinnern kann. Wie einer dieser »Verwalter« sagte: »Wir haben ein wöchentliches Tekmîl (eine Kritik- und Selbstkritikrunde), wo die Studierenden und wir gemeinsam darüber reflektieren, was wir an uns kritisieren, was wir hätten effektiver machen können und welche Vorschläge wir haben, um weiterzumachen. Außerdem ist dies der Ort, wo Studierende die Reverberî kritisieren können. Unsere Beziehung basiert auf dem Konzept von hevaltî (Genossenschaftlichkeit). Es ist nicht hierarchisch.«

Für einen Fremden waren dies schockierende Konzepte, aber auf der anderen Seite schienen sie den gesunden Menschenverstand widerzuspiegeln. Welchen besseren Weg könnte es geben, um wirklich bis zur Wurzel dessen vorzudringen, wie eine Lernerfahrung gestärkt werden kann, als ein Forum, wie man es produktiver machen kann, anstatt Verbesserungsvorschläge zu unterdrücken? Das wirkte wie ein wirklich radikales Konzept, wenn man aus den Hallen des »Lernens« im Westen kommt. Es wirkte tief revolutionär zu denken, dass die Lehrer auf eine solch direkte Art und Weise kritisiert werden könnten, ohne es persönlich zu nehmen oder darauf mit »Disziplinarmaßnahmen« gegen die Studierenden zu reagieren.

Ich habe lange davon geträumt, die Barriere der Trennung und des »unantastbaren« Lehrers, der da war, um anorganisch Wissen in die Studierenden zu implementieren, niederzureißen, und hier sah ich genau das realisiert. Dann verstand ich,

2 Paulo Freire war ein brasilianischer Pädagoge. Kern seiner Idee war, dass die Pädagogik die Aufgabe habe, den Unterdrückten ihre Unterdrückung bewusst zu machen. Dafür stützte er sich auf die schon von Sokrates verwendete Methode des Dialoges.

dass es nicht nur in meinen fremden Augen seltsam erscheinen musste – an einem Punkt mussten diese Studierenden exakt dasselbe gefühlt haben.

Ich war sehr neugierig, wie stark sich die Bildung in dieser Region des Landes verändert hat, seit 2012 die Selbstverwaltung die Aufsicht übernommen hatte. Eines der Mitglieder der Reverberî erzählte mir: »Diese Akademie war früher selbst ein Kulturzentrum des Staates. Aber damals war es unvorstellbar, dass junge Leute mit der Herkunft der heutigen Studierenden Zugang gehabt hätten. Es war für die Elite vorgesehen und vorrangig für Araber. Wir versuchen jetzt die Demokratische Nation aufzubauen, daher ist unser Ziel, Studierende unterschiedlichster Herkunft hier zu haben, nicht nur Kurden. Selbstverständlich war das bis jetzt wegen der Repression gegen die kurdische Kultur unser Fokus, da die Studierenden die arabische Kultur bereits aus ihrem früheren Unterricht vor der Revolution kennen.« Eine junge Frau von siebzehn Jahren ergänzte die Worte der Dozentin, sie sprach davon, wie unterschiedlich das Lernklima im Vergleich zu der Zeit vor 2012 jetzt war: »Ich erinnere mich daran, dass wir geschlagen wurden, wenn ein Student entdeckt wurde, wie er nicht adäquat den offiziellen Lehrplan einhielt. Jetzt geben wir den Unterricht. Es ist ein Unterschied wie Tag und Nacht.«

Die Struktur der Akademie

Das Unterrichten, von dem sie sprach, bedeutet, dass jeden Monat ein Studierender dafür verantwortlich ist, eine Unterrichtsstunde vorzubereiten und sie für den Rest der Klasse zu halten. In dieser Akademie, die erst im Herbst 2015 eröffnet wurde, gibt es aktuell 35 Studierende sowie vier von der letzten Schulungsperiode, die in einer unterstützenden Rolle noch verblieben sind. Anders als in Institutionen, die ich mein ganzes Leben gekannt habe, beträgt die Lerndauer hier nicht mehrere Jahre, sondern vielmehr fünfzehn Monate. Das wird nicht unbedingt als Idealdauer für einen Verbleib an dieser Akademie betrachtet, aber wie mir gesagt wurde, wurde sie wegen des Krieges verkürzt: »Wir haben im Allgemeinen dringende Bedürfnisse in der Gesellschaft, dass Studierende, wenn sie ihr Fach gut meistern, natürlich anderswo gebraucht werden, um ihr Fachwissen beizusteuern.« Die jüngste dieser Studierenden ist dreizehn, der älteste zwanzig. Anders als in unseren westli-



Wandbild in der Filmakademie. Foto: A. Bender

chen Gymnasien oder anderen Oberstufen gibt es keine Unterscheidung zwischen Noten oder Jahrgängen. Die Dreizehnjährigen sitzen im selben Unterricht wie ihre bis zu sieben Jahre älteren Mitstudierenden. Im aktuellen Bildungsabschnitt gibt es fünf Musiklehrer, vier unterrichten Film, und vier für Tanz. Der tägliche Unterricht besteht aus vier Stunden Unterricht am Morgen und drei am Nachmittag, fünf Tage die Woche. Das sind 35 Stunden Unterricht in der Woche.

Es heißt, dass der tägliche Betrieb der Akademie nicht nur von den Studierenden erledigt wird, sondern auf eine kollektive Art und Weise demokratisch von ihnen geplant wird. Zusätzlich zum Küchendienst werden die Logistik und die Reinigung des Zentrums auf kommunale Art und Weise durchgeführt. Dies ist ein Zentrum, in dem die Studierenden nicht nur tagsüber lernen, sondern auch schlafen und daher mit der Verantwortung betraut sind, sich um ihre Lern- und Wohnatmosphäre zu kümmern.

Eher Akademien als Universitäten

Die Idee der freien Akademie (es gibt hier selbstverständlich keine Studiengebühren) war ein Vorschlag des Vorsitzenden der kurdischen Freiheitsbewegung Abdullah Öcalan, der ihre Etablierung als Möglichkeit sah, die bestehende Struktur der staatlichen Universitäten zu ersetzen. Wie mir erklärt wird, gibt es Gemeinsamkeiten mit traditionellen Universitäten oder Schulen in dem Sinne, dass es Prüfungen gibt, aber der Unterschied ist, dass Studierende, die nicht beim ersten Mal Erfolg haben, nicht durchgefallen sind oder aus der Akademie geworfen werden. Des Weiteren werden auch Diplome oder Zertifikate ausgestellt. Der primäre Fokus liegt dabei eher darauf, ein Fach oder eine Disziplin wirklich zu beherrschen, anstatt ein Stück Papier zu besitzen, um den Akademiebesuch zu beweisen und zu benutzen, um in der Gesellschaft »Erfolg« durch mehr Geldverdienen zu gewinnen als ohne Akademiebesuch. Wie ein Student zu mir sagte: »Vielleicht sieht es für dich oberflächlich aus wie eine Universität, aber der Inhalt ist radikal anders.«

Im Kontext unserer Gesellschaften denken wir möglicherweise oft über die Kunst, dass sie einzig und allein als Selbstzweck geschaffen wird. Das ist nicht notwendigerweise richtig, da jede Kunst eine ideologische Orientierung hat (auch die Kunst mit eingeschlossen, die vorgibt, über jede Ideologie erhaben oder nicht ideologisch zu sein). In dieser Akademie liegt ein Schwerpunkt auf den historischen, philosophischen, ästhetischen, ideologischen, politischen und sozialen Aspekten von Kunst und Kultur. Es gibt aktuell insgesamt dreißig Studiengebiete, die alle darauf abzielen, etwas zum von der Reverberî vorgebrachten Motto beizutragen: »Wir wollen einen Künstler schaffen, der fähig ist, den Machthabern die Maske herunterzureißen; einen Künstler, der die Grundlage dafür schafft, ihre Macht zu zerstören. Diese Institution holt unsere Stimmen und unsere Gefühle von unserem Feind zurück und gibt allen anderen Völkern eine Stimme, die durch das Besatzersystem unterdrückt werden.«

Problemen und Widersprüchen begegnen

Wie bei jeder Institution in Rojava gibt es keinen Mangel an Problemen, die der Entwicklung im Wege stehen. Wie soll es letztendlich auch anders sein in einer Kriegssituation? Diese Revolution entfaltet sich nicht unter Idealbedingungen, sondern inmitten eines Szenarios, in dem das sprichwörtliche Überleben der Bevölkerung keine ausgemachte Sache ist. Trotzdem herrscht ein Klima voller Humor und Unbekümmertheit, das es schafft, die Atmosphäre der Akademie zu durchdringen. Als ich jemanden von der Reverberî nach dem Hauptproblem frage, mit dem die Akademie konfrontiert ist, sagt er, vielleicht halb im Scherz: »Du kennst die Jugend: Sie will nicht im Unterricht sitzen, sondern herumrennen und die ganze Zeit spielen!« Ich blicke hinüber zu einem der Studierenden, der mir ein verschmitztes Lächeln zeigt, diese Art von Lächeln, das mein Freund und ich immer hatten, wenn wir Unerlaubtes vorhatten im Unterricht. Nicht einmal hier, in einem kooperativen und demokratischen Lernumfeld, war der jugendliche Geist der Rebellion unvermeidlich.

Wieder ernster werdend sagt mir der Genosse von der Reverberî: »Jeder Studierende bringt den Einfluss des Besatzungssystems wie den Einfluss der traditionellen kurdischen Gesellschaft mit sich. Unser Ziel ist es, die Ideologien zu transformieren. Zehn Prozent unseres Kampfes sind gegen einen äußeren Feind gerichtet und neunzig Prozent nach innen.« Er bringt es außerdem faszinierend auf den Punkt, welche Art von Disziplin notwendig ist, um die Sozialisation der alten Gesellschaft zu überwinden: »Wenn du diesen jungen Leuten sagst, sie sollen bei den YPJ/G *[Frauen-/Volksverteidigungseinheiten]* kämpfen gehen, sind sie alle dabei. Wenn du ihnen aber sagst, setz dich hin und lies, sagen sie nein. Das Studium setzt immense Mühen voraus, möglicherweise noch mehr als das Kämpfen.«

Zusätzlich zu den erwähnten Problemen der Jugend wurde darauf hingewiesen, dass einige Studierende aufgrund des in der Gesellschaft noch immer vorherrschenden Traditionalismus durch ihre Familien daran gehindert wurden, die Akademie zu besuchen. Das unterstreicht die Wichtigkeit der Arbeit dieses Zentrums, denn was innerhalb dieser Hallen des Lernens passiert, hat eine dialektische Verbindung mit dem, was in der breiteren Gesellschaft passiert, inklusive der Ansichten von Müttern und Vätern. Es ist zu hoffen, dass Einstellungen

in der älteren Generation, die ihre Söhne und Töchter daran hindert, an solche Orte des Lernens zu gelangen, alsbald verschwinden.

Die allmähliche, doch sehr reale Transformation menschlicher Wesen war in diesen Studierenden, die ich getroffen habe, ganz deutlich zu erkennen. Es war klar, dass sie revolutionäre Moral und Persönlichkeiten entwickelten. Die Akademie schickt jetzt schon einige ihrer Studierenden für einen Zeitraum von zwei Monaten in Städte wie Dêrik, Qamişlo und Kobanê, um zehn Menschen in den Künsten zu unterrichten. Sie werden mit einer Verantwortung betraut, die im Westen von irgendeiner Verwaltung einer Bildungseinrichtung keiner Jugend gewährt werden würde.

In die Zukunft tanzen

Ich gebe zu, dass ich niemals so sehr peinlich berührt gewesen bin wie an dem Abend nach dem Ende des Seminars für unsere internationalistische Gruppe über die Geschichte der Akademie und die Struktur des in Rojava entwickelten Lernens. Wir wollten die Nacht gemeinsam mit den Studierenden in der Akademie verbringen, und Aktivitäten, die die Grenze der Sprachbarriere überwinden, sind immer die besten Mittel, um Menschen auf bestimmte Art kennenzulernen. Die Peinlichkeit hatte schon Stunden zuvor während einer Programmpause begonnen, als mein »internationalistisches« Team das erleiden musste, was wohl zu den schrecklichsten Niederlagen im Volleyball zählt. Fairerweise muss uns zugutegehalten werden, dass die Studierenden der Akademie wohl täglich üben können, da sie ein Netz direkt vor dem Eingang ihrer Schule haben, daher konnten keine Wunder erwartet werden. Wie auch immer, ich hoffte sehnlichst auf eine göttliche Intervention, als sie uns an diesem Abend auf den Tanzboden zerrten, um am traditionellen kurdischen Tanz teilzunehmen.[3] Unglücklicherweise gab es keinen Ort, um sich entweder vor den Augen der Studierenden oder ihren Kameras zu verstecken. Sie amüsierten sich recht herzlich auf unsere Kosten – naja, vielleicht nicht auf unsere Kosten, da wir vielleicht sogar noch lauter über diese »Peinlichkeit« lachten als sie.

Nachdem die Belustigung der abendlichen Stunden zu schwinden begonnen hatte, kehrten wir alle wieder in die Realität zurück, als wir merkten, wie spät es war. Um zehn Uhr abends sind die Studierenden normalerweise in ihren Zimmern, um sich für die Nacht fertig zu machen, aber es war beinahe elf Uhr und wir waren noch immer schweißgebadet von den vielen Stunden des Tanzens (ich gebrauche den Begriff in meinem Falle sehr frei). Gegenüber der Haupthalle leben einige der männlichen Studierenden, in einem mit Schlafsälen westlicher Universitäten vergleichbaren Rahmen. Wir gingen hinaus an die frische Luft und überquerten die Straße. Ich konnte nicht anders, als an meine College-Erfahrung vor fast fünfzehn Jahren zu denken. Ich erinnerte mich an die unzähligen Male, als ich nach den scheinbar nie enden wollenden College-Partys zu meinem Schlafsaal zurückkehrte, meistens betrunken und stolpernd. Um ehrlich zu sein, ich hatte nicht viel Respekt vor meiner College-Erfahrung, weil ich offen gesagt das Gefühl hatte, dass die Institution auch nicht viel Respekt vor mir hatte. Ich konnte mich nicht auf die Erfahrungen beziehen, mich gefühlt zu haben, als würde ich nicht viel lernen, wo ich mich niemals herausgefordert gefühlt hatte und die Lehrer sich verhalten hatten, als seien sie unantastbar. Es hatte mich nicht angesprochen. Der einzige Teil des Colleges, den ich wirklich genossen habe – und ich bin sicher, das gilt für einen riesigen Teil der College- und Universitätsstudierenden in den USA –, waren diese Partys an Freitag- und Samstagabenden, die wie eine Erholungspause von den die Woche über besuchten langweiligen, starren Kursen waren. Diese Entfremdung, die ich in der Schule gefühlt hatte, wandelte sich später in die Entfremdung von der Arbeit. Mein einziger Trost war es, freitagnachts auszugehen und die Existenz meiner Ausbeutung zu vergessen.

Hier war ich nun, inmitten des Krieges in Syrien, und ich fand etwas bemerkenswert anderes. Ich wünschte mir, ich könnte wieder so alt sein wie diese Studierenden, so dass ich solch ein Lernzentrum besuchen könnte wie das, das ich gerade betreten hatte. Da gäbe es nicht diesen Hang, »betrunken zu werden«, oder den Versuch, andere interessante Ausflüchte aus den banalen und erstickenden Grenzen der westlichen Universitäten zu finden. Hier wurde eine Pädagogik entwickelt, die die Studierenden als Macher ihres eigenen Schicksals respektiert, als Teil von etwas Größerem, und eine Bewegung zur Befreiung des Menschen. Das Beispiel, das ich gesehen hatte, war sehr eindrücklich. Obwohl ich mich im Westen glücklich schätze, jede Nacht friedlich zu schlafen ohne die Sorge, dass faschistische Truppen auf meiner Türschwelle auftauchen, beneide ich gleichzeitig die Jugend von Rojava, dass sie den Luxus hat, ein vollkommen neues Bildungs- und Kultursystem zu schaffen. Es ist eine Kostbarkeit, die natürlich in keiner Weise luxuriös ist, da die Selbstverteidigungskräfte für die Verteidigung dieser Studierenden täglich mit ihrem Blut bezahlen. Um Lincoln Steffens zu zitieren, der die Sowjetunion in den frühen Jahren nach der Revolution besichtigt hatte: »Ich habe die Zukunft gesehen und sie funktioniert.« Aber dieses Mal lasst uns hoffen, dass die Zukunft noch schöner und siegreicher geschrieben wird. ♦

Quelle: http://www.kurdishquestion.com/article/3918-rojavan-pedagogy-where

3 Das darf man sich nicht im Sinne einer Disko-Tanzfläche vorstellen, sondern meint eher die Stelle in einer Halle, wo regelmäßig gemeinsam getanzt wird. Der traditionelle kurdische Tanz ist der »govend«.

Die Demokratischen Kräfte Syriens im Fadenkreuz der Staaten, die den Status quo verteidigen

Die QSD, eine Kampfgruppe der Gesellschaften Syriens

Shawrash Khane

In einem weiten geographischen Gebiet in Nord- und Nordostsyrien wehen die Fahnen der Demokratischen Kräfte Syriens (im arab. Orig.: QSD), jener Einheiten, die aus religiös und ethnisch unterschiedlichen militärischen Gruppen gebildet werden. All diese verschiedenen Strukturen stellen einen einzigartigen Zustand innerhalb des Syrienkonflikts dar, weil sie zusammengesetzt sind aus multireligiösen, -nationalen und -konfessionellen militärischen Gruppen von Kurden, Arabern, Turkmenen, Assyrern und Tschetschenen, die sich alle unter dem Schirm der QSD sammeln, alle mit dem Ziel, die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) in Syrien zu bekämpfen.

Die Harmonie und die Fähigkeit der QSD im Bodenkampf gegen den IS haben sie zu einer festen Größe in der militärischen und politischen Gleichung in Syrien gemacht, und trotz der Komplexität der Gleichung im Hinblick auf politische Interessen haben die Kräfte der internationalen Koalition, die von den Vereinigten Staaten angeführt werden, den QSD kontinuierliche Luftunterstützung gegen diese terroristische Organisation geleistet. Und die Unterstützung der Koalition war nicht auf Luftangriffe beschränkt, sondern beinhaltete auch die Entsendung militärischer Verstärkung auf syrisches Territorium, um diese Truppen in ihren Einsatzgebieten zu unterstützen. Ein Schritt, der – politisch und militärisch – die anderen bewaffneten syrischen Oppositionsgruppen und bestimmte Regionalstaaten verärgerte.

Zusammensetzung der QSD

Die QSD werden gebildet aus einer Anzahl militärischer Kampfgruppen und Fraktionen, die alle Segmente der syrischen Gesellschaft einbeziehen, in denen die QSD eingesetzt sind. Diese Gruppen umfassen:

Volksverteidigungseinheiten (YPG): Das sind große militärische Einheiten, überwiegend gebildet aus kurdischen Kämpfern zusammen mit anderen syrischen Komponenten (d. h. Arabern, Turkmenen, Assyrern und Tschetschenen).

Frauenverteidigungseinheiten (YPJ): Kurdische Kämpferinnen sowie Araberinnen.

Al-Sanadid-(»mutige«)Truppen: Arabische militärische Kräfte, von denen die meisten zum Schammar-Stamm gehören, der von Scheich Hamidi Dahham al-Hadi al-Dschurba geführt wird, dem Herren über den Al-Dschazira-Sektor in den Regionen der Demokratischen Selbstverwaltung von Syrien.

Dschaisch al-Thuwwar (Armee von Revolutionären): Die Kämpfer in dieser Militärfraktion gehören zu den Regionen Aleppo, Idlib, Homs, Hama, Azaz und al-Bab, die meisten von ihnen sind Araber.

Verbände der Al-Dschazira-Brigaden: Gebildet aus einer Gruppe von Militärfraktionen, die zu den arabischen Stämmen gehören, wie etwa den Schammar, al-Scharabiya, al-Dschabur und al-Bakkara, zusammen mit einem Anteil tschetschenischer syrischer Kämpfer, die aus der syrischen Stadt Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) stammen.

Verbände der Al-Furat-Brigaden: Arabische Kämpfer, die zu den Stämmen der Tell-Abyad-Region und der ländlichen Region um Raqqa gehören. Diese Stämme umfassen die al-Badu, al-Assaf, al-Adadilah und al-Waldah.

Kataeb Schams asch-Schamal: Dieses Bataillon hatte zusammen mit der Freien Syrischen Armee (FSA) operiert, bevor es sich von ihr trennte. Es besteht vor allem aus arabischen Kämpfern und repräsentiert zurzeit das wesentliche Element des Militärrats von Minbic (Manbidsch).

Thuwwar Manbidsch (Bataillon der Manbidsch-Revolutionäre): Arabische Kämpfer, ehemals bei der FSA, operieren zurzeit unter der Führung des Militärrates von Minbic.

Dschund al-Haramayn: Arabische Kämpfer aus der Stadt Minbic.

Brigade Tahrir al-Furat (Befreiung des Euphrat): Die Kämpfer sind überwiegend Araber aus der Stadt Minbic und deren Umland.

Bataillon Schuhada al-Furat (Märtyrer des Euphrat) aus Cerablus (Dscharabulus): Kämpfer sind überwiegend Araber aus dieser Stadt.

Ahrar Dscharabulus: Kurden und Araber aus der Stadt Cerablus.

Ahrar al-Bab: Arabische Kämpfer aus dieser Stadt.

Ahrar Arimah: Arabische Kämpfer, die ihren Beitritt zum Militärrat von al-Bab erklärt haben.

Bataillone Schuhada (Märtyrer aus) Qabasin: Die meisten ihrer Kämpfer sind aus dem Gebiet nördlich von Aleppo. Sie sind dem Militärrat von al-Bab beigetreten.

Dschabhat Thuwwar al-Raqqa (Front der Revolutionäre Raqqas): Arabische Kämpfer aus dieser Stadt.

Militärrat von Dair az-Zaur: Die meisten seiner Kämpfer sind arabische Stammesangehörige von dort.

Militärrat von al-Bab: Eine Mischung von arabischen, kurdischen und turkmenischen Kämpfern aus dieser Stadt und deren Umland.

Militärrat von Cerablus: Eine Mischung von arabischen und kurdischen Kämpfern aus dieser Stadt und deren Umland.

Militärische Anti-Terrorismus-Aktivitäten der QSD

Seit ihrer Gründung am 10. Oktober 2015 haben die QSD an zahlreichen militärischen Offensiven gegen die Terrororganisation IS teilgenommen, gemäß folgendem Zeitrahmen:

Befreiung von al-Hol und den südlichen Gebieten der Provinz Hesekê (al-Hasakah).

Befreiung des strategischen Tişrîn-Staudamms.

Kampagne »Zorn von al-Khabur«, während der die Stadt asch-Schaddadi befreit wurde.

Kampagne »Die Kinder Alan und Cudi rächen«.

Befreiung der strategischen Stadt Minbic *[Juni–August 2016]*.

Offensive »Zorn des Euphrat« zur Befreiung von Raqqa (hält derzeit weiter an).

Zum Zeitpunkt dieser Untersuchung wird das von den QSD kontrollierte Gebiet, inklusive der kurdischen Stadtviertel von Aleppo, auf etwa 34.800 km² geschätzt, was ungefähr 18,79 Prozent des gesamten syrischen Territoriums entspricht.

Zum Zeitpunkt dieser Untersuchung wird das gesamte durch die QSD seit ihrer Gründung aus den Händen des IS befreite Gebiet auf 15.400 km² geschätzt. Es umfasst große Städte wie etwa Minbic, Tell Abyad, al-Hol, Dutzende Unterbezirke und Städte und Hunderte Dörfer und Höfe.

Zum Zeitpunkt dieser Untersuchung sind die QSD an einer Frontlänge von 450 km gegen den IS aktiv.

Die QSD kontrollieren ausgedehnte Gebiete von Nord- und Nordostsyrien und Tag für Tag entwickeln sie sich zur größten militärischen Gruppe in Syrien – im Hinblick auf Personal und Kapazitäten ihrer Kämpfer. Die meisten der militärischen Fraktionen der QSD hatten militärisches Training, das von den Volksverteidigungseinheiten durchgeführt wurde, die für ihre militärischen Taktiken und Fähigkeiten und den Mut ihrer Kämpfer bekannt sind. Diese Einheiten haben ihre Fähigkeit zu siegen bewiesen, ob gegen eine reguläre Armee wie die syrische oder im Guerillakrieg gegen die Nusra-Front und den IS.

Verfolgt man den Einsatz der QSD in weiten Gebieten Syriens, wird man eine Zunahme des Personals in ihren Reihen beobachten, besonders mit dem Zustrom arabischer Stammesangehöriger auf dem Lande in Raqqa, Minbic, Dair az-Zaur und Cerablus.

Dieser Anstieg der Zahl der Kämpfer liegt an verschiedenen, für die QSD günstigen Faktoren, von denen die wichtigsten sind:

Einer dieser signifikanten Faktoren ist die Struktur der QSD und ihr Vertrauen auf die Militärräte in jeder Region oder Stadt. Diese Militärräte werden durch ihre eigenen Leute gebildet und sie kämpfen unter einer speziellen Fahne, die die Stadt oder Region repräsentiert. Das ist eine starke Motivation für die Bewohner dieser Gebiete und Städte, den QSD beizutreten. Der am 2. April 2016 gegründete Militärrat von Minbic ist ein Beispiel dafür.

Es gibt außerdem Öffentlichkeitsarbeitsbüros, die direkt dem QSD-Kommandorat in den von den QSD befreiten Städten berichten. Das Öffentlichkeitsarbeitspersonal mischt sich unter die lokalen Bewohner und hört sich ihre Meinun-

gen und Beschwerden an. Sie halten auch QSD-Angehörige fest, die verantwortlich sind für jegliche Gewalt gegenüber den Einwohnern. Die Öffentlichkeitsarbeitsbüros werden üblicherweise mit Stammes-Scheichs oder bekannten Personen in den Gebieten besetzt.

Die meisten der durch die QSD befreiten Städte wie etwa al-Hol, Minbic und asch-Schaddadi waren von anderen bewaffneten Gruppen besetzt gewesen, angefangen bei der FSA und der Nusra-Front bis hin zum IS. Diese Gruppen gaben den Einwohnern einen Eindruck von jeglicher Art von Unterdrückung und Knechtschaft, was unter Kontrolle der QSD so ziemlich das Gegenteil ist.

Bestandteil der QSD-Strategie ist es, die Städte nach ihrer Befreiung vom IS an lokale zivile Räte zu übergeben. Die lokalen Räte wiederum bilden aus Einwohnern der eigenen Städte autonome Verwaltungen. Die QSD übergaben die Stadt Minbic an den zivilen Rat von Minbic, der sie aktuell leitet. Der Zivilrat hat am 20. Februar 2017 eine demokratische zivile Verwaltung für Minbic und Umgebung bekannt gegeben. Darüber hinaus bietet die Unterstützung der US-geführten internationalen Koalition für die QSD den Einwohnern einen weiteren Anreiz, sich den QSD anzuschließen.

Die QSD setzen auf ideologische Schulung für ihre Kämpfer, bevor diese an Kampfhandlungen teilnehmen. Akademien gibt es in der ganzen Gegend von Hesekê, Minbic und im Umland von Raqqa. Der ideologische Unterricht konzentriert sich auf das Denunzieren des Extremismus und die Vermittlung des Konzepts der »Geschwisterlichkeit der Völker«, das auf Gerechtigkeit, Toleranz und Gleichheit basiert.

Die Führungsrolle von Frauen in den QSD

Die Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) sind ein grundlegender Bestandteil der QSD. Die meisten Frauen sind Kurdinnen, aber es gibt auch eine Mischung aus arabischen, aramäischen und assyrischen Frauen. Die Fundamente, auf denen diese Fraueneinheiten gründen, sind die Entlarvung der Mentalität des Extremismus und die Betonung des Rechts der Frauen, frei und ehrenhaft zu leben und sich gegen die männliche Mentalität zu verteidigen, die der Freiheit der Frau feindlich gesinnt ist. Die kurdischen Frauen haben sich in der Konfrontation mit den Terrororganisationen mit ihrem Bewusstsein und ihrer Kraft durchgesetzt und ein Beispiel für die Welt gegeben. Mit der Einrichtung und der Ausweitung der QSD auf mehrheitlich arabische Regionen wie etwa al-Schaddadi und die Gebiete rund um Raqqa war es nur natürlich, dass sich das bahnbrechende Frauenexperiment auch in den arabischen Regionen ausbreitet. Das wurde durch die wachsende Zahl arabischer Frauen in den Reihen der QSD belegt. Die Kämpferin und offizielle Sprecherin der Offensive zur Befreiung von Raqqa »Zorn des Euphrat«, Jihan Scheikh Ahmad, gab folgende Erklärung für unsere Untersuchung:

»Die Zusammensetzung der Frauenverteidigungseinheiten der QSD ist nicht allein auf kurdische Frauen begrenzt, sondern umfasst auch andere, insbesondere arabische. Sie schließen sich unseren Einheiten mit extremer Begeisterung an und ihre Zahl steigt mit unserem Vordringen nach Raqqa. Unsere militärischen QSD-Offensiven werden begleitet von breiten Sensibilisierungskampagnen unter der lokalen Bevölkerung, besonders unter den arabischen Frauen, die durch überkommene Bräuche und Traditionen, die sich gegen die Freiheit der Frau richten, unterdrückt wurden ebenso wie durch das Leiden, das sie von extremistischen Organisationen ertragen mussten. Wir haben spezielle Aufklärungsakademien für Frauen, die Frauenrechte, Gleichheit zwischen Mann und Frau und das Recht der Frau, sich zu organisieren und selbst zu verteidigen, behandeln. Einer der Hauptgründe, warum sich arabische Frauen den QSD anschließen, sind die Unterdrückung, die Angriffe und die Vergewaltigungen, die êzîdische Frauen erleiden mussten, was ein hohes Maß freien Willens bei der arabischen Frau zum Vorschein brachte. Die arabischen Stämme unterstützen diese Ideen sehr stark.«

Die ethnische Zusammensetzung der QSD korrespondiert in allen Aspekten mit den Befreiungsoperationen dieser Kräfte. Dieser wichtige Aspekt widerlegt völlig die Lügen, die durch den QSD feindlich gesonnene Gruppen oder Regionalstaaten verbreitet werden, dass es sich bei den QSD mehrheitlich um kurdische Kräfte handle, die danach strebten, arabische Regionen zu besetzen oder deren Bevölkerungszusammensetzung zu verändern. In diesem Kontext gab Brigadegeneral Husam al-Awak, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit im Kommandorat der QSD, unserer Studie die Erklärung: »Die QSD wurden am 10. Oktober 2015 gegründet. Ihre Hauptstruktur baut auf einer Koalition aller Komponenten auf, die sich in der syrischen Al-Dschazira-Region finden – Kurden, Araber, Suryoye, Turkmenen und Assyrer. Die kurdische Komponente hat den größten prozentualen Anteil an den QSD, aufgrund der Tatsache, dass die aus den Händen der IS-Terrororganisation befreiten Gebiete mehrheitlich kurdische sind, besonders die Region von Kobanê. Mit dem Vorrücken der QSD und mit der Unterstützung durch die US-geführte internationale Koalition waren die Kräfte jedoch in der Lage, eine große Zahl arabischer Gebiete zu befreien, was zu einer großen Zahl von Arabern geführt hat, die den Reihen der QSD beigetreten sind. Das politische Dach (der Demokratische Rat Syrien) dieser Kräfte wurde gebildet und sie präsentierten ihre politischen, sozialen und humanitären Ideen im Rahmen einer Vision der Zukunft, in der sich alle Teile an einem umfassenden Gesellschaftsver-



Kämpfer*innen der QSD geleiten Flüchtlinge aus Raqqa. Foto: ANHA

trag mit der Theorie der demokratischen Nation, Geschwisterlichkeit der Völker und Koexistenz beteiligen, um Freiheit und Demokratie für die Völker der Region zu erreichen, ohne ethnische, konfessionelle oder Stammesdiskriminierung. Nachdem der Rat gebildet worden war und die Menschen die Zukunftsvision kennengelernt hatten, verlangten prominente Persönlichkeiten und Scheichs arabischer Stämme aus der Umgebung im Hauptquartier des Demokratischen Rates Syrien, dass ihre Söhne und Töchter dem Rat beitreten, genauso wie sie es bei den QSD mit der Teilnahme am Kampf zur Vernichtung des IS taten. Trainingscamps wurden eröffnet und jeder mit militärischer Erfahrung arbeitete als Ausbilder und alle ohne militärische Erfahrung wurden von kurdischen und arabischen Ausbildern instruiert. Arabische Stämme aus den IS-kontrollierten Gebieten wurden kontaktiert und mit dieser Kommunikation geheime Zellen organisiert, um die QSD mit Informationen zu versorgen und verdeckt mit ihnen zu arbeiten. Wir im QSD-Kommandorat glauben, dass der Anteil der Araber, besonders der Söhne arabischer Stämme, in den nächsten zwei Monaten fünfzig Prozent der QSD erreichen wird. Und von hier an muss jeder wissen, dass unsere Kräfte zu einer tragenden Säule und einem Kern der syrischen nationalen Armee geworden sind und dass eine hochkarätige Unterstützung dieser Kräfte für die Zeit und das Blut zur Eliminierung des Terrorismus sorgen und ausgezeichnete Beziehungen zu allen Nationen auf der Basis gemeinsamer Interessen der Völker der Region aufbauen wird.«

In einer Erklärung vom 8. Dezember 2016 bestätigte Colonel John Dorian, offizieller Sprecher der US-geführten internationalen Koalition, dass ungefähr 13.000 der 45.000 QSD-Kämpfer den arabischen Anteil ausmachten.

Auf Grundlage o. g. Informationen lässt sich sagen, dass die verbindliche Organisationsstruktur der QSD, die Kompetenz ihrer Kämpfer vor Ort, die demokratischen Konzepte innerhalb der Organisation und deren Verurteilung von Hass und Rache bei der Übergabe befreiter Gebiete an die zivilen Räte die QSD zu einer führenden Kraft haben werden lassen, gemessen an all den anderen in Syrien kämpfenden bewaffneten Gruppen, von denen die meisten von islamischem oder chauvinistischem Extremismus dominiert werden. All das hat die QSD zu einer Zielscheibe für viele der ausländischen und heimischen Parteien gemacht, die gegen das syrische Regime opponieren oder es unterstützen, vor allem die mit der Türkei oder Iran in Verbindung stehenden politischen und militärischen Gruppen und Staaten, die jegliches demokratisches Modell auf der Basis historischer kommunaler Vielfalt und des Rechts der Menschen, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen, fürchten; ein Modell mit komplexen internen Gemeinschaftsfragen, das es ablehnt, diese durch Unterdrückung der Menschen zu lösen. Die kurdische Frage ist historisch gesehen eine der am häufigsten unterdrückten, die in Iran und der Türkei ethnischer und politischer Säuberung unterworfen waren, insbesondere seit die kurdischen Kämpfer zu den etabliertesten und effektivsten Gruppen innerhalb der QSD zählen.

Die Türkei und die QSD

Die Türkei versteckt ihre Feindseligkeit gegenüber den QSD nicht. Ganz im Gegenteil, sie erklärt sie offen, indem sie in die Syrienkrise eingreift. Seit Beginn des Syrienkonflikts hat die Türkei die militärischen und politischen Entwicklungen der Kurden in Syrien (Rojava, Westkurdistan) behindert, denn wenn sie in Syrien ihre nationalen Rechte bekommen, dann werden die mehr als 25 Millionen Kurden in der Türkei *[je nach Zählweise]* in Aufruhr versetzt. Schon früh in der Revolution in Syrien hat die Türkei mit der Unterstützung syrisch-arabischer bewaffneter Gruppen mit dem Ziel, sie in Kämpfe gegen die Kurden zu involvieren, vorbeugende Schritte unternommen. Das ist deutlich belegt durch die türkische Unterstützung für Ahrar al-Scham und die Nusra-Front im Kampf von Serê Kaniyê an der syrisch-türkischen Grenze. Die Unter-

stützung wurde offensichtlich, als Fotos dieser Gruppen, wie sie die syrisch-türkische Grenze überqueren, in sozialen Netzwerken gepostet und damit belegt wurden. Es war für niemanden ein Geheimnis mehr. Nachdem sie gescheitert waren, die Stadt Serê Kaniyê zu kontrollieren, griff der türkische Geheimdienst darauf zurück, junge Männer aus Dair az-Zaur, Raqqa und Hesekê in Flüchtlingslagern in der Türkei zu sammeln. Sie arbeiteten daran, die Stämme und bekannte arabische Persönlichkeiten aus den o. g. Regionen für sich zu gewinnen, um den Kurden in Rojava feindlich gesonnene, parallele militärische Truppen zu schaffen. Diese sollten künftig eine Alternative zur internationalen Koalition in bevorstehenden Kämpfen gegen den IS in Städten wie Raqqa und Dair az-Zaur sein. Das ging einher mit dem schwindenden Einfluss des IS und dem wachsenden Einfluss der Volksverteidigungseinheiten.

Die Ankündigung der QSD hinsichtlich ihrer Bemühungen in den ländlichen Gebieten von Hesekê und Raqqa, bewaffnete Brigaden aus hier ansässigen Stammesangehörigen zu bilden, versetzte dem Plan der Türkei, die Stammesangehörigen in jenen Gebieten zu benutzen, einen herben Schlag. Besonders nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika, NATO-Verbündete der Türkei und Anführer der internationalen Koalition, dieses Projekt unterstützten.

Selbstverständlich wird der Fortschritt des QSD-Projekts und dessen Unterstützung durch die internationale Koalition die Chancen der Türkei mindern, ihre Ambitionen in den QSD-kontrollierten Gebieten zu realisieren, und wird allmählich ihre Hoffnungen auf Kontrolle – durch die Ausnutzung untergeordneter Gruppen – über Gebiete von Hesekê, Dair az-Zaur und Raqqa verringern. All das drängte die Türkei dazu, eine Entscheidung zu treffen und direkt in Cerablus zu intervenieren, um den Vormarsch der Kurden Richtung Afrîn zu stoppen, besonders nachdem deren Truppen die Stadt Minbic befreit hatten. Und das neben dem laufenden nicht erklärten Krieg der Türkei gegen diese Truppen, da sie den Kampf gegen die QSD fortsetzt und sie durch eine Anzahl unterschiedlicher Methoden zu eliminieren sucht:

Die Türkei erkennt in ihrer offiziellen Korrespondenz oder ihren Medien weder die QSD an noch den Namen »Demokratische Kräfte Syriens«. Sie assoziiert die QSD mit den Volksverteidigungseinheiten, die wiederum (laut Türkei) Produkt der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) seien, die laut NATO und EU als terroristische Organisation ausgewiesen ist. Dieses Thema ist vielleicht die Kernfrage der türkischen Diplomatie, wenn die QSD mit der Kurdischen Arbeiterpartei verknüpft und gefordert wird, dass die internationale Koalition, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika, die Unterstützung kappt und das QSD-Projekt vereitelt.

Die Türkei missdeutet das Projekt QSD absichtlich, indem sie die QSD als separatistische Kraft bezeichnet, die beabsichtige, die Araber zu vertreiben und die Bevölkerungszusammensetzung in ihren Einsatzgebieten zu verändern. Die Türkei beruft sich auch auf die ihr gegenüber loyale syrische Opposition, um die QSD als loyal zum Assad-Regime stehende Kräfte innerhalb der syrischen Gesellschaft darzustellen. Das soll die QSD von jeglichen Verhandlungen, an denen die bewaffneten Gruppen teilnehmen, um die Zukunft Syriens zu bestimmen, oder jeglichen Waffenstillstandsverhandlungen ausschließen.

Die Türkei könnte auf eine Strategie zurückgreifen, die Kampfgruppen und bewaffneten Fraktionen unter dem Schirm der QSD aufzubrechen, indem sie Agenten platziert und finanzielle Motive ausnutzt, um QSD-Mitglieder zum Überlaufen zu bewegen.

Die Türkei griff auch auf Attentate gegen prominente QSD-Führungskräfte zurück. Die QSD beschuldigten türkische Agenten der Ermordung des Kommandanten des Militärrates von Cerablus, Abd al-Sattar al-Dschadir, am 22. August 2016.

Außerdem besteht die Möglichkeit eines Angriffs auf die Stadt Minbic durch Türkei-gestützte Gruppen (Schutzschild-Euphrat-Fraktionen), um ausreichend Platz zu schaffen für künftige Sicherheitszonen.

Die Position Irans und des syrischen Regimes gegenüber den QSD

Niemandem, der das Thema Syrien verfolgt, ist das Ausmaß der Macht und des Einflusses Irans auf die strategischen Entscheidungen in Syrien, besonders in Bezug auf die Kurden in Syrien, verborgen geblieben. Die Situation Irans ist dieselbe wie die der Türkei. Iran fürchtet sich vor den Erwartungen der Kurden und ihrem Einfluss auf die innere Lage in Iran. Kurdische Staatsangehörige bilden eine der größten Gruppen in Iran. Ihre Erwartungen und Hoffnungen werden sich verstärken und es wird Iran beeinflussen (Ostkurdistan/Rojhilat).

Mit der zunehmenden Rolle der Kurden in Syrien und ihren Bemühungen in den Gemeinschaften, durch die Ausrufung autonomer Verwaltungen in Rojava politische und militärische Organisationen zu bilden, erkannte Iran die gefährliche Lage und entschied umgehend, den Zuwachs der Kurden in Syrien zu begrenzen, indem er arabische Stammesmilizen, besonders in der Provinz Hesekê (al-Dschazira), zu organisieren begann.

Der schiitische Iran wird jedoch Schwierigkeiten haben, die arabischen Stämme, welche Sunniten sind, zu organisieren. Diese Stämme haben Verbindungen zu Stämmen in Irak, die

über die schlechte Behandlung durch die iranisch gestützten Kräfte (People´s Mobilization Forces PMF) klagen.

Um diese Milizen in Syrien zu etablieren, besonders in den Gebieten unter dem Einfluss der kurdischen Kräfte, begannen die iranischen Revolutionsgarden die Saiten des arabischen Nationalismus anzuschlagen, indem sie diese Milizen als eine Möglichkeit formten, klassische, bestehende (d. h. religiöse/schiitische) Hindernisse zu überwinden.

Tatsächlich begann Iran 2013 damit und stützte sich dabei auf den syrischen Geheimdienst und Offiziere der libanesischen Hisbollah. Iran nutzte die Präsenz des syrischen Regimes in bestimmten Sicherheitssektoren in Hesekê und Qamişlo (al-Qamischli) als Basis für die Milizen.

Iran versorgte diese Gruppen und die militärischen Fraktionen mit Ressourcen, Hisbollah-Mitglieder bildeten sie aus und der syrische Geheimdienst (nationale Verteidigung und Kommando-Miliz) überwachte sie. Die Gruppen erfuhren dann eine starke Gegenwehr der kurdischen Kräfte und die Situation eskalierte bis hin zu Konfrontation und Straßenkampf in Hesekê und Qamişlo. Die »kurdischen Einheiten« zerschlugen sie, bis von ihnen nicht mehr übrig blieb als der Anschein einer Präsenz in den Sicherheitssektoren.

Nach der Befreiung von Tall Hamis *[Feb. 2015]* und Tall Barak durch die Volksverteidigungseinheiten begann sich die Angelegenheit in eine entgegengesetzte Richtung zu entwickeln, als Teheran und seine Marionetten bezweckt hatten. Die jungen arabischen Männer aus den dortigen Stämmen begannen, den Volksverteidigungseinheiten beizutreten, und die Rekrutierung stieg mit der Bekanntgabe der Einrichtung der QSD an. Das zwang Iran, sich mithilfe von Hisbollah-Offizieren mit dem syrischen Regime zu koordinieren und sich mit neuen Bemühungen zu befassen, indem Stammesführer und arabische Stammespersönlichkeiten versammelt wurden und mit der Parole »Befreiung arabischen Landes« auf Gebiete in Hesekê Bezug genommen wurde. Dieser Ruf erntete jedoch aus mehreren Gründen keine breite Unterstützung der arabischen Stämme. Hauptsächlich deshalb, weil die kurdischen Einheiten gut mit der örtlichen Bevölkerung zusammenarbeiteten und weil die meisten arabischen Scheichs in der Gegend gegen dieses Projekt waren. Das zwang das syrische Regime dazu, die Verpflichtung für junge Männer und Angestellte staatlicher Institutionen zum Dienst in der Armee durchzusetzen. Selbst diese Initiative wurde von den demokratisch-autonomen Sicherheitsdiensten, besonders den internen Sicherheitskräften (Asayîş), abgewehrt und führte zu einigem Geplänkel mit dem syrischen Regime in Hesekê und Qamişlo.

Trotz des völligen Scheiterns der iranischen Revolutionsgarden, diese Milizen im Raum Hesekê zu etablieren, unternehmen sie noch immer alles in ihrer Macht Stehende, um mit der Zustimmung des syrischen Regimes eine sunnitische Stammesstreitkraft zu schaffen, von der erwartet wird, dass sie ihre Autorität in den kurdischen Gebieten entfalten wird, sobald sich einmal die internen Fronten in Syrien beruhigt haben. In den letzten zwei Jahren haben die iranischen Revolutionsgarden mit direkter Unterstützung des syrischen Regimes daran gearbeitet, aus jungen Männern aus der Provinz Dair az-Zaur Milizen aufzubauen. Deren Zweck ist die Befreiung der Provinz Dair az-Zaur und von Palmyra (Tadmur) in Kooperation mit den irakischen PMF, die mehr als einmal ihre Bereitschaft bekundet haben, syrisches Territorium zu betreten. Am 16. November 2016 verlautbarte der Generalsekretär der irakischen Badr-Organisation, Hadi al-Amiri, in diesem Zusammenhang, dass die irakischen PMF ein Ersuchen des syrischen Präsidenten erreicht habe, nach der Befreiung Mûsils (Mossuls) vom IS syrisches Territorium zu betreten.

Andererseits stellen die Bildung der QSD und ihr Vorstoß weit hinein in arabische Stammesgebiete von Hesekê, Raqqa und Dair az-Zaur zusammen mit der breiten Akzeptanz dieser Kräfte durch die Stammesangehörigen eine direkte Bedrohung für das iranische Projekt dar. Bei der Region, in die die QSD vordringen und die sie militärisch und organisatorisch kontrollieren, handelt es sich um diejenige, in der sich vermutlich die irakischen PMF und die von Iran aufgebauten Milizen aus Raqqa und Dair az-Zaur treffen werden. Wir sprechen hier von Gebieten an der irakisch-syrischen Grenze. Das würde bedeuten, dass der oben ausgeführte iranische Plan scheitern wird.

Die QSD gaben kürzlich die Bildung des Militärrates von Dair az-Zaur unter ihrem Dach bekannt. Der befreite am 17. Februar 2017, beginnend an den Verwaltungsgrenzen der Provinz Hesekê, die ersten Dörfer in der Provinz Dair az-Zaur. Dieser Militärrat konnte wegen des hohen Ansehens der QSD in der lokalen Bevölkerung in Rekordzeit tausende junge Stammesangehörige aus Dair az-Zaur für sich gewinnen. Das ist dem Fakt zuzuschreiben, dass die lokalen Militärräte in jeder Provinz von ihren eigenen Leuten geleitet werden und mit Unterstützung der US-geführten internationalen Koalition unter ihrer eigenen Fahne kämpfen. Das sind alles Anreize für die lokale (sunnitische) Gemeinschaft in der Provinz Dair az-Zaur, den Reihen der QSD beizutreten und die iranisch-gestützten schiitischen Milizen abzulehnen. Auf diese Weise werden die QSD auf derjenigen Landbrücke in Position gehen, die Iran zwischen Irak und Syrien durch Dair az-Zaur, Palmyra und die Region Homs errichten will, die an den Libanon grenzt, wo die libanesische Hisbollah ist. ♦

Quelle: http://kurdishquestion.com/article/3880-sdf-a-future-syrian-national-army

Mûsil und die Zukunft des Iraks in der Post-IS-Ära

Halit Ermiş

Als der sog. Islamische Staat (IS) im Jahr 2014 eine geostrategisch und politisch so wichtige Stadt wie Mûsil (Mossul) binnen eines Tages unter seine Kontrolle gebracht hatte, war die gesamte Welt geschockt. Denn nicht nur die zweitgrößte Stadt des Iraks war nun unter der Kontrolle des IS. Die gesamte Situation im Mittleren Osten war mit der Eroberung dieser Stadt fortan eine andere. Deshalb kann man zurecht von einer Zäsur sprechen.

Ohne die Eroberung von Mûsil wären die schnellen und großen weiteren Gebietsgewinne des IS nicht vorstellbar gewesen. Massaker und Vertreibungen hätten nicht oder nicht in dem Ausmaß stattgefunden. Den Völkern der Region wäre viel Leid erspart geblieben. Und auch die Ausrufung des Kalifats durch den IS war ein direktes Ergebnis der Eroberung von Mûsil.

Der Kampf um Kobanê stoppt Expansion des IS

Die darauf folgende schier unaufhaltsame Expansion des IS stieß erstmals im Norden Syriens, genauer in Kobanê, an ihre Grenzen. Nachdem die Organisation nicht nur durch den Widerstand der YPG/YPJ gestoppt, sondern mithilfe der Internationalen Koalition Schritt für Schritt zurückgedrängt worden war, erwuchs auch die Hoffnung auf eine baldige Befreiungsoffensive auf Mûsil. Als dann nach langem diplomatischem und politischem Vorspiel der Startschuss für die Operation gegeben wurde, hatte die irakische Armee einen IS zum Gegner, der schon lange seinen Zenit hinter sich gelassen hatte und von lauter verlorengegangenen Schlachten äußerst gezeichnet war. Nichts war mehr übrig vom Image der scheinbar unbesiegbaren »Armee des Kalifats«. Nach achtmonatigen Kämpfen wurde Mûsil schließlich vom IS befreit.

Mûsil ist nicht mehr wie vorher

Seit der Machtübernahme durch den IS hat sich das Leben in der Stadt Mûsil nachhaltig verändert. Keiner kann erwarten, dass die Menschen von Mûsil nun nach ihrer Befreiung ihr Leben so weiterführen können wie vor der Zeit des IS. Zu viel Leid und Gräuel haben die Menschen am eigenen Leibe miterlebt. Und es ist nicht nur die Psyche der Menschen, die in Mitleidenschaft gezogen wurde. Mûsil war eine historische und kulturelle Hochburg des Mittleren Ostens. Der IS und der Krieg um die Befreiung haben dieses historische Erbe weitgehend zerstört. Auf dem Schutt dieser Zerstörung müssen die Menschen nun ihr Leben neu aufbauen.

Und während die Menschen zusehen müssen, wie das Leben irgendwie weitergeht, können sie wohl nicht davon ausgehen, dass der Krieg sie endlich in Ruhe lässt. Denn die Kontrolle über die Stadt Mûsil wird von strategischer Wichtigkeit für den Machtkampf der Regional- und Weltmächte sein. Bereits bei der Frage, wer alles an der Befreiungsoperation auf Mûsil mitwirken dürfe, brach ein heftiger Streit unter den Mächten der Region aus. Jeder wusste, dass die Beteiligung am Krieg gegen den IS in der Stadt ein Mitspracherecht über die Zukunft der Stadt mit sich bringen würde. Heute, wo die Stadt vom IS befreit worden ist, droht dieser Streit jederzeit in einen offenen Konflikt umzuschlagen.

Die Kontrolle über Mûsil war beim Abkommen von Lausanne nach dem 1. Weltkrieg eine der Schlüsselfragen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass bei zukünftigen Lösungsverhandlungen für den aktuell geführten Krieg im Mittleren Osten, der von vielen als 3. Weltkrieg bezeichnet wird, auch Mûsil zu einer der wichtigsten Streitfragen werden wird.

Warum ist Mûsil für den Irak so wichtig?

Es ist klar, dass die irakische Zentralregierung nicht gewillt ist Mûsil aus der Hand zu geben, auch wenn die Regionalmäch-

te aufgrund des wirtschaftliche Reichtums, der Handelswege und der demographischen Zusammensetzung großes Interesse an der Stadt haben. Dass Bagdad aber diesen Mächten nicht den Hauch einer Chance geben will, Ansprüche auf Mûsil zu stellen, hat es bei den Diskussionen über die Teilnahme an der Befreiungsoperation bereits unter Beweis gestellt. Besonders die Türkei schielt seit dem 1. Weltkrieg in Richtung Mûsil. Denn seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches wurden die neoosmanischen Träume einer Türkei, welche die Grenzen von Misak-ı Millî[1] umfasst, nie aufgegeben. Nach dem 1. Weltkrieg wurden diese Träume von den Briten vereitelt, die stattdessen einen irakischen Staat unter ihrem Protektorat gründeten. Mit dem Auftauchen des IS und der Befreiungsoperation auf Mûsil entflammten die neoosmanischen Träume nun von Neuem. Doch wird kaum zu erwarten sein, dass die irakische Zentralregierung für Träume dieser Art etwas übrig hat. Denn ein Irak ohne Mûsil würde letztlich eine wirtschaftliche und politische Selbstaufgabe bedeuten.

Doch Tatsache ist auch, dass die Multikulturalität von Mûsil großen Raum für Provokationen von außen bietet. Die ethnische und religiöse Vielfalt der Stadt wird von unterschiedlichen Akteuren dazu missbraucht, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. So ist die Tatsache, dass der IS an einem Tag die Kontrolle über die Stadt übernahm, nicht der besonderen militärischen Stärke dieser Organisation geschuldet. Es waren vor allem die alten militärischen Eliten aus dem gestürzten Baath-Regime Saddam Husseins, die durch ihre Unterstützung für den IS den Machtwechsel in der Stadt ermöglicht haben. Die Baathisten wollten damit vor allem der schiitischen Zentralmacht in Bagdad einen Schlag versetzen, was ihnen letztlich auch gelang.

Nun stellt sich die Frage, ob nach dem Sieg über den IS die Gefahr der internen Auseinandersetzungen in Mûsil gebannt ist? Ist Mûsil eine Stadt, in der die Vielfalt der Gesellschaft frei miteinander leben kann?

Eigentlich sind das die entscheidenden Fragen, für die eine Antwort gefunden werden muss. Denn während Mûsil bei der Befreiungsoperation in Schutt und Asche gelegt wurde, sind die Ursachen, die zu dieser Zerstörung geführt haben, nicht automatisch unter diesem Schutt aus der Welt geschaffen worden. Im Gegenteil, die Probleme und Widersprüche sind noch größer geworden. Wegen der strategisch wichtigen Bedeutung von Mûsil für den Irak und die Region wird deshalb die Frage nach dem zukünftigen Leben in der Stadt auch Auswirkungen auf den gesamten Mittleren Osten haben. Damit Mûsil zu einer Modell-Stadt werden kann, in der die ethnischen und religiösen Gruppen friedlich miteinander leben können, bedarf es definitiv eines Mentalitätswechsels.

Schaut man in die jüngere Geschichte der Stadt, so mag man vielleicht zu dem Schluss kommen, dass die Stadt problembehaftet ist, so als gäbe es ein »Mûsil-Problem«. Denn Auseinandersetzungen, Kämpfe und Vertreibung von ethnischen und religiösen Gruppen in der Stadt gab es schon weitaus länger, als es den IS gibt. Doch das Problem ist nicht Mûsil. Es ist die vorherrschende Mentalität, die aus der Pluralität der Bevölkerungszusammensetzung eine Quelle für Auseinandersetzungen schafft. Dieses Politikverständnis muss aus der Welt geschafft werden, und das umso mehr, nachdem der IS nun besiegt worden ist.

Der Irak hat an Prestige gewonnen, aber ...

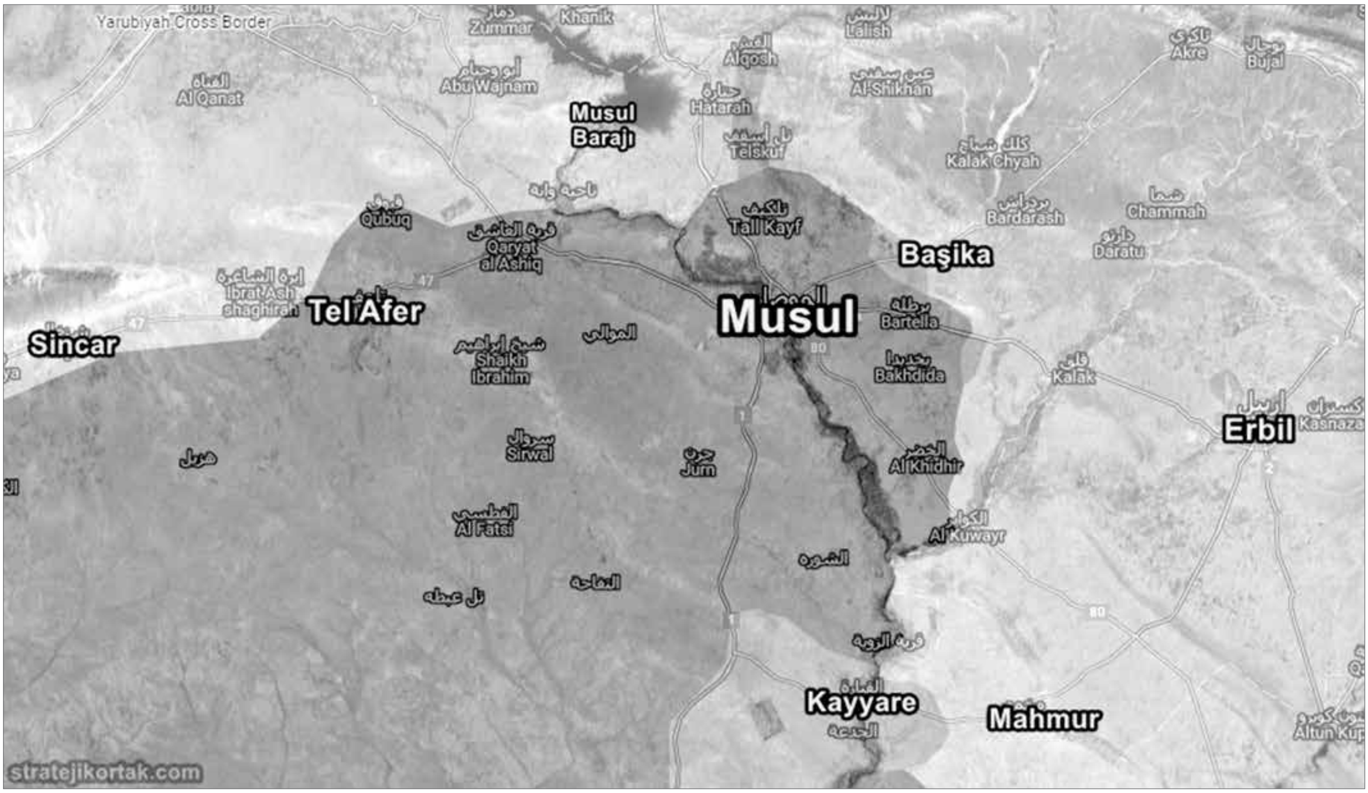
Ohne Frage, mit der Befreiung von Mûsil ist die irakische Zentralregierung nun in einer deutlich stärkeren Position. Auch dass es Bagdad gelungen ist, den sunnitischen Block, der von der Türkei angeführt wird, weitgehend aus der Befreiungsoperation herauszuhalten, kann als Erfolg gewertet werden. Denn damit wurde der Plan der Türkei, über die im Irak lebenden Turkmenen Einfluss auf die Geschicke des Landes zu nehmen, vereitelt. War die irakische Regierung im Zuge des Siegeszuges des IS quasi in die Ecke gedrängt, hat sie nun mit der Befreiung von Mûsil an Prestige und Selbstbewusstsein gewonnen. Doch man kann noch lange nicht davon sprechen, dass die Gefahr für Bagdad völlig gebannt ist.

Denn die Gemengelage im Irak bleibt kompliziert, fast schon undurchsichtig. Es ist nicht zu erwarten, dass in solch einer Situation die Auseinandersetzungen von einem Tag auf den anderen einfach verstummen. So hat beispielsweise die Türkei ihre Träume von Misak-ı Millî nicht ad acta gelegt. Die turkmenische Bevölkerung des Iraks gilt ihr hierbei als Faustpfand. So kann man davon ausgehen, dass wenn die Türkei vom Schutz der Rechte der Turkmenen im Irak spricht, sie eigentlich auf die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen drängt. So gesehen geht von der Türkei im irakischen Gebiet südlich von Kirkuk bis zu der mehrheitlich von Turkmenen bewohnten Stadt Tal Afar ein erhebliches Bedrohungspotenzial aus.

Mûsil als Zentrum konfessioneller Auseinandersetzungen

Wenn man nun hinzunimmt, dass die Türkei im Sinne ihrer neoosmanischen Vorstellungen eine Politik des sunnitischen Blocks im Irak unterstützt und der Iran über die Zentralregierung in Bagdad Vertreter der schiitischen Hegemonie ist,

1 Gemeint ist damit ein Grenzverlauf, der sozusagen die Autonome Region Kurdistan (Südkurdistan) plus Kirkuk und Mûsil als Teil der Türkei begreift.



werden die Konfliktlinien in der Region noch durchsichtiger. Dieser schiitisch-sunnitische (bzw. iranisch-türkische) Konflikt im Mittleren Osten erzeugt täglich aufs Neue radikale Gruppierungen der einen oder anderen Seite, die Unterstützung aus ihren jeweiligen Mutterländern erfahren. Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass diese Organisationen wie der IS über einen kurzen Zeitraum große Gebiete unter ihre Kontrolle bringen werden, besteht doch ein permanenter Konfliktzustand, der sich immer wieder in bewaffneten Kämpfen entlädt. In Mûsil drückt sich diese Situation in der Präsenz der schiitischen Haschd-al-Shaabi- (arab. für die PMF) und der sunnitischen Haschd-al-Watani-Milizen aus, die beide ihrerseits Zusammenschlüsse zahlreicher kleinerer Gruppierungen darstellen.

Hinzu kommt die Rolle der Kurden als neuer Akteur im Mittleren Osten. Diese waren nach dem 1. Weltkrieg schlichtweg übergangen worden. Doch heute müssen die lokalen und regionalen Machtzentren bei ihren Planungen und Kalkulationen über die Zukunft von Mûsil oder anderen schwerwiegenden Problemen im Mittleren Osten auch den kurdischen Faktor miteinbeziehen.

So gesehen können wir sagen, dass sich die Lösung der Mûsilfrage noch über einige Zeit hinziehen wird. So wie die Zukunft von Mûsil nach dem 1. Weltkrieg zur wichtigen Streitfrage wurde, wird wohl auch beim gegenwärtigen Krieg die Stadt lange Zeit Zankapfel der Akteure in der Region bleiben. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass Mûsil weiterhin das Zentrum der Widersprüche zwischen den sunnitischen und schiitischen Machtzentren sein wird. Eine nachhaltige Lösung für die Stadt wird deshalb auch nur mit einer klaren Perspektive aus dem Chaos des Mittleren Ostens zu finden sein. Und hierfür bedarf es zweifelsohne einer Abkehr von der monistischen, nationalistischen und religiös-sektiererischen Mentalität, wie sie im 20. Jahrhundert im Mittleren Osten dominiert hat. Ohne diese Abkehr wird jede »Lösung« für ein bestehendes Problem der Region lediglich den Grundstein für neue Konflikte legen. ♦

Ein Dorf für die freie Frau

Das Wesen des Lebens voller Bedeutung: JINWAR

Sozdar Dersim, Yeni Özgür Politika 29.07.2017

In der Nähe des Ortes Dirbêsiyê (Al-Darbasiyah), der zum Kanton Cizîrê in Rojava gehört, wurden die Arbeiten für den Bau eines Frauendorfes auf ökologischer Basis aufgenommen. Das Dorf bzw. das Projekt trägt den Namen »Jinwar«. Wir wollten mit dem Komitee, das für Bau und Etablierung zuständig ist, über die wirtschaftliche, soziale, politische Organisierungsform und den letzten Stand des Projekts sprechen. Dazu befragten wir Heval Rûmet. Heval Rûmet schilderte uns, dass das Projekt nicht nur auf Jinwar begrenzt sein, sondern das frauengerechte Leben überall zu seinem Ursprung zurückfinden solle.

Zuallererst, können Sie uns den Inhalt dieses Projekts etwas genauer erläutern und schildern, aus welcher Diskussion es entstanden ist?

Bekanntlich kämpft die Revolution in Rojava immer noch für das Gleichgewicht zwischen der Frau, der Gesellschaft und dem Leben. Außerdem dafür, dass jegliches Leben von Staatlichkeit, Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen befreit wird. Damit hat die Revolution in Rojava immer noch zu kämpfen. Die Völker hier und die Frauen haben den Krieg miterlebt, sie litten unter der Verfolgung und Massakern. Damit ihre Wunden wieder heilen können und damit sie wieder ins Leben zurückgeholt werden, bedarf es einer kulturellen Revolution.

In Anbetracht der Kulturgeschichte unserer Region erkennen wir, dass die Dörfer und die Lebensbereiche von Frauen für Frauen stets ihre Bedeutung bewahrt haben.

Wir sind erfreut und stolz, dass wir die Ehre haben, die lebendige Geschichte von ihren Wurzeln her aufbauen zu können und den Frauen, die ein befreites Gebiet brauchen, eine enorme Unterstützung zu sein.

Die Arbeiten für das »Dorf für die freie Frau« wurden aufgrund ihrer Notwendigkeit begonnen. Diese Dringlichkeit wird die Antwort auf die Demütigung der Frau sein und ihren starken Willen verdeutlichen. Wir wissen, dass die Frauen jeglicher Art von Unterdrückung, Mord und Gewalt ausgesetzt sind. In dem Bewusstsein, dass sie ihr eigenes Leben selbst in die Hand nehmen, ihre eigenen Alternativen entwickeln und auf die Frage »Wie leben?« selbst eine Antwort finden können, haben wir die Initiative ergriffen und dieses Projekt ins Leben gerufen. Nachdem es Konsens gefunden hatte, haben wir angefangen, uns die Meinungen der Frauen aus allen Bereichen anzuhören. Es kamen Frauen zu uns, die sich mit eigenen Projekten und Visionen beteiligt haben, viele, die tägliche Arbeit angeboten haben, viele Personen und Organisationen, die ihre Solidarität bekundet haben.

Wir sind öfters mit der Frage konfrontiert, wie sich der Kern dieser Ideen herauskristallisiert habe. Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan hatte diese Debatte auf die Tagesordnung gesetzt und daraufhin entwickelte die kurdische Frauenbewegung damals ein eigenes Projekt, das offen war für Diskussionen. Zum Beispiel setzten wir uns im tiefsten Winter, als alles mit Schnee bedeckt war, mit 24 jungen Frauen hin und diskutierten über ein ökologisches Dorf für Frauen. Mit dieser Debatte erwärmten sich unsere Herzen, wurde unser Bewusstsein gestärkt und vereinten sich letztlich auch unsere Herzen. Diese Debatten und Visionen haben wir in Rojava auf die Tagesordnung gesetzt und sie haben Zustimmung gefunden. Erst als wir in Rojava angefangen hatten, Menschen über unser Projekt und unsere Visionen zu erzählen, bemerkten wir, dass in derselben Phase auch Frauen aus anderen Gebieten über autonome Dörfer für Frauen diskutiert und auch Projekte entwickelt hatten. Daraufhin hat sich ein sehr natürliches und solidarisches Netzwerk entwickelt. Die Utopie der Frauen zur Sprache zu bringen, hat ausgereicht. Nachdem wir die aktuellen Bedingungen für das Dorf überprüft hatten, begann auch direkt danach die Umsetzung des Projekts. Außerdem bildeten wir ein Vorbereitungskomitee, das aus Frauen besteht, die sich das Projekt zur Herzensaufgabe gemacht haben.



21 Häuser konnten bereits im Dorf der freien Frauen fertiggestellt werden. Foto: #jinwar

Welche Institutionen beteiligen sich denn aktiv daran?

Für das Projekt haben sich Mala Jin (Haus der Frauen), die Stiftung der Freien Frau in Rojava, das Jineolojî-Komitee, die Kooperation der Familien gefallener Kämpfer*innen, Kongra Star, das Diplomatiekomitee Rojavas vereint und konkrete Planungen dazu erarbeitet. Vom Lehmziegel und der Entscheidung, welche Materialien wir verwenden werden, über die Auswahl des Strohs, welche Blumen gepflanzt werden, bis hin zur Ausbildung der Kinder haben wir alles besprochen und abgewogen. Die gemeinsamen Grundlagen des kommunalen Lebens haben sich damit auch herausgestellt.

Die Arbeit hat uns begeistert und sie erfasst viele Teile der Gesellschaft. Nachdem mit Vertreter*innen der Stadtverwaltung, der Landwirtschaft, des Wirtschaftswesens und weiterer Institutionen insgesamt 17 Versammlungen abgehalten worden waren, hat sich das Projekt konkretisiert. Wir haben in fast jeder Sprache mit unterschiedlichen Ingenieur*innen aus vielfältigen Bereichen diskutiert. Es hat wirklich ein offizieller Projektwettbewerb stattgefunden. Die Projekte von sieben Ingenieur*innen wurden überprüft und zusammengetragen. Bis zu diesem Punkt hatten die Institutionen gar keine finanziellen Ansprüche gestellt. Und seit Beginn des Projekts steht Kapital, sprich Geld, nicht auf unserer Agenda. Vielleicht hat das Projekt gerade deshalb einen besonderen Platz in den Herzen der Frauen gefunden und wurde als ein Projekt der Zukunft aufgenommen. Nachdem wir das konkretisiert hatten und uns bis in die Details einig geworden waren, haben wir im Anschluss so schnell wie möglich angefangen, zur Praxis überzugehen.

Wollen Sie mit dem Projekt ein beispielhaftes Modell vorführen?

Natürlich … Dieses Projekt hat sich als Ziel gesetzt, die Verbundenheit der Frau mit dem Leben und der Natur zu stärken, und es zielt ebenfalls darauf ab, 50 Häuser zu bauen. Außerdem wissen wir auch, dass Tausende, gar Millionen von Frauen das Bedürfnis nach freien Lebensbereichen verspüren. Dieses Modell ist im Grunde gegen die Kultur des städtischen Lebens gerichtet, es hat den Anspruch, ein alternatives natürlich-ökologisches Leben zu entfalten. Wir wollen keine Betonklötze mit Etagen bauen, sondern wollen natürliche bewohnbare Häuser. Wir sind gegen jede genmanipulierte Produktion, die Frauen sollten mit ihrem eigenen Willen, ihrer eigenen Kraft Landwirtschaft und Viehzucht betreiben. Im Grunde wollen wir die Kultur der städtischen Lebensweise überwinden. Unsere Perspektive ist weit reichend, wir wollen dieses Modell nicht nur in einem Dorf realisieren, sondern auch in vielen anderen.

Wie haben Sie die Frauen ausgesucht, die in dem Dorf leben? Was ich damit fragen will – werden dort nur Frauen leben, die unter Krieg und

Männergewalt gelitten haben? Gibt es auch andere Frauen, die es als notwendig erachten? Auf welcher Grundlage legen Sie Ihre Prioritäten fest?

Die Frauen, die in diesem Dorf leben werden, bestimmen selbst über ihr Leben, ihre Kinder, ihre eigene Ökonomie, Ökologie, die Natur, das Gesundheitswesen und vieles andere. Als Aufbaukomitee haben wir in Rojava die Frauen, die diese Lebensräume brauchen, ausfindig gemacht. Vorzugsweise die Kinder, Frauen von Gefallenen und Frauen mit eigenen Visionen und Projekten wurden von uns ausgewählt. Das Dorf ist für jede Frau offen, die sich das kollektive Verständnis von Leben zu eigen machen kann.

Die wichtigste Frage ist, wie wird das Leben im Dorf organisiert sein?

Wenn unsere Vorbereitungen abgeschlossen sind, wird das Dorf auch seine eigene Akademie haben. Es wird eine Frauenwissenschaftsakademie oder, original benannt, eine Jineolojî-Akademie sein. Hier werden die Lebenserfahrungen und Kenntnisse der Frauen gesammelt und schrittweise auf das Dorfleben angewendet. In der Tat, dies ist genau das Thema, das die Frauen am meisten interessiert und ihre Neugier weckt.

Neben der Akademie wird ein Zentrum für natürliche Medizin errichtet, das auf der Weisheit der Frauen in dieser Region beruht. Dieses Dorf wird auch Kinderbildungsstätte, Viehställe und landwirtschaftlich genutzte Felder haben. Wir können auch sagen, dass die diesjährige Ernte die effizienteste der gesamten Region war. Die Landwirtschaft hat bereits begonnen. Alle Fähigkeiten der Frauen sind vorhanden und das Projekt lebt durch die Freude der Frauen.

So wie auf jeder gesellschaftlichen Ebene Räte und Kommunen gebildet werden, wird es in unserem Dorf letztlich auch einen Rat, eine Kommune und eine Verwaltung geben.

In dieser Entwicklungsphase werden wir als Aufbaukomitee die Organisierung des Lebens, die Bildungsmaßnahmen hier übernehmen und auf dieser Grundlage unsere Arbeit fortsetzen.

Wenn der Gesellschaftsvertrag des Dorfes, der Rat und die Kommune vervollständigt sind, werden die Frauen ihre eigenen Entscheidungen und Rechte einfordern können. Im Allgemeinen ist eine für Veränderungen offene Lebensweise geplant. Ihre Bedürfnisse sind im Wesentlichen die Grundlage für die gemeinsamen Entscheidungen der Dorfbewohner*innen und für diejenigen, die entweder wegziehen oder sich hier niederlassen wollen.

Vertiefen wir uns doch etwas mehr in das Thema der Ökonomie. Ist es ein ferneres Ziel, die eigene Tauschwirtschaft für Frauen zu schaffen, oder wird sie jetzt schon eine Grundlage des Wirtschaftslebens bilden?

Heutzutage werden die ökonomischen Probleme nur mit dem Blick der kapitalistischen Mentalität und auf deren



Gleich vor Ort werden die Lehmziegel für die Häuser hergestellt und in der Sonne getrocknet. Foto: #jinwar

Grundlage bewertet. Das Leben, die Moral und Ethik, Kultur, Bräuche und Traditionen sind die geistigen Werte der Völker. Im Namen der Wirtschaft werden diese Werte heute zerschlagen und stückweise auf dem Markt gehandelt. Religion, Kultur, Tradition, Geschichte und sogar historische Artefakte werden im Namen der Wirtschaft missbraucht. Wenn wir als Reaktion darauf die Tauschwirtschaft erwähnen, wird das sehr befremdlich wahrgenommen, obwohl die Tauschwirtschaft in der Tradition der Frauen bereits vorhanden ist.

In diesem Dorf gilt die kommunale Wirtschaft als Grundbaustein. Alle werden auf der Grundlage ihres Bedarfs entlohnt, aber auf dem Fundament der gemeinsamen Arbeit. Dafür werden wir nicht auf vielerlei Gesetze, Regeln, Anforderungen und Verbote zurückgreifen, sondern der Bedarf aller wird kalkuliert und die Produktion wird dementsprechend aufgeteilt werden. Den Produktionsüberschuss als Ware des gemeinsamen kommunalen Lebens und der kollektiven Arbeit zu betrachten ist konstruktiv. Außerdem kommen arabische und kurdische Frauen aus dem Umkreis und bieten uns ihre Hilfe an. Wir essen gemeinsam, arbeiten gemeinsam und entwickeln eine Kommunikation. Viele von uns verstehen ihre Sprachen untereinander nicht, unsere Seelen sind durch diesen Aufbau jedoch verbunden.

Wir haben den Garten unseres Dorfes gemeinsam angelegt. Das Gemüse werden wir mit den Frauen im Umkreis gemeinsam verwerten, beispielsweise Tomaten und Zwiebeln zum Tausch anbieten, dann ist es auch gleichgültig, was uns im Gegenzug zurückgegeben wird. Das ist die leichteste Methode der Tauschwirtschaft. Dahingehend hat unsere Initiative bereits begonnen und wir haben vor, das so fortzusetzen.

Es gibt auch Gegenstimmen, die bezweifeln, dass dieses Projekt einen alternativen Lebensraum für Frauen bieten kann. Wir bekommen auch mit, dass diese Menschen offensichtlich Front gemacht haben und eben auch artikulieren, diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstören zu wollen. Was können Sie dazu sagen?

Wir leben in einer Phase, in der keine Regeln, Gesetze und Bestimmungen zugunsten der Frauen geschaffen wurden. Die vorhandenen Gesetze sind sexistisch und staatlich konstruiert und werden auch unter den Fittichen des Staates verabschiedet. In diesen Gesetzen können wir keinerlei Lösungsansätze für die Befreiung der Geschlechter und deren gleichberechtigtes Zusammenleben erkennen, da hier das Problembewusstsein fehlt. Weil die heutigen Gesetze und Lebensweisen nur zugunsten des einen Geschlechts entwickelt werden, und zwar zugunsten des Mannes, des patriarchalen Systems. Wenn eine Frau zum Beispiel heiratet, macht sich niemand Gedanken darüber, wie sie leben, wie sie auskommen wird, welche Notwendigkeiten es für sie geben wird. Auch wenn mal Gedanken darüber angestellt werden, wird das niemals zum Diskussionsthema, weil der Mann, den diese Frau letztlich heiratet, die Kontrolle über sie haben wird, die volle Verantwortung. Für die Gesellschaft scheint das eine sehr einfache Methode zu sein, da sie soziostrukturell daran gewöhnt wurde. In diesem Sinne entstehen, wenn eine Lebensweise ohne Männer auf den Plan tritt, plötzlich Fragen: »Können Frauen denn überhaupt ihre eigene Kraft entwickeln, können sie wirtschaftlich, sozial, kulturell und politisch denn überhaupt agieren, wie wird das denn wohl aussehen …?« Aber wir wissen auch, dass die Frau, egal wo, imstande ist, ihre biologischen Bedürfnisse mit einem starken Willen und Bewusstsein zu erfüllen. Sie hat ihre Energie und ihr Potenzial nur nicht freisetzen können, da sie ihrer in allen Lebensbereichen beraubt wurde.

Angebrachter ist die Frage, wie der Mann seinen Beitrag zu diesem Projekt und diesem Lebensraum leisten kann. Wenn die Frau sich, ihr Kind, ihr Land und ihr Selbstbewusstsein und ihre Weisheit im Leben etabliert, dann wird sie mit diesem Prozess ihr eigenes Bewusstsein und ihre eigene Selbstverteidigung stärken. Davon sind wir überzeugt. Wir denken, dass die anderen Einwände fehl am Platz sind. Darüber hinaus werden die Frauen, die ein vom Mann unabhängiges Leben bevorzugt haben, auch diese Art männlicher Mentalität zu brechen wissen und Lösungsansätze entwickeln.

Es könnten ebenso Bedenken und Empfindsamkeiten entstehen, die Frau werde beispielsweise von der Gesellschaft isoliert. Als die Kämpferinnen in Rojava die Vorreiterrolle in der Revolution übernommen hatten, haben sie sich auch nicht isoliert. Im Gegenteil, sie haben sich im Sinne der gesellschaftlichen Solidarität noch stärker organisiert. Genauso gut haben die Frauen in Jinwar auch das Potenzial, gemeinsam mit der Gesellschaft Veränderungen zu bewirken. Das ist eines unserer größten Ziele. Das kommunale Leben wird sich nicht nur bis zu den Grenzen eines Dorfes entwickeln und auf ein Dorf beschränken. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit unseren ersten Schritten diese Arbeit zu intensivieren, zu bereichern und in allen Bereichen zu verbreiten. Unsere Arbeiten, die wir auf einem Areal von rund dreißig Hektar fortsetzen, sind derzeit in ihrer ergiebigsten Phase, denn wir stecken mitten im Häuserbau. Wir sind mit 21 Häusern fertig, der Bau der übrigen dauert noch an. Wir planen die Fertigstellung aller Häuser bis Ende 2017 und versuchen die entsprechende Infrastruktur dafür zu schaffen.

Unser Projekt ist offen für alle Arten von materieller und moralischer Unterstützung. Dafür könnt Ihr Euch mit uns auf folgender Seite in Verbindung setzen: www.jinwar.org ♦

Jineolojî: Eine Zeitschrift stellt sich vor

Unter dem Titel unserer Zeitschrift streben wir danach, gemeinsam in die Zukunft zu fließen

Redaktion der Zeitschrift Jineolojî

Liebe Schwestern, dieser Brief ist ein Aufruf für die Zeitschrift »Jineolojî«. Die Zeitschrift Jineolojî ist am 8. März 2016 geboren worden. Das erste Heft mit dem Fokus »Die Krise der Sozialwissenschaften und die Jineolojî« ist am 8. März 2016 publiziert worden. Bis heute haben wir 6 Hefte mit folgenden Themenschwerpunkten herausgegeben: »Wahrheitssuche und auf der Realität von Frauen basierende und aus ihr resultierende Methodik«, »Frauenrevolution: hin zu einem befreiten Leben«, »Jineolojî als Selbstverteidigung«, »Lösungswege für die Krise des Mittleren Ostens«, »Sichtweisen auf die Natur der Frau«. Die kommende Ausgabe wird sich mit Diskussionen um Männlichkeit, die Formung des männlichen Charakters und Mann-Sein beschäftigen. Die Zeitschrift erscheint momentan auf Türkisch, wird aber bald auch in anderen Sprachen wie Englisch, Kurdisch, Arabisch online erscheinen (www.jineolojidergi.org)

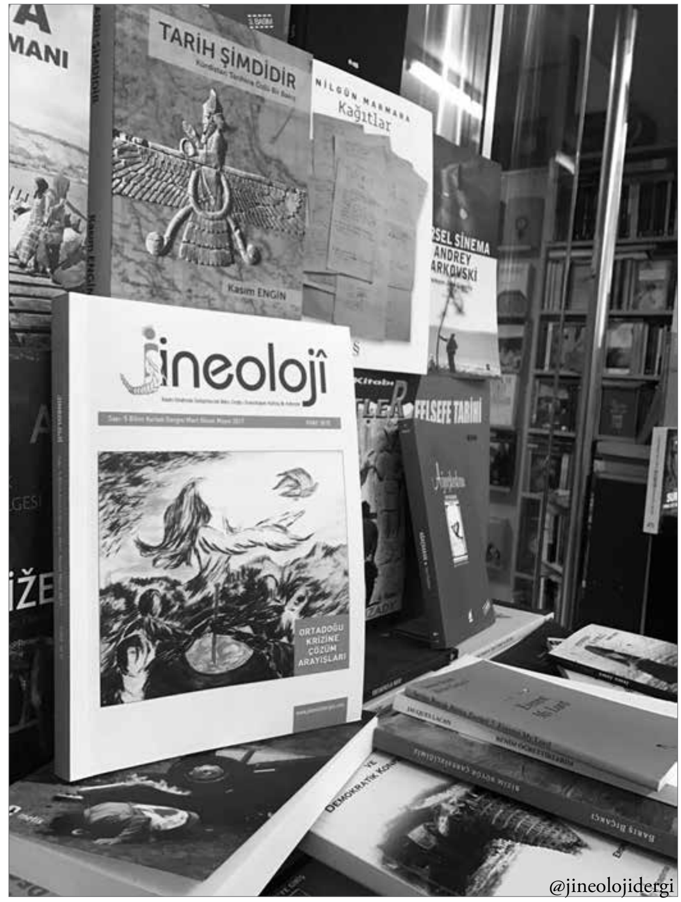
Jineolojî ist ein Aufruf, die Ergebnisse all unseres angesammelten Wissens in unseren Gedanken, unserer Praxis und unserer Entwicklung zusammenzubringen; Jineolojî ist das Bedürfnis, die Folgen der offenbarten Praxis hinsichtlich ihres Einsatzes für alle Frauen auszuwerten. Während Jineolojî als Konzept zwar erst kürzlich in Erscheinung getreten ist – angeregt durch ein Buch mit dem Titel »Soziologie der Freiheit« (2008), das vom Wegbereiter des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, geschrieben wurde –, ist Jineolojî eigentlich aus unserem lang andauernden Kampf entstanden. Wir sind eine Gruppe von Frauen, die sich in einer dauerhaften und vielseitigen Freiheitsbewegung in Kurdistan einbringen. Möglicherweise kennt ihr uns unter dem Namen kurdische Frauenfreiheitsbewegung. Seit dem Kampf zwischen den mythologischen Figuren Lilith und Adam kämpfen wir gegen hegemoniale, patriarchale, etatistische Kräfte. Um genauer zu sein, befinden wir uns seit den 1970er Jahren in diesem Kampf. Mit dem Konzept Jineolojî zielen wir darauf, die Beziehungen zwischen Wissenschaft, Leben und Frauen aus einem frauenzentrierten Ansatz heraus zu hinterfragen und neu aufzubauen. Darin werden die bereits seit langer Zeit kämpfenden kommunalistischen Bewegungen, Frauenbewegungen, ethnischen/indigenen und ökologischen Bewegungen, die wir in Bezug auf Abdullah Öcalan als Kräfte der demokratischen Zivilisation bezeichnen, einen aktiven Platz einnehmen. Wo fangen wir an, was tun wir und wie tun wir es? Das sind die für Jineolojî interessanten Fragen. Um diese Fragen überhaupt beantworten zu können müssen wir die Grenzen, die zwischen Frauen gezogen wurden und die Knoten, die um Frauen herum geknüpft wurden, überwinden. Als in der kurdischen Frauenbewegung kämpfende Frauen entspringt unser Bewusstsein den Lebensgeschichten hunderter von Frauen, die ihr Bekenntnis zum Frauenbefreiungskampf unter Einsatz ihres Lebens zeigen. Diese Lebensgeschichten sind unser gesammeltes Bewusstsein und führten sowohl zu Willensstärke als auch dem Potential, mutig am Leben teilzunehmen. Über deren auf uns übertragene Erkenntnis haben wir die Notwendigkeit erkannt, anstatt für Individualismus und Konsumismus für ein kommunales Leben und Ökologie zu arbeiten und zu leben.

Trotz eines konstanten Kampfes gegen eine etatistische Form der Zivilisation sind dies demokratischen Kräfte noch nicht in der Lage, ein alternatives System zu etablieren. Aus diesem Grunde fühlen wir zutiefst die Bedeutsamkeit der Systematisierung all dieser bestehenden widerständigen kommunalen Werte, die von Generation zu Generation weitergegeben wurden. Unsere Anstrengungen dafür, eine kommunale und demokratische Gesellschaft durch selbstorganisierte, selbsterhaltende, autonome, soziale, politische und ökonomische Strukturen – was die Schlüsselworte der demokratischen Zivilisation sind – aufzubauen, waren bisher nicht ausreichend, um die hierarchischen, patriarchalen, kolonialistischen und kapitalistischen Formen – welche wir als etatistische Zivilisation be-

zeichnen – zu überkommen. Wir glauben, dass der hauptsächliche Grund dafür, dass soziale Bewegungen und Kämpfe bis heute nicht erfolgreich waren, darin zu suchen ist, dass sie die sozialen Netzwerke um Frauen herum nicht in der richtigen Art und Weise analysiert haben und keine neuen dieser Analyse entsprechenden Aktionsformen vorangetrieben haben.

Frauen machen einen bedeutenden Teil der sozialen Welt aus und doch wurden sie meistens von wissenschaftlichen Studien ausgegrenzt. Die Natur von Frauen – jenseits von Geschlecht und sexueller Identität – ist in vielfältige ökonomische, soziale und politische Dimensionen eingebettet. In diesem Sinne wird ein Beleuchten der Natur der Frauen ebenso die Erhellung der Gesellschaft selbst mit sich bringen. Historisch gesehen wurden Frauen ökonomischer, politischer und mentaler/intellektueller Kolonisierung unterworfen, was sie zur ersten kolonisierten Gruppe in der Geschichte machte. Das ist die hauptsächliche Ursache dafür, dass für die Befreiung der Frau kämpfende Bewegungen mit antikapitalistischen und antikolonialistischen Bewegungen zusammentreffen. Um konkreter zu sein – das ist kein gewöhnliches Techtelmechtel, denn aufgrund der Tatsache, dass Gesellschaft ohne Frauen nicht befreit werden wird, müssen diese Bewegungen ihre Verschränkungen stärken. Ebenso kann demokratische Politik nicht ohne Frauen auskommen. Die Natur der Frau, also ihre durch historische, soziale und kulturelle Umgebung geformte Identität, ist von entscheidender Bedeutsamkeit für die ethischen und ästhetischen Werte der Natur *[das gesamte Sein von Kosmos/Erde]* und ihrer aktuellen Bedeutung. Die Bestimmung der Verbindung zwischen der Freiheit der Gesellschaft und der Freiheit von Frauen wird nur dadurch verwirklicht werden, einen allumfassenden Kampf zu führen. So ist auch die Frage der Frauenbefreiung eines der hauptsächlichen Themen der Jineolojî. Für die Bestimmung dieser Verbindung befinden wir uns auf einer kontinuierlichen und systematischen Suche nach Theorie, Programm, Organisierung und Aktion.

Wir sind uns bewusst, dass wir nicht die Ersten sind, die an diesen Fragen arbeiten. Feministische Erkenntnistheorien, welche die männerdominierten Strukturen von Wissen entziffern; die Notwendigkeit betonen, eine neue Geschichte der Frauen zu schreiben; und die von Frauen eine Annahme ihrer Körper, Arbeit und Willensstärke fordern, sind konkrete Zeugnisse von wertvollen Arbeiten, die hervorgebracht wurden. Es würde Seiten füllen, all die wertvollen Studien zu benennen. Allerdings bewirken diejenigen Erkenntnistheorien, welche anstatt die Gesellschaft das Individuum in den Mittelpunkt der Analyse stellen, welche sich nicht mit dem Hervorbringen neuer Systeme oder dem alltäglichen Leben von Frauen befassen, meist keine Veränderung der Realität von Frauen, die gezwungen werden, in Ausbeutung und unter verschiedenen Formen von Gewalt und Massakern zu leben. Wohingegen es



@jineolojidergi

doch eigentlich die Aufgabe von Erkenntnis ist, Menschen/Frauen der Freiheit näherzubringen.

Das Bestreben von feministischen Wissenschaftler*innen wurde meist begrenzt von den Institutionen und Universitäten, an denen sie verortet waren. Obwohl das Konzept von »gender« eine breite Perspektive in die Frauenstudien bringen könnte, gibt es immer noch eine Abtrennung der Frauenfrage. Das wird deutlich an Formulierungen wie »Frauen und Umwelt«, »Frauen und Gesellschaft« usw. Soziale Probleme wurden selbst nicht als Probleme gesehen, die mit dem Prozess von Unterdrückung/Kolonialisierung von Frauen zusammenhängen und in der Geschichte des kapitalistischen, patriarchalen, staatlichen Systems begründet sind. Das heißt, dass Stellen für Frauenforschung einen Beitrag leisten müssten für ein breiteres systematisches Verständnis von sozialen Problemen, in die Frauen eingebettet sind und gegen die sie Widerstand leisten.[1] Da aber die Produktion von Wissen unter Kontrolle des hegemonialen Systems gehalten und zur Ware gemacht wird – in Institutionen und Universitäten –, war und ist das Potential,

1 Dilar Dirik, 2017, Feminizm and the Kurdish Freedom Movement, available at: https://stealthishijab.com/2017/02/01/feminism-and-the-kurdish-freedom-movement/

dass sich die Arbeiten von Forschenden zur Freiheit hinbewegen, begrenzt.

Jineolojî zielt darauf ab, Raum zu schaffen für Formen von Wissen, das an alternativen Stätten hervorgebracht wird – aus der Gesellschaft und dem alltäglichen Leben von Frauen entstehend – und wo das Wissen der Gesellschaft gewidmet sein wird. Die Zeitschrift zielt darauf dieses Wissen in das alltägliche Leben der Menschen einfließen zu lassen. Wir fühlen uns verpflichtet, eine klare Sprache zu benutzen sowie Kommunikationsmittel, zu denen jede Frau Zugang hat. Gemäß dieser Perspektive publizieren wir nicht nur ein theoretisches Magazin, sondern veranlassen auch Diskussionsrunden und verschiedene Workshops mit Frauen unterschiedlicher Generationen und Herkunft. Wir schätzen nicht bloß die Geschichten unserer Großmütter und Mütter und deren Wissen, wir sehen diese als Hauptquelle einer alternativen Wissenschaft und Erkenntnistheorie.

Wir haben die Erfahrungen von Frauenbewegungen in der ganzen Welt analysiert. Wir haben dabei festgestellt, dass eurozentristische Bewegungen die Hauptachse der Narrative von Frauengeschichte bilden. Existierende Analysen von Frauenbewegungen erfolgen in einer dominanten modernistischen Art und Weise, indem sie annehmen, dass es Widerstand außer dem einen der Verteidiger*innen der »westlichen« Moderne fast nirgendwo gibt. Während Frauen im Mittleren Osten unter sehr ausgeprägten Formen von Kolonialisierung leben, haben wir vielseitige Entwicklungen auf Feldern von Politik und Militär bis hin zur Institutionalisierung von alltäglichen Formen von Widerstand hervorgebracht. Es gibt eine enorme Ansammlung theoretischen und praktischen Wissens aus diesen Erfahrungen von Frauenwiderstand – von Şengal über Kobanê und durch den gesamten Mittleren Osten –, das dazu beitragen kann das Potential von Frauen außerhalb der eurozentristischen und hegemonialen modernistischen Analyse zu begreifen.

Als Frauen sind wir Zeuginnen des Kampfes der YPJ[2] gegen die Banden des IS geworden. Als revolutionären Vorstoß in der politischen Arena der Türkei und im Mittleren Osten haben die kurdischen Frauenorganisationen unter dem Dach der KJA[3] begonnen, das System des Co-Vorsitzes einzuführen – ein System, das auf allen Repräsentations-, Entscheidungs- und Administrationsebenen eine gleiche Machtverteilung zwischen Frauen und Männern einschließt. Aufgrund der tief empfundenen Notwendigkeit von freien Frauenräumen haben Frauen der KJA begonnen Räume aufzubauen, die für die Entwicklung »demokratischer Städte« gedacht sind und von empfindlicher Wichtigkeit sind, um die kommunalen Wurzeln der Gesellschaft wiederzufinden. Sie sind entlang derjenigen Bedürfnisse organisiert, die aus dem Streben nach Freiheit von Frauen und Gesellschaft hervorgehen. Kooperativen, Gemeinschaftszentren, Frauenzentren, Kulturzentren, Stadt- und Nachbarschaftsräte sind einige Beispiele dieses Versuchs. Doch ist es uns nicht gelungen, diese Debatten, Aktionen und Strategien des Widerstands in Diskussionen und Analysen außerhalb der Türkei und des Mittleren Ostens einzubringen. Aufgrund der Politik der Nationalstaaten haben Medien, aber auch manche internationale Organisationen unsere Bewegung durch orientalistische und positivistische Herangehensweisen herabgesetzt und isoliert. Diese Bedingungen haben unsere Möglichkeiten beschränkt, unsere anhaltenden Diskussionen innerhalb eines globalen Frauenkampfes mitzuteilen.

Wir denken, dass unsere Gemeinsamkeiten vervielfältigt werden und die gesamte Gesellschaft erreichen sollten. Während wir den Anstrengungen und Erfahrungen feministischer Bewegungen großen Wert beimessen und all diese Erfahrungen ebenso als unser Erbe ansehen, gibt es einige Punkte, die wir kritisieren und für die wir mit der Perspektive der Jineolojî nach Lösungen suchen. Wir denken, dass diese Kritiken und unser Streben nach Lösungen dazu beitragen können, die Probleme von feministischen Bewegungen überwinden zu können.

Die Frustration im Zusammenhang mit dem Kollaps des Sowjet-Sozialismus und sozialen Befreiungsprojekten wie auch dem Verstummen verschiedener Religionen, Kulturen und anderen führte in sozialen Bewegungen zu Einstellungen, die entweder zu zaghaft sind oder alles negieren. Das Urteil »Jede*r hat ihre*seine eigene Wahrheit« verursacht eine Aufspaltung von Theorie und Praxis, macht die antihegemonialen Kräfte angreifbar, führt zu ihrer Marginalisierung und schwächt ihre Kraft, Lösungen für soziale Probleme herbeizuführen. In diesem Zusammenhang haben antihegemoniale Kräfte nach Lösungen innerhalb des Systems gesucht, anstatt eine radikale Transformation des Systems zu gestalten und revolutionäre Ziele zu verfolgen. Obwohl wir nicht jegliche Möglichkeit verneinen, im System zu arbeiten, finden wir, dass der Liberalismus alle Ideologien und Lebensstile zum Erstarren gebracht hat. So hat der Liberalismus als Theorie und Praxis ernsthafte Probleme hinsichtlich der Fähigkeit, eine dauerhafte Position einzunehmen und gegen herrschaftliche Systeme zu kämpfen, hervorgerufen. Was also kritisiert werden muss, sind die Wege innerhalb des Systems, die diese Kämpfe verfolgt haben; diejenigen Wege, welche die Wissensstrukturen des Systems nicht überwinden können, da sie die hegemonialen Institutionen zur Basis ihres Kampfes machen. Obwohl innerhalb feminis-

2 YPJ: Yekinieyên Parastina Jin – Frauenverteidigungseinheiten, die von Frauen in Rojava zur Verteidigung geschaffen wurden.

3 KJA: Kongreya Jinên Azad – Kongress der Freien Frauen. Die kurdische Frauenbewegung hat am 20.11.2016 in Amed beschlossen, eine neue Dachorganisation – Tevgera Jinên Azad/Bewegung der Freien Frauen (TJA) – zu gründen, unter deren Dach sie ihre Arbeit weiterentwickelt.



@jineolojidergi

tischer Theorie diese Kritiken sehr stark auf Liberalismus und die Erfahrungen der Sowjetunion zurückgeführt werden, sind feministische und Frauenbewegungen noch immer mit den Auswirkungen dieser oben erwähnten Angelegenheit konfrontiert. Ein Beispiel dafür sind Frauenbewegungen, die Forderungen an den Staat stellen und zu sehr abhängig sind von den daraus resultierenden rechtlichen Arrangements. Wie auch immer, wir müssen nach freiheitlichen Wurzeln in den Gründen von Kultur, Glaube und kommunaler Organisierung suchen. Auf diese Weise realisieren wir die Notwendigkeit eines neuen Paradigmas. Dieses neue Paradigma muss auf demokratischen, ökologischen und frauenbefreienden Idealen beruhen. Die Realisierung von sozialer Veränderung, so denken wir, wird durch alternative Institutionen und einen umfassenden Kampf außerhalb der ideologischen, politischen Sphäre des kapitalistischen und staatlichen Systems entwickelt werden. Als kurdische Frauenfreiheitsbewegung sind wir durch unsere Geschichte des Kampfes für die Suche nach unserer Wahrheit mit dem Wissen ausgestattet, ein Leben basierend auf diesem Paradigma zu entwickeln.[4]

Als Frauen, die Teil der kurdischen Freiheitsbewegung sind, haben wir unseren Kampf zunächst damit begonnen, unsere Bande zur kapitalistischen Zivilisation zu zerschneiden, insbesondere durch den Guerilla-Kampf. Dabei haben wir durch einen erbitterten Kampf gegen alles, was uns aufgelastet und aufgezwängt wird, kritische Maßstäbe für das Eingeständnis und die Ablehnung unserer Fesseln entwickelt, die uns mit den Institutionen des Kapitalismus verbinden – so zum Beispiel Familie, Karriere, Heirat. In diesen Feldern des Kampfes haben wir gelernt, wir selbst zu werden, indem wir eigene Institutionen aufbauen und unserer eigenen Kraft vertrauen. Wir haben uns mit unserer Selbstentfremdung und der Entfremdung unserer Genossinnen konfrontiert. Wir haben intensive Trainings gemacht zu Geschlecht, Geschlechtsidentität, Liebe von und zu Frauen in unabhängigen, frauenautonomen Räumen in Kurdistan und den Guerilla-Gebieten. Wir haben gelernt, den Schmerz der Entwicklung von Selbstwahrnehmung und der Kämpfe gegen die kapitalistische Zivilisation von den Frauen, die vor uns im Widerstand gelebt haben und noch immer leben, zu bejahen. Frauen, die sich selbst von Klippen stürzen, die sich in Feuerbälle verwandeln und explodieren, indem sie ihre Körper zu Bomben machen. Wir haben durch Widerstand und Hingabe einen neuen Pfad eingeschlagen, um uns selbst zu gehören. Wir stützen uns auf die Frauenbefreiungsideologie, die Theorie der Loslösung, das Projekt der Transformation des Mannes und die Theorien des Gesellschaftsvertrages.[5] Sie tragen alle zum Aufbau eines freien und gleichen Lebens bei. Da Theorie nicht unabhängig von Praxis funktionieren kann, gebrauchen wir Theorie, um unsere Praxis einer konstanten Wiederbewertung zu unterwerfen.

Eine frauenzentrierte Wissenschaft zu schaffen ist eine Notwendigkeit, um eine Sozialtheorie entwickeln zu können, die auf die Befreiung der Gesellschaft zielt. Wir sehen Jineolojî als eine Sozialwissenschaft. Sozialwissenschaftliche Ansätze, die den Staat als grundlegende Einheit ihrer Studien nehmen und Ökonomie und Religion als Kernthemen setzen, können nicht

4 http://thenextsystem.org/kurdish-women-struggle-for-a-next-system-in-rojava-kurdistan-northern-syria

5 The Kurdistan Women's Liberation Movement for a Universal Women's Struggle http://www.kjk-online.org/hakkimizda/?lang=en
Abdullah Öcalan, 2013, Die Revolution der Frau – Befreiung des Lebens (Köln: Internationale Initiative «Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan), http://www.ocalan-books.com/downloads/die-revolution-der-frau.pdf

ausreichend genug soziale Fakten und Probleme beleuchten. Jineolojî stellt die Untersuchung der Definition der Frau und ihrer sozialen Stellung im Leben an den Beginn einer Sozialwissenschaft, welche auf die Lösung der Ursprünge der sozialen Probleme selbst abzielt. Das bedeutet, dass Jineolojî nicht einfach nur eine Wissenschaft ist, die das Studium und die Produktion von Wissen zugunsten von Frauen priorisiert. Wir denken, dass alle Sozialwissenschaften eine Position einnehmen sollten und dass eine soziale Perspektive, die um Frauen herum gebildet ist, diejenige ist, welche die Freiheit bewirken wird. Dabei müssen besonders die Wege, wie Wissenschaft durch Männlichkeit geformt wurde, entziffert und die Rolle und der Ausschluss von Frauen aus den Feldern Religion, Kunst, Philosophie analysiert werden. Wir glauben, dass die ernsthaften sozialen Probleme heutzutage stark mit der verzerrten Definition von Frauen und Auffassung von Leben zusammenhängen. Diese wurden in den für ihr theoretisches und akademisches Wissen bekannten etablierten wissenschaftlichen, philosophischen, religiösen und künstlerischen Bereichen entwickelt. Hier liegt der Kern unserer Kritik: Wir müssen die Lücke füllen, die sich zwischen akademischem Wissen und sozialen Problemen verfestigt hat.

Unser hauptsächliches Ziel ist es, die Wissensstrukturen des hegemonialen Systems, den modernistischen Lebensstil, Industrialismus, den auf Ausbeutung und Plünderung basierenden Kapitalismus, die Zerstörung der Natur und – besonders wichtig – diejenigen Institutionen, die die Freiheit von Frauen einschränken, herauszufordern und zu bekämpfen.

Unser hauptsächliches Ziel ist es, die Wissensstrukturen des hegemonialen Systems, den modernistischen Lebensstil, Industrialismus, den auf Ausbeutung und Plünderung basierenden Kapitalismus, die Zerstörung der Natur und – besonders wichtig – diejenigen Institutionen, die die Freiheit von Frauen einschränken, herauszufordern und zu bekämpfen. Dies alles zu überwinden erfordert das Erschaffen entsprechender Alternativen. Wir sind auf der Suche nach einer Alternative zur Mainstream-Wissenschaft, die nicht nur Frauengeschichte in den Mittelpunkt stellt, sondern auch auf Alternativen zur Plünderökonomie hinarbeitet – eine Wirtschaft im ursprünglichen Sinne des Wortes (oiko-nomos – Organisierung des Hauses) und kommunale Wirtschaft. Mainstream-Wissenschaft und Technologie haben sich zu Monstern verwandelt, die jegliche ethischen und ästhetischen Werte missen lassen. Wir sehen Jineolojî als das Mittel, um den Weg zu bauen, den wir entdeckt haben. Ein Weg, der aus fest gesetzten Steinen gebaut werden muss. Dieser Weg muss der immer weiter anwachsenden Zahl von Frauen eröffnet werden. Jineolojî wird eine Wissenschaft sein, die Wissen in Aktion und organisierte Kraft verwandelt!

Für uns ist Jineolojî ein Rahmen, der gleichzeitig die Produktion von Wissen organisieren als auch Widerstand und Kampf voranbringen kann. Wir sehen diese Projekte nicht als Utopie. Wir sehen sie vielmehr als Möglichkeiten, die bereits realisiert werden; für die wir bereits die notwendigen praktischen Mittel haben, auch wenn klar ist, dass sie noch nicht ausreichen. Wir müssen unsere Erfahrungen und unsere Praxis als Frauen auf der gesamten Welt miteinander teilen. Mit diesem Aufruf zielen wir sowohl darauf, die Grenzen, die zwischen uns gezogen wurden, zu überwinden, als auch in gemeinsam geteilten Räumen zusammenzukämpfen. Wir rufen auf zur Schaffung einer gemeinsamen Plattform, um die Sprache, Praxis und Erfahrungen von Frauen zu diskutieren. Wir werden sie benötigen für den Aufbau eines neuen Systems, welches wir demokratische Moderne[6] (ein kommunebasiertes, ökologisches, demokratisches und um Frauen herum organisiertes System) nennen. Unter dem Titel unserer Zeitschrift streben wir danach, gemeinsam in die Zukunft zu fließen – zunächst mit den Frauen des Mittleren Ostens und dann mit anderen Gruppen von Frauen, die ähnliche Forschungs- und Lebensprojekte teilen. Wir glauben, dass diese Art von »flow« nicht auf einen einzigen Pfad beschränkt sein sollte, sondern vielen verschiedenen Pfaden folgen kann und die Möglichkeiten schaffen wird, historisches und alltägliches Wissen über Frauen und Leben mit dem Kampf für Befreiung und soziale Transformation zu verbinden. ♦

Kontakt:
twitter: @jineolojidergi
facebook: @jineolojidergisi
e-mail: jineolojidergi@gmail.com
web: http://www.jineolojidergisi.org

---

6 Wir unterscheiden zwei Formen von Moderne – die demokratische Moderne und die kapitalistische/hegemoniale Moderne. Die demokratische Moderne ist ein Konzept, das von Abdullah Öcalan als Alternative zur hegemonialen, kapitalistischen und staatlichen Moderne gesehen wird. Die demokratische Moderne wird das System der demokratischen Zivilisation sein, welches demokratische Kräfte aufzubauen versuchen.
Abdullah Öcalan, 2016, Democratic Nation, (Cologne: International Initiative «Freedom for Abdullah Öcalan – Peace in Kurdistan) Available online at http://ocalan-books.com/downloads/democratic-nation.pdf

Kemal Pir hat jeden Moment seines Lebens der Revolution Kurdistans gegeben

Die Träume von Kemal Pir werden wahr

Cemil Bayık

Nicht nur für die Widerstandsaktionen des 14. Juli[1] war unser Genosse Kemal Pir[2] von großer Wichtigkeit, sondern für die Entstehung der apoistischen[3] Gruppe überhaupt und das Erscheinen der PKK auf der Bühne der Geschichte. Kemal Pir war außergewöhnlich. Er hatte eine konstruktive und einnehmende Persönlichkeit, mit der er sowohl bei der Gründung der PKK als auch beim Gefängniswiderstand großen Einfluss ausübte. In diesem Sinne gedenke ich Kemal Pirs mit Respekt. Ich denke, es ist eine historische Pflicht für uns als PKK, als Genossen von Kemal Pir und als kurdische Gesellschaft, von seiner Persönlichkeit zu berichten.

Selbstverständlich ist er sowohl von seinem historischen Hintergrund als auch von den gesellschaftlichen Bedingungen seiner Zeit geprägt worden. Zur Zeit seiner ersten Jahre – in den 1950ern – war der Kapitalismus in der Türkei noch nicht weit entwickelt und die sozialen Zusammenhänge waren noch nicht so sehr zerschlagen. Geboren im Landkreis Torul in der Provinz Gümüşhane, später Schulabschluss in Ordu und Einschreibung an der Fakultät für Sprache, Geschichte und Geographie in Ankara, ist er zweifellos in einer kulturellen Umgebung mit starken sozialen Bezügen aufgewachsen. Moralische Werte wie Recht, Gerechtigkeit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit hatten großes Gewicht. Zur Zeit seiner Jugend kämpften Mahir und Deniz gegen Unrecht, Ungleichheit und Unterdrückung. Kemal Pir ist also von den gesellschaftlichen, kulturellen Werten und dem Widerstand von Mahir, Deniz und Ibrahim[4] geprägt worden. Er hat eine widerständige Haltung gegen Unterdrückung entwickelt, ein starkes Verlangen nach Gerechtigkeit, Gleichheit und moralischen Prinzipien.

Der große Revolutionär der 70er Jahre

Kemal Pir ist ein Vertreter der durch die sogenannte 68er-Generation im Allgemeinen und von Deniz und Mahir im Besonderen beeinflussten Jugendgeneration. Wir müssen Kemal Pir als einen der wenigen großen Revolutionäre der Jugendbewegung der 1970er Jahre betrachten. So wie den historisch-gesellschaftlichen Werten war er auch den von Deniz, Mahir und Ibrahim entwickelten revolutionären Werten zutiefst verbunden. Er wollte diese Werte unbedingt vertreten und mit Lebendigkeit füllen. Er war davon überzeugt, dass er sie auf ein höheres Niveau transformieren und ihre Fahnen noch höher wehen lassen könne.

Deshalb müssen Kemal Pir sämtliche positiven Eigenschaften der damaligen revolutionären Anführer zugesprochen werden. Unter den Revolutionären seiner Zeit war er etwas ganz Besonderes. Es gab nur wenige Revolutionäre, die derart begeistert, überzeugt, unruhig und den revolutionären Werten verbunden waren wie er. Er war Träger des revolutionären Geistes, der die Werte, an die er glaubte, sofort und zu jeder Zeit umsetzen wollte. Das hat nichts mit Realitätsferne zu tun. Weil er davon überzeugt war, dass seine Sehnsüchte wert sind, sofort umgesetzt zu werden, wollte er die Revolution in schnellen Schritten und sofort, und dafür wollte er seine Kraft, seine Gefühle und sein ganzes Tun und Handeln stetig weiterentwickeln. Das macht die Auseinandersetzung mit ihm so wichtig.

Kemal Pir ist eine Quelle der Revolution und revolutionärer Begeisterung. Es ist mir eine große Ehre und ich verspüre großen Stolz, der Freund eines solchen Menschen gewesen zu sein. Kemal Pir hat sehr viel dazu beigetragen, dass ich Revolutionär, Apoist und PKKler wurde. Gemeinsam haben wir in Ankara an der Fakultät für Sprache, Geschichte und Geographie studiert. Dort sind wir Freunde geworden, dort haben wir

1 Am 14. Juli 1982 beginnt im Gefängnis von Amed (»Hölle Nr. 5«) der Hungerstreik (»das große Todesfasten«) gegen die Haftbedingungen unter der Militärdiktatur, in dessen Verlauf Kemal Pir, Mehmet Hayri Durmuş, Akif Yılmaz und Ali Çiçek sterben.

2 Kemal Pir (1952–1982), Mitbegründer der PKK, türkischer Internationalist in der kurdischen Revolution.

3 Apoismus, Apoist, apoistisch – benannt nach Apo, dem Spitznamen Abdullah Öcalans, des Gründers der PKK und der Führungsfigur der kurdischen Freiheitsbewegung.

4 Mahir Çayan, Deniz Gezmiş, İbrahim Kaypakkaya – türkische Revolutionäre der 68er-Bewegung, die alle 1972/73 als Märtyrer ums Leben kommen und in der Folgezeit, bis heute, Identifikationsfiguren für einen großen Teil der türkischen revolutionären Linken darstellen.

uns kennen- und schätzen gelernt. Dort haben wir an uns geglaubt. So war unsere Freundschaft. Wir kämpften Schulter an Schulter und jeder war Teil des anderen in jedem Moment des Kampfes. Wie Blutsbrüder. Wir waren durch sehr starke Werte miteinander verbunden und hatten volles Vertrauen zueinander. Zu der Zeit war ich noch kein Apoist, sondern bewegte mich in der damaligen allgemeinen revolutionären Stimmung, die nach dem Tod von Deniz, Mahir und Ibrahim in Ankara, Istanbul, der Türkei und in Kurdistan entstand. Wir haben an den Sozialismus und die Revolution geglaubt.

An der Fakultät für Sprache, Geschichte und Geographie gab es damals eine starke Tendenz zur MHP *[der faschistischen und parlamentarisch vertretenen Partei der Nationalistischen Bewegung]* bzw. generell zu faschistischen Strömungen. Im gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten an unserer Fakultät haben die Anstrengungen, der Einfluss, die avantgardistische Haltung, die Führungsfähigkeit, die Begeisterung von Kemal Pir eine sehr große Rolle gespielt. Denn er war nicht einfach eine einzelne Person. Er hat begeistert und mobilisiert, die revolutionären Gefühle gestärkt und die Wut gegen den Feind entfacht. Wir haben gemeinsam gegen den Faschismus gekämpft, haben unsere revolutionären Gefühle gegenseitig gestärkt und so gegenseitig unsere Charaktere in der revolutionären Jugend entwickelt. In einer solchen Phase Kemal Pir kennengelernt zu haben, sein Genosse gewesen zu sein, hat wirklich einen großen Einfluss auf unser aller Persönlichkeit, unseren Kampf und unseren Charakter gehabt. Deshalb möchte ich betonen, dass ich ihm sehr viel zu verdanken habe.

Ich danke ihm dafür, mich mit der apoistischen Bewegung bekannt gemacht zu haben

Wir waren revolutionär, kämpften gegen den Faschismus. Er hat die Freunde vor mir kennengelernt, mich mit dem Vorsitzenden Apo, der apoistischen Gruppe bekannt gemacht. Insofern hat Genosse Kemal Pir meinen Werdegang verändert. Auch deshalb bin ich ihm sehr dankbar, mich mit solch einer Bewegung, solch einer revolutionären Organisation bekannt gemacht zu haben. Dieser türkische Genosse kam aus der Schwarzmeerregion, hat mich aber mit der kurdischen Bewegung, der kurdischen Gruppe zusammengebracht. Dass sich Kemal Pir in einer Zeit, in der die Apoisten noch relativ unbekannt waren, mit der Person des Vorsitzenden Apo zusammenschloss und mich als guten Freund für die Bewegung gewann, sagt schon alles über seinen revolutionären Charakter.

Mit dem Kennenlernen des Vorsitzenden Apo wurden wir sofort aktive Mitglieder der apoistischen Gruppe. Apoistische Bewegung bedeutet vom ersten Moment an Tempo, Verbundenheit zur Revolution, intensive revolutionäre Arbeit, alles der Revolution zu geben und nichts als die Revolution im Sinn zu haben. So ist der Vorsitzende. Das sind die grundlegenden Eigenschaften, die der Vorsitzende den Freunden nach dem ersten Kennenlernen mit auf den Weg gab. Als Kemal Pir sich selbst im Vorsitzenden erkannte, machte er sich dessen Merkmale zügig zu eigen und intensivierte seine eigene revolutionäre Energie. Die beiden wichtigsten übereinstimmenden Merkmale von Kemal Pir und dem Vorsitzenden sind die Verbundenheit zur Revolution und die sofortige praktische Umsetzung: jede Sekunde des Lebens für die Revolution geben, mit revolutionärer Begeisterung leben. Wenn der Vorsitzende Apo von seinem eigenen Leben erzählt, so spricht er stets von einem Leben voller Bewegung. Auch Kemal Pir war so. Er war wie Quecksilber, immer im Fluss, stets in Bewegung, stets von dem Wunsch getrieben, etwas zu erschaffen. Deshalb sagte er über den Vorsitzenden: »Ich habe meinen Anführer, meine Organisation, meinen Freund, meinen Genossen, meine Richtung gefunden.« Durch die Bekanntschaft mit dem Vorsitzenden verstärkten sich seine Begeisterung, sein Selbstvertrauen, seine Art und sein Tempo. Und der Vorsitzende hatte mit der Person Kemal Pirs einen Genossen gefunden, der seinem Charakter, seiner Realität, seinem eigenen revolutionären Vertrauen und Tempo entsprach. Deshalb hat er Kemal Pir und Haki Karer[5] als seine »geheime Seele« bezeichnet. Sie haben den Vorsitzenden Apo am besten verstanden, theoretisch wie praktisch.

Die geheime Seele des Vorsitzenden Apo

So wie wir mit Kemal Pir in unseren ersten revolutionären Jugendjahren in Ankara Seite an Seite gelernt und gekämpft und unsere Freundschaft entwickelt haben, so arbeiteten wir auch von 1975 an in Kurdistan in Dîlok (Antep) und Riha (Urfa). Dort hatte sich ja der apoistische Widerstand nach 1975 am weitesten entwickelt.

Diese waren im Hinblick auf die Entwicklung der apoistischen Gruppe wie eine Basis für die Orte in der Umgebung wie Semsûr (Adıyaman) und Gurgum (Maraş). Kemal Pir war generell für die Formung der apoistischen Bewegung maßgeblich, nicht nur in Dîlok und Riha. Seine Persönlichkeit war nicht nur die eines apoistischen Militanten oder PKKlers: So wie der Vorsitzende Apo eine entscheidende Rolle für die Schaffung der Ideologie, der Theorie, des politischen Verständnisses, der Organisations- und Widerstandspersönlichkeit dieser Bewegung innehat, war Kemal Pir der Genosse, der den größten Beitrag dazu leistete, die Linie und den Charakter des Vorsitzenden Apo in organisierte Bahnen zu lenken und

5 Haki Karer (1950–1977), türkischer Revolutionär bei der kurdischen Revolution vor Gründung der PKK, neben Kemal Pir wichtige Identifikationsfigur und Märtyrer.

den Militanten und der Jugend näherbringen zu können. Der Vorsitzende Apo hat sicherlich die apoistische Persönlichkeit hervorgebracht, aber Kemal Pir ist derjenige, der dies mit Geist und Dynamik vorantrieb. Deshalb hat der Vorsitzende ihn und Haki Karer als seine »geheime Seele« bezeichnet.

Wer ihn nicht verstanden hat, hat die PKK nicht verstanden. Deshalb hat der Vorsitzende in der Phase, in der die Partei Gefahr lief, zerstört zu werden, von Kemal Pir gesprochen, um den Kadern ein Beispiel zu geben, wie sie sich der Gefahr entgegenstellen können. Das war sehr, sehr wichtig.

Der Grundbaustein des Apoismus

Insbesondere die Militanz und Praxisfreudigkeit der Apoisten, ihre dynamische Widerstandskraft sind bekannt. Wenn von den Apoisten die Rede ist, ist von einer kämpfenden Gruppe die Rede, die Aktionen macht, dem Faschismus, dem Staat, den Kollaborateuren Angst einflößt. Genau dafür hat Kemal Pir eine überaus wichtige Rolle gespielt. Er war die bedeutendste Kraft für die Umsetzung der Parteilinie. Er war entscheidend für den intensiven Beitritt der Jugend zur apoistischen Gruppe. Hätte es keinen Kader wie Kemal Pir gegeben, dann hätte sich die apoistische Bewegung nicht so schnell entwickelt. Die Aktionslinie wäre nicht so wirksam geworden. Er ist der Grundstein, der die Apoisten zu Apoisten macht, der die PKK zur PKK macht. Er hat dieser Bewegung Geist, Persönlichkeit und Charakter verliehen. In dieser Hinsicht sind die Persönlichkeiten Kemal Pirs und Haki Karers von sehr großer Bedeutung für die Entstehung der PKK, und insbesondere für die Entwicklung ihres militanten Geistes. Sie waren türkische Freunde aus der Schwarzmeerregion. Aber sie waren große Revolutionäre, die zur Revolution Kurdistans mehr als jeder Kurde beigetragen haben.

Ihre Persönlichkeiten haben den internationalistischen Charakter der PKK und die Linie der Geschwisterlichkeit der Völker hervorgebracht. Heute sind der Vorsitzende Apo und unsere Bewegung dieser Linie verbunden. Sie haben eine Bewegung geschaffen. Kann man das ignorieren und irgendeine andere ideologische, theoretische und politische Linie verfolgen? Welcher Liquidationsversuch kann der revolutionären und militanten Persönlichkeit Kemal Pirs standhalten? Ein altes Sprichwort besagt, dass in das Haus, in das die Sonne nicht scheint, die Krankheit kommt. Da, wo Kemal Pirs Geist weht, kann es keine Schwäche, keine Widerstandslosigkeit geben, können die Ziele des Kampfes nicht verraten werden. Wenn die Linie des Vorsitzenden heute nicht besiegt werden kann und überall erfolgreich ist, dann wegen der voranschreitenden Kader, die sich für diese Linie entschieden einsetzen. Dabei hat Kemal Pir die größte Rolle gespielt. Das kann von niemandem geleugnet werden. Und wir gedenken ihrer deshalb immer mit Respekt. Kemal Pir und Haki Karer werden wir als die geheime Seele der Führung niemals vergessen. Weder von unserer Gesellschaft noch von den Gesellschaften des Mittleren Ostens werden sie vergessen werden.

Er war begeistert angesichts des kurdischen Heldentums

Kemal Pir ist auch ein revolutionärer Charakter, der das historisch gewachsene kurdische Heldentum wiedererweckt hat. Er hat der kurdischen Aufopferungsbereitschaft großen Wert beigemessen und sich sehr für ihre Weiterentwicklung eingesetzt, um sowohl Kurdistan als auch den Mittleren Osten und die Türkei zu befreien. In den kurdischen Menschen hat er diese Energie erkannt und ihren Wert für die Gesellschaften des ganzen Mittleren Ostens begriffen. In diesem Sinne ist er als führender Kader und Militanter, der zum Freiheitskampf der kurdischen Gesellschaft am meisten beisteuerte, in die Geschichte eingegangen. Die Freunde aus den Gefängnissen erzählen Folgendes: Es soll einen Aufseher namens Laz Ali gegeben haben. Er war einer der Folterer im Gefängnis von Amed (Diyarbakır). Doch er begegnete Kemal Pir wie jeder andere auch mit Respekt, weil er auch aus der Schwarzmeerregion kam. Er soll innerlich stolz gewesen sein, dass ein Mensch wie Kemal Pir aus derselben Region kam wie er. Als dieser Aufseher eines Tages zu ihm gesagt haben soll: »Kemal Pir, warum bist du den Kurden ein Anführer geworden, warum kämpfst du für die Kurden, warum opferst du dich für sie? Sie sind es nicht wert. Wenn du nach Karadeniz kommen und die Lasen anführen würdest, würden wir dir folgen!«, soll Kemal Pir entgegnet haben: »Du sprichst so, weil du die Kurden nicht kennst. Würdest du sie kennen, würdest du ihnen so viel Wert beimessen, wie ich es tue. Sie sind nicht so, wie du behauptest.« Kemal Pir war wirklich eine einflussreiche Persönlichkeit. Er hat nicht nur seine Freunde, sondern selbst den Feind beeinflusst. Niemand konnte sich seiner Begeisterung, seinem Gerechtigkeits- und Gleichheitsgefühl, seiner Werteverbundenheit, seiner revolutionären Persönlichkeit, seinem demokratischen Charakter, seinen moralischen und gewissenhaften Seiten entziehen!

Kemal Pir hat immer seine Gefühle gezeigt. Sie waren in seiner Art und Weise, seinen Bewegungen, seinem Gesicht, an allem zu erkennen. Er war sehr konsequent. So wie seine Gefühle war auch seine Praxis. So wie sein Denken waren auch seine Beziehungen. Er war ein sehr authentischer Mensch. Bei Kemal Pir gab es kein bisschen Täuschung, Opportunismus und Inkonsequenz. Was andere in einem Jahr schufen, gelang ihm in einem Tag. Deshalb hat ihn innerhalb eines Tages jeder gekannt. Innerhalb einer Stunde oder sogar einer Minute



14.-Juli-Gedenkfeier in Istanbul. Foto: Gazete Şûjin

kannte ihn jeder oder war von seiner revolutionären Persönlichkeit beeinflusst. Dies wissen alle Kader, die in der Anfangsphase der apoistischen Gruppe in Dîlok dabei waren. Alle Kader in Riha wissen das, alle Kader in ganz Kurdistan. Wenn von der apoistischen Gruppe die Rede war, war Kemal Pir der Erste, der den Menschen in den Sinn kam. Denn er konnte nicht stillsitzen. Er beeinflusste und mobilisierte jeden. Er vermittelte den Jugendlichen die revolutionäre Persönlichkeit des Vorsitzenden Apo. Seine Militanz und seine Haltung wurden zur Messlatte. Seine Militanz, seine Persönlichkeit, seine Haltung erzeugten sofort Respekt, Liebe und Verbundenheit. Die apoistische Bewegung ist in vielerlei Hinsicht mit der Verbundenheit mit Kemal Pirs Charakter vorangeschritten. Insbesondere bei der Bildung der Jugend hat Kemal Pir eine wesentliche Rolle gespielt. Die Militanz der PKK hat mit dem Charakter von Kemal Pir an Leben gewonnen. Der Vorsitzende Apo hat nicht umsonst von der Persönlichkeit Kemal Pirs gesprochen. Er hat die PKK-Militanz als Kemal Pirs Militanz definiert.

Organisierung und Aktion waren für ihn eins

Kemal Pir war ein Revolutionär, dem es unangenehm war, auch nur einen Tag, eine Stunde oder Sekunde nicht für die Revolution zu verwenden. Deshalb war ihm das Gefängnis zu eng und er wollte sofort raus. So hat er sofort nach seiner ersten Festnahme in Ankara versucht auszubrechen, was ihm auch gelang. Ein paar Monate nach seiner Festnahme 1977 in Ankara gelang ihm die Flucht aus dem Gefängnis in Ordu-Ulubey. Später wurde er in Gurgum festgenommen, zuerst ins Gefängnis von Adana, dann in das von Riha gesperrt, aus dem er dann auch floh. Bei seinem Ausbruch in Riha sind die zivilen Angeklagten mit ihm zusammen geflohen. In allen Gefängnissen hat er enge Beziehungen mit den anderen Insassen aufgebaut. Kemal Pir hat nicht nur draußen, sondern auch im Gefängnisleben alle beeinflusst, an sich gebunden, eine Freundschaftsgruppe aufgebaut und organisiert.

Kemal Pir war nicht aufzuhalten. Draußen brachte er Bildung, Organisierung und Aktion zusammen. Jeder Moment war Bildung. Er bildete die Jugend und die Menschen an seiner Seite. Er brachte die Menschen dazu zuzuhören. Deshalb gewann Kemal Pir jemanden nach kürzester Zeit für die Organisation. Das war auch in den Gefängnissen der Fall. In Kızılcahamam, Ulubey, Adana, Riha und Amed.

Wo Kemal Pir war, war die Revolution

Wenn der Faschismus des 12. September[6] im Gefängnis von Amed durch revolutionären Geist und widerständige Haltung besiegt wurde, war dafür Kemal Pirs Persönlichkeit sehr wichtig. Überall, wo Kemal Pir ist, entstehen revolutionäre Aktivitäten und Widerstand. Jede Sekunde, jede Stunde, jeder Tag ohne Kampf ist für Kemal Pir Folter. So war der Geist von Kemal Pir für diesen großen Widerstand gegen die Unterdrückung im Gefängnis von Amed sehr bedeutend. Ohne Zweifel waren die Führungspersönlichkeit von Hayri und die militanten Persönlichkeiten von Akif und Ali, die ihre Körper gegen die Unterdrückung in Fackeln verwandelten, und ihre Verbundenheit sehr wichtig für das Wachsen des großen Widerstands im Gefängnis von Amed. Doch Kemal Pirs Platz ist ein ganz anderer. Er ist ein charismatischer Anführer. Er sammelt die Menschen um sich, organisiert und mobilisiert sie. In diesem Sinne hat er dem Widerstand vom 14. Juli seinen eigenen Charakter und Geist verliehen.

Die generelle Führung des Gefängniswiderstands hatte natürlich Hayri. Deshalb soll Kemal Pir im Gefängnis auf die Frage nach seinen Ideen gesagt haben: »Was der Doktor sagt, soll geschehen.« Auch er hatte großes Vertrauen in die Führungskraft, die Analysefähigkeit und das Verantwortungsgefühl von Hayri. Aber für das Entstehen des Widerstands vom 14. Juli und dessen großen Erfolg hat Kemal Pir ohne Zweifel

6 Militärputsch in der Türkei am 12.09.1980 mit nachfolgender extremer Repression; wesentliche Inhalte der 1982 von der Militärjunta initiierten »Putsch-Verfassung« sind bis heute gültig.

eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Ohne ihn ist der 14. Juli, der Gefängniswiderstand nicht vorstellbar. Es ist sehr bedauerlich, dass Kemal Pir ins Gefängnis kam. Mit ihm draußen hätte sich unser Kampf ganz anders entwickelt. Insbesondere die Armeewerdung der Guerilla hätte einen anderen Charakter gewinnen können. Sehr große Erfolge und Siege hätten erzielt werden können. Denn Kemal Pir hätte eine Person wie ein ganzes Bataillon kämpfen lassen, ein Bataillon wie eine Armee. Ein Bataillon unter dem Kommando Kemal Pirs hätte den Feind überrumpelt. Vielleicht hat unserem Guerillakampf die Persönlichkeit und Führung von Kemal Pir am meisten gefehlt. Mit seinem revolutionären Elan, seiner militanten Haltung und seinem Kommando wäre die Freiheitsbewegung unter Führung des Vorsitzenden von Erfolg zu Erfolg geschritten. Manche Fähigkeiten lassen sich nicht durch Lesen aneignen, können nicht von jedem entwickelt werden. Manche haben historische Bedeutung, Kemal Pir war solch ein Mensch.

Die Widerständigkeit Kemal Pirs bedeutete Kampf und absoluten Erfolg. Nichts machte er halb. Deshalb hat es ihn sehr gequält, dass das erste Todesfasten von 1981[7] am 45. Tag ohne positive Entwicklung abgebrochen wurde. Die Phase, in der sich Kemal Pir am schwersten tat, war die im Gefängnis von Amed ohne Widerstand. Die 12–13 Monate ohne Widerstand waren die schwerste Phase der Folter für ihn. Kemal Pir wurde nicht von den Foltermethoden im Gefängnis beeinflusst. Eine Zeit lang nicht zu kämpfen, war für ihn die größte Folter. Der Widerstand vom 14. Juli war überhaupt realisiert worden, um sich von der Folter zu befreien, um der Geschichte, dem Volk, der Partei, der Führung und der revolutionären Persönlichkeit gerecht zu werden sowie um die Verantwortung gegenüber dem Volk zu erfüllen. Deshalb sprechen wir beim Todesfasten des 14. Juli vom »großen Todesfasten«. Denn der Widerstand von Kemal Pir war groß. Er hat den Gefängniswiderstand in einen großen Widerstand verwandelt. Er hat gewährleistet, dass dieser Widerstand eine große historische Bedeutung bekam.

Der Geist des 14. Juli

Während des Todesfastens hat Kemal Pir gesagt: »Wir lieben das Leben so sehr, dass wir bereit sind, dafür zu sterben … Wir haben zu sechst angefangen, sind 16 geworden, morgen werden wir Millionen sein.« Er hat schon vor dem Todesfasten 1982 und danach daran geglaubt, dass der Vorsitzende Apo den Kampf entwickeln und große Erfolge erzielen werde. Bis zum letzten Atemzug hat er an dieser revolutionären Begeisterung festgehalten, an seiner Verbundenheit mit dem Vorsitzenden Apo und der PKK; er war davon überzeugt, dass sein Tod den Vorsitzenden zur Intensivierung des Kampfes motivieren werde. Als der Vorsitzende Apo Kemal Pir zu seiner »geheimen Seele« erklärt hatte, hat Kemal Pir den Geist und Charakter des Vorsitzenden zu einem Teil seiner eigenen Persönlichkeit gemacht. Deshalb konnte er, obwohl er von der Außenwelt abgeschnitten war und nichts von der Partei hörte, davon überzeugt sein, dass der Vorsitzende diesen Kampf entwickeln und zum Erfolg bringen werde. Den Widerstand des 14. Juli hat er in dieser Überzeugung begonnen und bis zum letzten Atemzug mit der großen Moral dieser Überzeugung fortgesetzt.

Wenn wir heute die kurdische Freiheitsbewegung mit dem Paradigma des Vorsitzenden zum Erfolg führen wollen, müssen wir Kemal Pir richtig verstehen. Die Revolution in Kurdistan können wir nur auf die Art und Weise Kemal Pirs zum Sieg führen. Deshalb hat der Vorsitzende den Geist des 14. Juli als Wesen der PKK definiert, als Art und Weise der Revolution Kurdistans. Ohne auch unter den schwierigsten Bedingungen zu kämpfen, kann der Freiheitskampf in Kurdistan nicht zum Sieg geführt werden.

Die Träume von Kemal Pir werden wahr

Die Revolution in Kurdistan kann nicht ohne die Revolution in der Türkei und im Mittleren Osten realisiert werden. Im Dritten Weltkrieg weitet sich die Revolution Kurdistans auf die Türkei aus. Weil Kemal Pir in der Revolution Kurdistans die Demokratisierung und Freiheit der Türkei sah, ist er Genosse des Vorsitzenden geworden und war der Erste, der nach Kurdistan eilte, um den revolutionären Kampf zu entwickeln. Heute werden die Träume von Kemal Pir wahr. Die Revolution Kurdistans wird zur Revolution in der Türkei und dem Mittleren Osten. Doch um diesen Revolutionen zum Sieg zu verhelfen, braucht es unbedingt die Militanz von Kemal Pir, seine Gefühle und Gedanken. So wie er müssen wir den Werten, dem Vorsitzenden und der Bewegung gegenüber treu bleiben, so wie er voller Überzeugung und Gewissenhaftigkeit sein, ohne eine Sekunde zu verschwenden, und jeden Moment des Lebens der Revolution Kurdistans geben.

Kemal Pir hat als Türke jeden Moment seines Lebens der Revolution Kurdistans gegeben. Ohne auch nur ein bisschen zu zögern, hat er bis zum letzten Atemzug für den Erfolg der Revolution den Kampf mit voller Intensität geführt. In diesem Sinne müssen wir als Kurden, als kurdische Gesellschaft, als PKK, als Schüler des Vorsitzenden, als Militante und Genossen den Spuren Kemal Pirs folgen. Wir müssen Kemal Pir verstehen und sein Verständnis des Kampfes praktizieren. Dann ist unser Sieg gewiss. So wird der Sieg den Völkern Kurdistans, der Türkei und des Mittleren Ostens gehören. ♦

7 Am 14.03.1981 wird im Militärgefängnis in Amed von 14 PKK-Gefangenen der erste Hungerstreik nach dem Militärputsch von 1980 gegen die Haftbedingungen und die Folter begonnen und später von weiteren Gefangenen aufgegriffen.

Hamburg, G20 und die grenzenlose Solidarität

Ein Erfolg, der zum Weitermachen auffordert

Yavuz Fersoğlu, Vorstandsmitglied des Demokratischen Gesellschaftszentrums für Kurdinnen und Kurden in Deutschland (NAV-DEM e. V.)

Im Aufruf von NAV-DEM (dem Demokratischen Gesellschaftszentrum der Kurdinnen und Kurden in Deutschland) hieß es zur Mobilisierung gegen den Gipfel: »Wenn sich am 7. und 8. Juli in Hamburg wieder einmal die selbsternannten Herrscher der Welt zusammensetzen, wird auch dieses Mal nichts Gutes für Mensch und Umwelt dabei herauskommen.« Genau dies geschah in Hamburg politisch, nichts ist bei den Treffen der sogenannten G20 herausgekommen, was die Probleme der Menschen und Umwelt lösen könnte. Sie kamen zusammen, um ihre Vorgehensweisen für noch mehr Profit, Ausbeutung, Krieg und den Ausverkauf der Ressourcen zu koordinieren. Dieser Gipfel hat nichts dazu beigetragen, die Probleme der Welt zu lösen. Er war sinnlos und innenpolitisch ein Desaster. Während Themen wie Gerechtigkeit, Frieden, Klimaschutz und Solidarität bei den Gegenprotesten im Vordergrund standen, wurden sie auf dem Gipfeltreffen der G20-Staaten gar nicht zum Thema gemacht. Daneben wurden noch der sogenannte moderne »Hightech«-Polizeistaat und die Niederschlagung jeglichen Widerstands geprobt bzw. der Aufstand bekämpft. Monate im Voraus wurde von Medien und Politik das Bild der Krawallmacher ausgemalt, um dem Protest schon vorab die Legitimität abzusprechen. Vom Bundesinnen- bis zum -justizministerium wurde u. a. auch dieses Mal auf die Gefahr der radikalen KurdInnen hingewiesen und der sogenannte »Schwarze Block« zum Feindbild erklärt. Damit wurde versucht, der Kritik an den G20 keinen Raum zu geben und den Widerstand zu delegitimieren. Trotzdem konnten die verschiedenen Formationen des außerparlamentarischen Widerstandes in Hamburg mit unterschiedlichen Aktionen und vielfältigen Formen des Widerstandes eigene Schwerpunkte setzen. Zehntausende Menschen haben dem Ausnahmezustand gemeinsam und solidarisch getrotzt.

Grenzenlose Solidarität

Auf dem »Gipfel der Globalen Solidarität« wurde auf die Ursachen der Zerstörung der Welt, auf Kriege und Flucht aufmerksam gemacht und Alternativen zur Politik der G20 wurden aufgezeigt. Hierbei kamen aus allen Kontinenten der Welt AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und VertreterInnen der globalisierungskritischen wie der ArbeiterInnen-, Friedens- und Freiheitsbewegungen zusammen, stellten ihre Modelle vor und übten scharfe Kritik an der Politik der G20-Staaten. Es war eine bunte Vielfalt, Info-Tische, zentrale Veranstaltungen wie etwa Podien und jede Menge Workshops. Hierbei trafen die demokratische Selbstverwaltung in Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) und die inhaltlichen Ansätze der kurdischen Bewegung und ihrer politischen Führung, Abdullah Öcalan, auf große Sympathie und wurden breit als das alternative Modell aufgenommen.

Bei den sogenannten Aktionen des zivilen Ungehorsams am Freitag (07.07.2017) blockierten und protestierten in verschiedenen Teilen der Stadt abertausende Menschen, um ihrem Protest gegen die Politik der G20 Nachdruck zu verschaffen und um den Gipfel zu blockieren. Den Höhepunkt der Proteste stellte dann die Demonstration am 08.07. dar, an der – trotz der Absperrung der Hamburger Innenstadt, der tausendfachen Polizeipräsenz und der sinnlosen Gewalt in manchen Stadtteilen Hamburgs – sich bis zu hunderttausend Menschen beteiligt haben, vereint in der Einsicht, dass wir die Veränderung dieser Welt nicht den Mächtigen überlassen werden, sondern sie jetzt in die eigenen Hände nehmen müssen. Vorneweg führte der kurdische Block, geschmückt mit allerlei kurdischen Symbolen, ob in Deutschland verboten oder nicht, dahinter gleich gefolgt von InternationalistInnen und den anderen Blocks. Aber nicht nur der kurdische Block, die gesamte Demonstration trug die kürzlich vom Bundesinnenministerium verbotenen Fahnen der PYD, YPG/YPJ, der seit 1993 verbotenen PKK und anderer kurdischer Organisationen. So wurde ein Beispiel der »grenzenlosen Solidarität«, wie die Demonstration selbst genannt wurde, gezeigt.

Die Anwesenheit des türkischen Staatspräsidenten war für kurdische, türkische und alle DemokratInnen und AntifaschistInnen eine zusätzliche Provokation, da dieser zum selben Zeitpunkt Teile des nordsyrischen Kantons Afrîn durch tür-

kische Artillerie bombardieren ließ. An seinem Beispiel und seiner Teilnahme konnte der Charakter des Gipfels noch klarer und deutlicher gemacht werden. Von vornherein galt der Blick der Öffentlichkeit dem Verhalten des türkischen Staatspräsidenten und seines Personenschutzes. Mehrere Versuche des türkischen Staates, seiner Konsulate und der AKP, Erdoğan neben dem Gipfel eine Bühne für einen öffentlichen Auftritt zu bieten, scheiterten an dem öffentlichen Druck, unter dem ihm die Bundesregierung solche Auftritte nicht einräumen lassen konnte. Der Krieg des türkischen Staates gegen die emanzipatorische Bewegung der KurdInnen, ob in Nordkurdistan oder in Rojava, und der demokratischen Kräfte in der Türkei haben zur Solidarität mit der kurdischen Befreiungsbewegung überall auf den Straßen in Hamburg geführt. Nicht nur, weil auch tausende Menschen aus Kurdistan und der Türkei auf den Straßen waren, sondern weil die Solidarität in Hamburg grenzenlos war.

Tagelanger Ausnahmezustand in deutscher Metropolenstadt

Die kollektive Erfahrung von Zehntausenden kann nicht ausgelöscht werden. Die Stadt war in einen Ausnahmezustand versetzt worden. Überall Polizei und Spezialeinheiten in Kampfmontur, gepanzert, vermummt, gesichtslos, wie eine Armee imperialer Sturmtruppen, und die bedrohlichen Maschinen der Räumfahrzeuge und Wasserwerfer zur Aufstandsbekämpfung. Viele Menschen haben Gewalt erlebt, sie wurden beschimpft, getreten, geschlagen, festgenommen, nackt durchsucht, mit Pfefferspray verletzt, und sie haben Knochenbrüche erlitten. Protest und Widerstand gegen das Treffen der G20 war bereits im Vorfeld kriminalisiert worden. Es war für viele BeobachterInnen ein neues und beängstigendes Ausmaß, wie brutal demokratische Grundrechte in Hamburg einfach außer Kraft gesetzt wurden. Die Bevölkerung wurde dahingehend verunsichert, als seien die Aktionen und Demonstrationen die Verursacher der Einschränkung von Bewegungsfreiheit. Regeln und Gesetze wurden jedoch mit staatlicher Willkür gebrochen.

Die Medien haben aber vor allem solche Aktionen präsentiert, die sich nicht mehr gegen den Gipfel oder die Staatsmacht, sondern auch gegen AnwohnerInnen und Geschäfte richteten. Diese blinde Gewalt ist nicht gutzuheißen, sondern abzulehnen und hat den inhaltlich legitimen Protest überschattet.

Nichtsdestotrotz hat der kollektive Mut die Ohnmacht gebrochen. Solidarität und Vertrauen standen in Hamburg an oberster Stelle bei allen, die auf den Straßen waren oder anderweitig ihren Protest kundtaten. Ob jung oder alt und unabhängig von der Nationalität, der Hautfarbe oder politischen Erfahrungen umarmten sich Menschen. Es war trotz allem eine ermutigende Gipfelwoche mit einer Vielfalt von Aktionen und Protesten, die sehr viele Menschen mobilisiert und ermutigt hat, von kurdischen AktivistInnen bis zu den Gewerkschaften, die sich in der Ablehnung der G20 und dem Ausleben der Solidarität einig waren. Die Botschaft lautete: Eine bessere Welt ist möglich! Die grenzenlose Solidarität und die Vielfalt des Widerstandes in Hamburg waren ein Erfolg, der zum Weitermachen auffordert. ♦



Auf der Großdemonstration gegen das G20-Treffen in Hamburg. «Die grenzenlose Solidarität und die Vielfalt des Widerstandes in Hamburg waren ein Erfolg, der zum Weitermachen auffordert.« Foto: A. Bender

Die wirtschaftlichen und rüstungspolitischen Interessen der BRD sind gewichtiger

Behördlich organisierte Lebenszerstörung

Monika Morres, AZADÎ e.V., 12. August 2017

Das türkische Regime hatte dem Bundeskriminalamt (BKA) eine Liste mit zahlreichen deutschen Unternehmen und Einzelpersonen vorgelegt, die angeblich die als Terrororganisation eingestufte Gülen-Bewegung unterstützt haben sollen, die von Erdoğan für den Putschversuch 2016 verantwortlich gemacht wird. Auch die Verhaftung des Menschenrechtlers Peter Steudtner und die Tatsache, dass seit dem gescheiterten Putsch 22 deutsche Staatsbürger*innen in der Türkei festgenommen wurden, veranlasste Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) am 20. Juli zu der Ankündigung, dass es nun Zeit für eine »Neuausrichtung unserer Türkei-Politik« sei.

Ausweisung

Für den Kurden Mehmet S. G. muss das wie Hohn geklungen haben. Denn drei Tage nach Gabriels Erklärung erhielt der 53-Jährige, der mit seiner Ehefrau und fünf Kindern 1993 nach Deutschland einreiste, vom Regierungspräsidium Freiburg die Mitteilung, dass er aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen und die »sofortige Vollziehung der Ausweisung angeordnet« werde. Danach dürfe er fünf Jahre nicht mehr in die BRD einreisen. Einer Anklageschrift gleich, legt die Behörde auf 31 Seiten dar, welch »schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung« von der PKK und dem Kurden ausgehe und dass die Bevölkerung »vor den Folgen des Terrorismus« geschützt werden müsse. Die Aktivitäten der PKK würden sich »gegen den Gedanken der Völkerverständigung« und »insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker« richten und »die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland« beeinträchtigen – sagt § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und 4 des Landesverfassungsschutzgesetzes.

Meldepflicht und Aufenthaltsbeschränkung

Im Juli 1999 hatte Mehmet S. G. nach erfolgreicher Klage eine Anerkennung als Asylberechtigter erhalten und im Januar 2005 eine Niederlassungserlaubnis, die durch den Ausweisungsbescheid nun erloschen ist und in einen Duldungsstatus herabgestuft wurde.

Gleichzeitig wird er verpflichtet, sich einmal wöchentlich bei der zuständigen Polizeistelle zu melden (§ 56 Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz), »um ggf. frühzeitig geeignete Schutzmaßnahmen einleiten zu können«. Ferner darf er sich nur in dem Landkreis, in dem er lebt, aufhalten.

Beides diene dazu, seine »Bewegungsfreiheit und damit die Möglichkeit« einzuschränken, »die PKK zu unterstützen«.

Alles ist Terrorismus

Worin bestanden die »gefährlichen« Unterstützungshandlungen?

Der Kurde stand bereits 2010 im Fokus des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz, das dem Regierungspräsidium regelmäßig Bericht über »Erkenntnisse« erstattete.

In der Hauptsache wird Mehmet S. G. vorgeworfen, an vom örtlichen kurdischen Verein angemeldeten Demonstrationen teilgenommen zu haben, z. B. gegen die Festnahme von kurdischen Politiker*innen in der Türkei, zu Neujahrsfesten »Newroz« (hierzu vermerkt die Behörde: »In der Türkei wird Newroz seit 1995 offiziell als alttürkisches Fest anlässlich des Frühlingsbeginns gefeiert. Für einen Teil der kurdischen Bevölkerungsgruppe ist es jedoch – mit mythologischem Hintergrund – zusätzlich ein Fest des Widerstands und wird als Symbol für den kurdischen Freiheitskampf verstanden. Die PKK nutzt diesen emotional beladenen Feiertag regelmäßig dazu,



durch Selbstdarstellung und politische Positionierung ihre Anhängerschaft an sich zu binden.«), gegen die Abschaltung des Fernsehsenders ROJ-TV, das Massaker von Şirnex (Şırnak), für die Freiheit von Abdullah Öcalan oder wegen der im Januar 2013 ermordeten drei kurdischen Aktivistinnen in Paris.

Dass der Kurde zudem Veranstaltungen, Feiern zum Gedenken an gefallene Guerillakämpfer*innen oder zur Parteigründung besucht hat, gilt den Behörden ebenfalls als Unterstützung des Terrorismus. Dass er nach »Erkenntnissen« des VS im Dezember 2015 das letzte Mal eine Veranstaltung »zur Unterstützung der PKK« besucht habe, ändere – so das Regierungspräsidium – nichts an einer konkreten »Gefahr von weiteren schweren Störungen der öffentlichen Ordnung«.

Zur Untermauerung der Vorwürfe gegen Mehmet S.G. wird das Demokratische Gesellschaftszentrum für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, NAV-DEM e.V., dem auch der Mezopotamische Kulturverein in Freiburg als Mitglied angehört, als politischer Arm der PKK-Europaführung (KCDK-E) kriminalisiert, wodurch Aktivist*innen und Besucher*innen dieser Vereine automatisch ins Visier des Inlandsgeheimdienstes geraten können.

Deshalb kann eigentlich legales kulturelles und politisches Engagement zu straf- oder wie im vorliegenden Fall aufenthaltsrechtliche Maßnahmen führen. Hier tut sich besonders das schwarz-grün regierte Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hervor.

Radikalisierung, Deradikalisierung und Distanzierung

Von einer Fortsetzung »relevanter Aktivitäten«, die »in aller Regel auf eine vorangegangene ideologische Radikalisierung zurückzuführen« seien, müsse so lange ausgegangen werden, »bis eine Deradikalisierung nachvollziehbar festgestellt« werden könne. Es müsse geprüft werden, »ob eine eindeutige, glaubwürdige und endgültige Distanzierung von vorangegangenen Aktivitäten stattgefunden« habe oder ob von »einer konspirativen bzw. durch äußere Faktoren (z. B. drohende behördliche Maßnahmen) bedingten Verhaltensanpassung auszugehen« sei. Das jedoch müsse sich »nach außen manifestieren«.

Inhaftierung und Folter eingeschlossen

Die politischen Entwicklungen in der Türkei spielen hierbei nicht die geringste Rolle. Im Klartext ist es den Behörden völlig gleichgültig, was Menschen, die in der jetzigen Situation dorthin ausgewiesen werden sollen, zu erwarten haben. JedeR weiß, dass der Datenaustausch zwischen deutschen und türkischen Behörden auch jetzt funktioniert und die sog. Anti-Terrorabteilung am Flughafen Istanbul sehr wohl darüber informiert ist, wer in das Land einreist. Es würde mithin wohlwissend in Kauf genommen, dass Kurd*innen festgenommen, inhaftiert und gefoltert werden und das erst recht vor dem Hintergrund angeblicher PKK-Aktivitäten.

Keine deutschen Freund*innen – keine Integration

Aber der Sachbearbeiter der Abteilung »Steuerung, Verwaltung und Bevölkerungsschutz« des Regierungspräsidiums Freiburg ist ja kein Unmensch. Er fand neben all dem gefährlichen terroristischen Treiben des Kurden auch Punkte zu dessen »Gunsten«.

Als da seien, dass er sich seit über 20 Jahren in der BRD aufhalte, er berufstätig sei, sich hier eine Existenz aufgebaut und ein Haus gekauft habe, weshalb man von »einer (wirtschaftlichen) Integration in die deutschen Lebensverhältnisse« ausgehen könne. Allerdings: Er habe »offenbar niemals Interesse« am Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gehabt. (Hierzu sei angemerkt: Hätte Mehmet S.G. einen Einbürgerungsantrag gestellt, hätten die Behörden den Wunsch des Kurden mit

Verweis auf die geheimdienstlichen »Erkenntnisse« in Windeseile abgelehnt.)

Deshalb sei der Kurde nur »wirtschaftlich« integriert. Das macht die Behörde daran fest, dass ihr »von einem Engagement in nicht-kurdischen Vereinen oder ähnlichen Gemeinschaften« nichts bekannt sei. Auch habe er keine »bedeutsamen Freundschaften mit deutschen Staatsangehörigen gepflegt« oder sonst »enge Freunde« gehabt, mit denen er »gemeinsame Interessen geteilt« habe. Erkenntnisse darüber, dass er »am gesellschaftlichen Leben in Deutschland aktiv« teilgenommen hätte, lägen dem Sachbearbeiter nicht vor. Deshalb könne bei ihm von einer »weitgehenden gesellschaftlichen Integration« nicht gesprochen werden.

Spekulativ fortbestehende Wiederholungsgefahr

Unmissverständlich heißt es in dem Bescheid weiter, dass die Ausweisung von Mehmet S. G. seine Ehefrau und ihre Kinder »belasten« würden. Zwar werde aufgrund seiner Asylberechtigung auf den Erlass einer Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung verzichtet, weshalb eine Familientrennung nicht anstehe, doch schließe dies seine Ausweisung »nicht aus«. Die Erteilung einer Duldung sei im Sinne des Schutzes von Ehe und Familie »ausreichend«.

Doch die Unterstützung der PKK sei so schwerwiegend, dass sich die Ausweisung auch hinsichtlich seines Privatlebens »nicht als unverhältnismäßig« erweise. Zwar werde seine Bewegungsfreiheit durch die räumliche Aufenthaltsbeschränkung und die wöchentliche Meldepflicht deutlich beschnitten, doch müsse das von ihm »hingenommen werden«. Obwohl – wie der VS festgestellt hat –, der Kurde seit Ende 2015 offenbar weder an einer Demo noch an einer Veranstaltung teilgenommen hat, betreibt die Freiburger Behörde Kaffeesatzleserei, indem sie eine »fortbestehende Wiederholungsgefahr« und eine »Schwere der zu erwartenden Rechtsverletzungen« herbeischreibt, weshalb die Ausweisung notwendig sei.

Baden-württembergischer Boris *Sarrazin* Palmer (grün)

Anfang August präsentierte Boris Palmer (Die Grünen, Oberbürgermeister von Tübingen) in Berlin der Öffentlichkeit ein Pamphlet zur Bundestagswahl, dessen Titel »Wir können nicht allen helfen. Ein Grüner über Integration und die Grenzen der Belastbarkeit« lautet. Da heißt es u. a.: »Die Menschen, die über das Asylrecht zu uns gekommen sind, haben sehr viele Eigenschaften, die in unserem Land die Wahrscheinlichkeit, kriminell zu werden, nach oben treibt.« Das Elaborat war schon vor dem offiziellen Erscheinen »Bestseller Nr. 1« bei Amazon unter dem Themenbereich »Politisches System«. Sarrazin lässt grüßen.

Damit können die baden-württembergischen Ausländerbehörden ihre Entscheidungen in aller Ruhe treffen, wenn auch grüne Funktionsträger klarstellen, wer im »Ländle« bleiben darf und wer es zu verlassen hat.

Weiter Rüstungsexporte in die Türkei und Repression gegen Kurd*innen in der BRD

Gehen wir zurück zum Anfang:

Mit der von Außenminister Gabriel ausgerufenen »Neuausrichtung« der Türkei-Politik ist es nicht weit her. Kaum hat Präsident Recep T. Erdoğan seine ominöse Liste zumindest teilweise zurückgezogen und dem ursprünglich von ihm untersagten Besuch von Bundestagsabgeordneten auf dem NATO-Militärstützpunkt Konya doch zugestimmt, wurde es wieder ganz still um den Richtungswechsel. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zeigte sich ob der Besuchsgenehmigung erfreut und SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz meinte, mit diesem Schritt gehe die Türkei in die »richtige Richtung«. Kritik kam allerdings u. a. von Alexander Neu (Abgeordneter der Linksfraktion), dem vonseiten des türkischen Regimes eine Einreise wegen seiner angeblichen PKK-Unterstützung verweigert werden sollte. Neu sprach von einer »Kapitulation der Bundesregierung vor dem Verhalten der Türkei«, weil die Besuchsgenehmigung durch die Intervention von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zustande kam und nicht etwa durch Druck der Bundesregierung auf Ankara. Erdoğan kann so seine Erpressungspolitik getrost fortsetzen.

Solange die wirtschaftlichen, geostrategischen und rüstungspolitischen Interessen Deutschlands in den Beziehungen zur Präsidialdiktatur Erdoğans weiterhin im Vordergrund stehen und die Repressionsspirale gegen hier lebende Kurdinnen und Kurden auf Geheiß Ankaras ständig höher gedreht wird, bleiben alle Ankündigungen zum Kurswechsel glatte Lüge oder Wahlkampfgetöse. Die Verbote weiterer Symbole kurdischer Organisationen – u. a. YXK, PYD oder YPG/YPJ – durch Bundesinnenminister de Maizière vom März 2017 machen das deutlich.

Und: Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres exportierten deutsche Rüstungsunternehmen Waffen und Munition im Wert von 5,6 Millionen Euro an die Türkei und 2016 betrugen die Ausfuhren insgesamt 49 Millionen Euro – wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht. ♦

Die Berichterstattung der »jungen Welt« zum Syrien-Krieg und seinen Hintergründen

Washingtons Bodentruppen

Robert Jarowoy, August 2017

Als jemand, der den kurdischen Befreiungskampf seit 1984 sehr genau beobachtet und stets aktiv zu unterstützen versucht hat, habe ich mich über die Berichterstattung in der »jungen Welt« zu diesem Thema sehr gefreut. Nick Brauns und andere haben nach Reisen in die kurdischen Gebiete in der Türkei, in Syrien (Rojava) und Irak (die Kurdische Autonomieregion/ Barzanî) sehr fundierte Berichte und Einschätzungen geliefert.

Was aber die freie Journalistin Karin Leukefeld abwechselnd aus Syrien und der BRD als Syrien-Expertin – ebenfalls in der »jungen Welt« und auf Vortragsreisen – verbreitete, hat mich derart erzürnt, dass es mich bewogen hat, diesen Artikel zu schreiben.

Die meisten ihrer Artikel habe ich nicht gesammelt, weswegen ich hier keine Zitaten-Zusammenstellung erbringe, sondern versuche, ihre in meinen Augen gegen den kurdischen Befreiungskampf gerichtete Strategie zu analysieren.

1: Sie bezeichnet die Volks- und Frauenbefreiungseinheiten YPG/YPJ als Washingtons Bodentruppen. Jede/r weiß, dass Kobanê mit ein paar leichten Waffen ohne die Luft-Unterstützung und auch Waffenlieferungen durch die USA gegen den Islamischen Staat (IS) nicht hätte gehalten werden können. Das ganze Projekt Rojava als ein in unserer Zeit wohl einmaliges basisdemokratisches/rätekommunistisches Modell wäre mit all seinen Menschen von den IS-Banden vergewaltigt und massakriert worden. Außer den USA hat niemand irgendeine Art von Unterstützung angeboten, geschweige denn erbracht. Dass die Türkei den IS, vor allem aber den Al-Kaida-Ableger Al-Nusra-Front aktiv unterstützt hat, ist auch bekannt. Ein kemalistisch-sozialdemokratischer CHP-Abgeordneter wurde wegen seiner diesbezüglichen Enthüllungen in der Cumhüriyet nicht etwa wegen Verleumdung der Türkei, sondern wegen Geheimnisverrats im Rahmen einer eintägigen Gerichtsverhandlung vor einem Monat zu 22 Jahren Haft verurteilt und im Gerichtssaal festgenommen.

Was also hätten die YPG machen sollen? Vor dem IS und seinen Verbündeten Al-Nusra und Türkei kapitulieren und um die Anwendung der Genfer Konvention im Kriegsvölkerrecht bitten? Bei den sich auf die Scharia berufenden Mörderbanden oder dem türkischen Staat, der parallel zu den Ereignissen in Kobanê/Rojava die Angriffe auf die kurdischen Städte Cizîr (Cizre), Nisêbîn (Nusaybin) oder die Innenstadt Sûr von Amed (Diyarbakır) vorbereitete? Oder gar auf die mit der Türkei aufs engste verflochtene Autonomieregierung in Nord-Irak unter Barzanî vertrauen, deren Peşmerga-Truppen die eigene Bevölkerung vor allem die ÊzidInnen in Şengal schutzlos den heranrückenden Banden des IS auslieferte und gleichzeitig die Grenze nach Syrien/Rojava schlossen?

Die Russen waren nicht in Sicht, die EU schwieg, Iran war damit beschäftigt, kurdische FreiheitskämpferInnen in seinen Foltergefängnissen hinrichten zu lassen.

In dieser Situation traten die US-AmerikanerInnen auf den Plan. Natürlich nicht, weil sie ein einzigartiges basisdemokratisch-rätekommunistisches Projekt unterstützen wollten, sondern weil sie das Bündnis Russland/Assad/Iran verhindern wollten, das Bündnis IS/Türkei/Saudi-Arabien/Katar (trotz aller momentan bestehenden Probleme innerhalb dieses Bündnisses) ihnen aber auch unheimlich wurde. Da ihre Versuche, mit der Freien Syrischen Armee (FSA) eine in ihrem Sinne operierende Kraft aufzubauen, waren kläglich gescheitert. Die einen waren nur am Geld interessiert und völlig korrupt, die anderen kollaborierten mit der Al-Nusra-Front oder dem IS, und die verbliebenen wirklich demokratisch orientierten Kräfte haben sich im Rahmen der FSA den YPG angeschlossen. Als die AmerikanerInnen das realisierten, haben sie sich entschlossen, die YPG/FSA zu unterstützen, um Raqqa befreien zu lassen, bevor dies der syrischen Armee mit russischer Luftunterstützung gelingen würde.

2: Sie sieht das Assad-Regime als legitim an. Das Assad-Regime als Teil der panarabischen Baath-Bewegung in den 1950er und 1960er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat

unter Führung des Vaters des heute in Damaskus herrschenden Assad-Sprosses 1962 die Pässe Hunderttausender KurdInnen eingezogen und sie zu staatenlosen AusländerInnen erklärt. Als in den 1980er Jahren Saddam Hussein mit Giftgas (Halabdscha-Massaker) gegen die aufständischen KurdInnen mit ihren Peşmerga-Einheiten unter Führung Barzanîs vorging, wurde er von der Luftwaffe Assads brüderlich unterstützt, gleichwohl die Assad-Dynastie (Hafiz und jetzt Baschar) wegen ihres alawitisch-schiitischen Hintergrundes eigentlich stets Iran näher stand als dem insbesondere unter Saddam Hussein sunnitisch bestimmten Irak. Aber zwischen Panarabismus auf der Grundlage der Baath-Partei, aus der auch Saddam Hussein kam, und schiitischer Brüderschaft mit Iran wechselte die Waffenbrüderschaft mitunter auf der Basis, dass man sich in diesem Punkt auch mit der damals noch kemalistisch-laizistischen Türkei einig war, die nach Selbstbestimmung drängenden KurdInnen auf keinen Fall zum Zuge kommen zu lassen, zumal diese zunehmend demokratische und Frauenrechte, aber auch Rechte für andere ethnische und religiöse Minderheiten einforderten. So für die assyrischen ChristInnen, die AramäerInnen, die ArmenierInnen, TscherkessInnen und die ÊzîdInnen. Dass dies nun auch noch unter Führung der kommunistisch orientierten PKK auf der theoretisch-organisatorischen Grundlage ihres Vordenkers und Vorsitzenden Abdullah Öcalan erfolgte, schweißte die Allianz der imperialistisch geführten reaktionären Regime zusammen, wobei das Assad-Regime völkerrechtlich genauso wenig legitim ist wie irgendein anderes Regime im Mittleren Osten. Und dazu gehören auch Israel und die Türkei mit ihrer Nichtanerkennung und Unterdrückung der Selbstbestimmungsrechte der PalästinenserInnen bzw. KurdInnen. Legitim ist in der Region in meinen Augen allein die demokratische Selbstverwaltung des Rojava-Projektes.

3. Sie behauptet, dass es neben der Partei der Demokratischen Einheit PYD diverse andere relevante kurdische Parteien in Rojava gebe. Seit den 1980er Jahren gab es immer wieder Versuche, irgendwelche in Europa alimentierten Exil-Organisationen als »Alternative« zu den real existierenden Massenorganisationen wie der Demokratischen Partei der Völker HDP in der Türkei oder PYD in Rojava aufzubauen. Das ist alles kläglich gescheitert, weil weder in der Türkei noch in Syrien irgendjemand davon weiß oder ein Interesse daran hat, was diese in Konferenzen in Berlin, London oder anderswo an Erklärungen verbreiten, während die Menschen in ihrer Heimat um ihr Überleben kämpfen, sterben, überleben und nebenbei noch ein gesellschaftlich einmaliges Modell eines gerechten, friedlichen und nicht von der kapitalistischen Warenwirtschaft bestimmten Lebens in der konkreten Realisierung umzusetzen versuchen. Erfolgreich war der Versuch der Installierung eines korrupten, von den imperialistischen Führungsmächten abhängigen Systems lediglich in Nord-Irak in der kurdischen Autonomiezone, die sich jetzt mittels eines Referendums auch formal von Irak loslösen möchte. Hier hat die vom Barzanî-Stamm dominierte Region aufgrund ihrer Ölvorkommen unter Ausnutzung des an seinen inneren Widersprüchen zwischen SunnitInnen, SchiitInnen und KurdInnen auseinandergefallenen Irak mit Unterstützung der Türkei und vor allem Deutschlands ein völlig skurriles System errichtet, das ich selber erlebt habe. Bestimmend sind türkische Baufirmen, deutsche Hightech-Firmen wie Siemens und Bosch sowie Toyota. Die vor 20 Jahren gegen Saddam Hussein kämpfenden Peşmerga-Einheiten sitzen als gut bezahlte Rentner in den Teehäusern, spielen Tavli (Backgammon) und sind, als der IS vorrückte, sofort abgehauen. Die PKK haben sie vor vielen Jahren versucht, aus den Kandil-Bergen zu vertreiben, was ihnen nicht gelang. Seitdem hat die PKK im Kandil ihr Hauptquartier und hat zur Verteidigung der ÊzîdInnen einige ihrer Guerilla-Einheiten nach Şengal entsandt und den Überlebens-Korridor nach Rojava freigekämpft.

4. Sie schreibt am 7.8.17, »Iran und Türkei bemühen sich um Deeskalation im Bürgerkrieg«. Dass die Türkei und Iran an einer Deeskalation der Situation interessiert seien, ist eine völlig verrückte Sichtweise. Beide Staaten wollen – genau wie das Assad-Regime – ihre Herrschaftsansprüche durchsetzen und haben bestimmt kein Interesse an einer Lösung des Konfliktes, wie ihn die PKK oder die PYD in ihrem konföderalistischen basisdemokratischen Gesellschaftsentwurf nicht nur vorstellen, sondern sogar unter Kriegsbedingungen praktizieren.

Resümee: Strategie und Taktik sind zwei unterschiedliche Dinge. Man kann strategisch für den Kommunismus – also eine gerechte Welt – eintreten und taktisch auf dem Weg dorthin Bündnisse eingehen, von denen man weiß, dass sie in der Zielsetzung nicht dem entsprechen, was man eigentlich will. Dass man aber ohne diese Bündnisse keine Chance hat, das zu erreichen, was man anstrebt. Mao Tse tung hat das die Ausnutzung der Nebenwidersprüche zur Lösung des Hauptwiderspruchs genannt, nämlich die Überwindung der von den Imperialisten und ihren Vasallen bestimmten Herrschaft über die ausgebeuteten, unterdrückten und vergewaltigten Ethnien, Lohnabhängigen, Geschlechter und Religionsgemeinschaften – also uns allen. ♦

Die Frage von Staat und Revolution in der Oktoberrevolution

Staat und Freiheit können nicht nebeneinander bestehen

Ferda Çetin

Der berühmte Ausspruch von Wassilij »Wir werden Brot und alles haben!« im bekannten Film »Oktober« brachte nicht nur die Gefühle der Armen in der Sowjetunion, sondern auf der ganzen Welt zum Ausdruck.

Als Ergebnis des Kampfes der Arbeiter, Bauern und Armen kam der Sozialismus zum ersten Mal in einem Land an die Macht und übernahm den Staat und dessen Institutionen. Die Führungskader der Revolution, die seit dem Jahr 1914 die Revolution vorbereiteten und daher oft Haft- oder Verbannungsstrafen erhielten, übernahmen nach 1917 die Verantwortung, »das Gedachte zu realisieren«.

Nach der Oktoberrevolution 1917 führte die Sowjetunion einerseits einen harten Krieg nach außen und andererseits dauerte der konterrevolutionäre Krieg mit aller Gewalt an. Dazu herrschten im Land Mangel und Hungersnot.

1918 war die neugeborene Sowjetmacht mit einer ernsthaften Nahrungsmittelknappheit konfrontiert. Auf einer Sitzung des Lebensmittelausschusses der Volksdeputierten brach der Komiteeleiter Novas plötzlich zusammen. Ein an der Sitzung beteiligter Arzt griff sofort ein und erklärte, Novas habe auf Grund großen Hungers das Bewusstsein verloren.[1]

Im Januar 1982 fanden Zollbeamte am Flughafen von Moskau in der Tasche eines sowjetischen Bürgers bei seiner Ausreise ein geheimes Fach voller Diamanten, die eigentlich einer Löwen-Dompteurin vom Moskauer Staatszirkus gehörten. Kurz nach dem Vorfall wurden der Zirkusdirektor und sein Kumpan festgenommen. Im Haus des Kumpanen fand die Polizei Diamanten im Wert von einer Million US-Dollar und andere Luxusgegenstände, im Haus des Direktors hingegen ausländische, westliche Devisen, kostbaren Schmuck und wertvolle Gemälde. Eigentlich gehörte dieser ganze Reichtum Breschnews Tochter Galina und seinem Sohn Jurij. Die Verfolgung der Angelegenheit wurde dem sowjetischen Geheimdienst KGB übertragen. Der KGB-Vize Tsvigun war ein enger Bekannter Breschnews. Am Ende des Verfahrens wurden die Festgenommenen freigelassen, der Skandal, in den Sohn und Tochter Breschnews verwickelt waren, wurde vertuscht.[2]

Die Ohnmacht des Verantwortlichen für die Lebensmittelverteilung Novas und der Diamantenschmuggel von Galina und Jurij Breschnew sind die besten Beispiele für die Größe und die Kleinheit des sowjetischen Sozialismus.

Der »sozialistische Staat« wurde seit seiner Gründung Schritt für Schritt ausgebaut. Mit dem Erstarken des »vorübergehenden Staates« wurde die Gesellschaft schwächer. Von 1917 bis 1991 standen die Bedürfnisse und Dringlichkeiten der UdSSR immer vor denen der Gesellschaft. Diese von Lenin als Taktik definierte Situation wurde von Stalin in eine Strategie umgewandelt und bis zum Niedergang der Sowjetunion als Staatspolitik fortgeführt.

»Als taktische Notwendigkeit muss die Sowjetrepublik auf der einen Seite ihre ganzen Kräfte mobilisieren, um die Volkswirtschaft zu entwickeln, die Verteidigungsfähigkeit zu stärken und eine starke sozialistische Armee aufzubauen; auf der anderen Seite muss sie auf internationaler politischer Ebene eine Hinhalte- und Verzögerungstaktik anwenden, bis die proletarische Weltrevolution in einer Reihe fortgeschrittener Länder reift.«[3] Die Idee von der Vergänglichkeit des Staates und seines langsamen Absterbens in der sozialistischen Regierungszeit ist von der Gründung bis zu den letzten Tagen des Niedergangs der UdSSR ein tragischer Aberglaube geblieben.

Hegel beschreibt den Staat als »die *göttliche* Idee, wie sie *auf Erden* vorhanden ist«. Nach Max Weber ist der Staat die Gemeinschaft, die »innerhalb bestimmter Grenzen […] das

1 Sovyet Sosyalizminin Dersleri – Li Shenming, Canut Yayın Evi, 2013, S. 72, S. 75.

2 Sovyet Sosyalizminin Dersleri – Li Shenming, Canut Yayın Evi, 2013, S. 72, S. 75.

3 Sovyet Yönetiminin Örgütlenmesi – V. İ. Lenin, Ekim Yayınları.

Monopol legitimer Gewaltanwendung für sich (mit Erfolg) beansprucht«. Während Thomas Hobbes in Leviathan den Staat ein »künstliches, aber notwendiges Gebilde« nennt, ist er für Lenin im Kontext gesellschaftlicher Beziehungen »ein besonderer Apparat, der mit Gewalt den Willen anderer Menschen unterdrückt«[4]. Die kurdische Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan, die den Staat als antigesellschaftliche Institution behandelt, erweitert den Rahmen und definiert ihn als »vorübergehenden Waffenstillstand zwischen der Gesellschaft und der Macht«[5]. Michail Bakunin hat keinen Zweifel daran, dass der Staat etwas »Böses« ist, aus dem aber Lehren gezogen werden können.

Laut Öcalan ist der Kapitalismus »eine tödliche gesellschaftliche Krankheit bzw. ein im Wachstum begriffenes krebsartiges gesellschaftliches Produkt«. Folglich habe »die Ankündigung eines solchen gesellschaftlichen Parasiten als die ›neue fortgeschrittene, siegreiche Gesellschaft‹ alle Sozialwissenschaften beschädigt«

Die Unantastbarkeit, Notwendigkeit und das Monopol zur legitimen Gewaltanwendung des Staates bedürfen eines Knüppels, der über der Gesellschaft kreist. Und genau an diesem Punkt tritt das Problem hervor. In wessen Hand wird der Knüppel auf wessen Rücken niedergehen?

Auch wenn die Definition des Staates in Klassengesellschaften kein sehr umstrittenes Thema ist, werden die Notwendigkeit und die Rolle des Staates in der sozialistischen Gesellschaft und auf der Ebene des Kommunismus sehr kontrovers diskutiert.

Der Staat, in Klassengesellschaften ein Gewaltapparat in den Händen und unter der Kontrolle der Herrschenden, ist mit seiner »Vergänglichkeit«, »Notwendigkeit« und seinen Funktionen in der sozialistischen Gesellschaft immer noch Diskussionsthema.

Wird der Staat mit dem Erreichen der sozialistischen Gesellschaft von selbst absterben und sich auflösen? Ist er eine für den Kampf und die Revolution temporär notwendige Institution? Kann er als ein Werkzeug für den Dienst an der Gesellschaft unter Kontrolle gehalten werden? Wird er in der sozialistischen Gesellschaft in die Definition und den Rahmen als notwendiges und temporäres Werkzeug zur Unterdrückung der Gegner des Proletariats passen? In diesem Zusammenhang ist die Staatsfrage von der Vergangenheit bis heute immer ein Gegenstand der Diskussion zwischen sozialistischen Theoretikern gewesen. Bis heute wurde keine Definition hervorgebracht, auf die sich alle einigen können.

Marx und Engels betrachten den Staat nicht als ewige und unerlässliche Existenz. Der marxistischen Theorie zufolge, welche die Gesellschaft historisch in die primitive, sklavenhalterische, feudale, kapitalistische, sozialistische, kommunistische Etappe aufteilt und diese als einen deterministischen und fortschreitenden Prozess behandelt, wird der Staat mit dem Entstehen der sozialistischen Gesellschaftsordnung Stück für Stück absterben und sich mit dem Übergang zur kommunistischen Gesellschaft auflösen.

Dem historischen Materialismus gemäß müssen diese notwendigen Haltestellen auf dem Weg in den Sozialismus überwunden werden und sind jeweils fortgeschrittenerer Natur als die vorherige Ausbeutungsweise. Die Sklavenhaltergesellschaft ist weiter als die primitiv-kommunalistische Periode, die kapitalistische Etappe fortgeschrittener als die Feudalzeit.

Abdullah Öcalan erhebt Einwände gegen diesen dogmatischen Fortschrittsglauben. Er betont, dass unabhängig von Raum und Zeit die Systeme ohne Staat oder die im Vergleich mit anderen schwächsten Systeme freiheitlicher seien. Laut Öcalan ist der Kapitalismus »eine tödliche gesellschaftliche Krankheit bzw. ein im Wachstum begriffenes krebsartiges gesellschaftliches Produkt«. Folglich habe »die Ankündigung eines solchen gesellschaftlichen Parasiten als die ›neue fortgeschrittene, siegreiche Gesellschaft‹ alle Sozialwissenschaften beschädigt«[6].

Marx und Engels erklären, dass der Staat erstmals in asiatischen Gesellschaften entstanden sei, in denen es keinen privaten Landbesitz gegeben habe, und seine erste Funktion der Schutz der gemeinsamen Interessen der Gemeinschaften gewesen sei. Unterlag der Schutz der gemeinsamen Interessen anfangs auch der Kontrolle der gesamten Gruppe, so sei er mit der Zeit einzelnen Individuen übertragen worden: Streit schlichten, Maßnahmen gegen individuelle gewalttätige Aneignung von Gemeinbesitz ergreifen, unter primitiven Bedingungen wie religiösen Funktionen …

4 The critique of capitalist democracy: An introduction to the theory of the state in Marx, Engels, and Lenin.

5 Demokratik Uygarlık Manifestosu – Abdullah Öcalan, Mezopotamya Yayınları 2012.

6 Demokratik Uygarlık Manifestosu – Abdullah Öcalan, Mezopotamya Yayınları 2012, S. 131, 57.

In »primitiven« Gesellschaften mit erweiterter Arbeitsteilung spezialisieren sich diese Beamten zunehmend, organisieren sich und unterscheiden sich von der übrigen Gesellschaft. Diese Gruppierung in noch größere Einheiten ebnet den Weg für eine neue Arbeitsteilung wie auch für die Schaffung von Organen, die gemeinsame Interessen verteidigen und im Widerspruch stehende Interessen kontrollieren.

Mit der Entwicklung zur Klassengesellschaft und der Teilung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Herrschern und Beherrschten erlangt der Staat eine andere Funktion.

Lenin denkt anders als Marx und Engels und erklärt, dass der Staat zum ersten Mal in der Sklavenhaltergesellschaft entstanden sei. Seine erste Funktion sei es gewesen, die Herrschaft der Sklavenhalter über die Sklaven aufrechtzuerhalten: »In der Zeit, als es noch keine Klassengesellschaft gab, also auch vor der Ära der Sklaverei, und die Menschen unter gleichberechtigten Bedingungen arbeiteten, war keine Gruppe hervorgetreten, die den Rest der Gesellschaft lenkt oder unter ihre Herrschaft bringt. Das wäre auch nicht möglich gewesen. Für die erste Form der Klassenteilung der Gesellschaft, also für die Sklaverei, musste zunächst der Staat entstehen.«[7]

Der Rahmen, den Marx, Engels und Lenin zur Funktion des Staates in Klassengesellschaften skizziert haben, erfährt keine ernsthaften Einwände und wird heutzutage von Sozialisten akzeptiert.

Dieser Akzeptanz zufolge ist die Grundbedingung für die Fortführung der Produktionsweise in Klassengesellschaften die Anbindung der Kraft der Massen an die bewaffnete und organisierte Kraft einer Minderheit. Um das Eigentum zu schützen, die bestehenden Gesetze und die Ordnung aufrechtzuerhalten, seien die Ausbeutenden dazu gezwungen, einen Apparat zu entwickeln und zu kontrollieren, der die Ausgebeuteten unterdrückt. Dieser Apparat, der als Staat bezeichnet wird, sei in der Antike der Staat der Sklavenhalter, im Mittelalter derjenige der feudalen Adligen und heutzutage der Staat der Bourgeoise.

Bis heute besteht Einigkeit an dem Punkt, dass der Staat ein »Werkzeug in der Hand der herrschenden Klasse ist«. Doch Engels erklärt, dass in einigen Situationen dieser Apparat von keiner der beiden Seiten benutzt werde: »In Ausnahmefällen gibt es solche Phasen, in denen sich die einander bekämpfenden Klassen, anstatt sich gegenseitig auszugleichen, mehr annähern und die Staatsmacht vermeintlich als Vermittlerin eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber diesen Klassen gewinnt.«[8] Engels führt als Beispiele für diese außergewöhnlichen Ausnahmefälle die absoluten Monarchien im 17. und 18. Jahrhundert an, das erste und zweite bonapartistische Imperium und das deutsche Imperium Bismarcks.

Solange es Klassen gebe, werde es auch Klassenkämpfe geben, und solange es Klassenkämpfe gebe, werde der Staat existieren. Wenn die Klassen aufgehoben werden würden und der Sozialismus geschaffen sei, würden die Kriege aufhören. Lenin glaubt an die Notwendigkeit dieses Krieges: »Wir akzeptieren Bürgerkriege, also die Kriege der unterdrückten gegen die herrschenden Klassen, die der Sklaven gegen die Sklavenhalter, die der Leibeigenen gegen die Landbesitzer und die der Arbeiter gegen die Bourgeoise als vollständig legitim, fortschrittlich und notwendig.«[9]

Lenin ließ Krupskaya von Zürich aus mitteilen, dass er sich im Rahmen der Revolutionsvorbereitungen von Herbst 1916 bis Anfang 1917 theoretischen Arbeiten widme und sich mit den Werken von Marx und Engels hinsichtlich der Staatsfrage auseinandersetze.

Nach Lenin kann es dem Proletariat nicht genügen, den Staatsapparat zu übernehmen und wie gehabt zu benutzen. Es könne im alten Staatsapparat all das unterdrückerische, traditionelle und irreparable Bürgerliche zerschlagen und an dessen Stelle einen neuen Apparat setzen. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte (Sowjets) sollten diesen Apparat darstellen.

»Zweitens verfügt dieser Apparat über eine enge, unauflösbare, nicht leicht zu bezwingende und in keinster Weise mit den älteren Staatsapparaten zu vergleichende Verbindung zu den Massen und der Volksmehrheit. Da sich dieser Apparat entsprechend dem Volkswillen wandeln und in seiner Zusammensetzung ändern kann, ist er im Vergleich zu den früheren Gebilden viel demokratischer. Er ermöglicht die bewussteste, waghalsigste und am weitesten vorangeschrittene Organisierung der Arbeiter und Bauern, der unterdrückten Klassen. Auf diese Weise kann der Apparat die Vorreiter der unterdrückten Klassen und die bislang völlig vom politischen Leben und der Geschichte ausgeschlossenen Massen emporheben, bilden, weiterentwickeln und auf diesem Wege mit sich vorantreiben.«[10]

J. Stalin wendet sich gegen die Anarchisten, die den Staat völlig ablehnen. Der Staat müsse notwendigerweise in der

7 Marx, Engels, Lenin'de Devlet Kuramı – Stanley W. MOORE, Teori Yayınevi 1979, S. 20, S. 55.

8 Marx, Engels, Lenin'de Devlet Kuramı – Stanley W. MOORE, Teori Yayınevi 1979, S. 20, S. 55.

9 Emperyalist Savaş Üzerine – V. İ. Lenin, Günce Yayınları 1976, S. 114.

10 Sovyet Yönetiminin Örgütlenmesi – V. İ. Lenin, Ekim Yayınları.

»Übergangsphase« für eine gewisse Zeit genutzt werden. Nach der Enteignung der Bourgeoise werde er »absterben«.[11]

Nicht nur Stalin denkt so. Auch die Sozialisten bevorzugen es, den modernen Staat und seine Institutionen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf spezielle Art und Weise zu benutzen. Die Diktatur des Proletariats sei solch eine Übergangsform, gleicherweise ein Staat. Es besteht kein Bedürfnis nach Staat für Freiheit, sondern dafür, die Feinde des Proletariats zu unterdrücken. Wenn es Freiheit gibt, wird es keinen Staat geben.

Öcalan erklärt, dass die Begriffe Staat und Freiheit nicht Seite an Seite stehen könnten. Er entwickelt Kritik an der These, dass der Staat, wenn er auch nur von kurzer Dauer sei, in der Hand des Proletariats absterben werde, wenn seine Lebensdauer abgelaufen ist, und im Interesse der Gesellschaft genutzt werden könne. Es sei so genauso wichtig, wie die Leitung von Macht fernzuhalten, der Macht die Leitungsrechte aus der Hand zu nehmen. So wie die Macht antigesellschaftlich sei, sei die Führung eine gesellschaftliche Macht.

Öcalan erklärt, dass die Begriffe Staat und Freiheit nicht Seite an Seite stehen könnten. Er entwickelt Kritik an der These, dass der Staat, wenn er auch nur von kurzer Dauer sei, in der Hand des Proletariats absterben werde, wenn seine Lebensdauer abgelaufen ist, und im Interesse der Gesellschaft genutzt werden könne.

»Naturgemäß drängt die Staatsmacht in ihrer Beziehung zur Gesellschaft die Demokratie zurück und grenzt sie ein. Die demokratischen Kräfte hingegen wollen ihre Grenzen, den Staat nicht anerkennend, kontinuierlich erweitern. Kern des Problems ist die Verwirrung zwischen dem Staat, der sich selbst mit der Demokratie maskiert, und der Demokratie, die selbst Staat werden will.

Ohne Gleichsetzung mit der Staatsmacht, ohne im Namen von Diktaturen des Volkes oder des Proletariats etwas vorzutäuschen, stellen die demokratischen Selbstverwaltungen das einer richtigen Lösung am nächsten kommende Modell dar. Es ist die Essenz und der Unterschied der demokratischen Selbstverwaltung, weder im Namen des Volkes Staat noch ein einfaches Anhängsel des Staates zu werden.«[12]

Als sich in Russland 1917 die Oktoberrevolution ereignete, war das Bündnis aus Arbeitern, Bauern und Soldaten in der Position und hatte die Kraft, den Staat nicht wie 1915 zusammen mit der Bourgeoise, sondern allein zu leiten. Folglich gab es kein Hindernis mehr. Es war die Zeit gekommen, all diese Fragen und unendlichen Diskussionen in die Praxis umzusetzen.

Marx hatte nach der Erfahrung der Pariser Commune erklärt, dass sich das Proletariat zum Erreichen seiner Ziele nicht damit begnügen werde, den Staatsapparat zu übernehmen und zu gebrauchen. Es werde diese Maschine zerschlagen und an ihre Stelle einen neuen Apparat, seinen eigenen, setzen. Dies waren die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte.

»Der Kapitalismus als Ergebnis der Etappen vor dem Sozialismus spielte im Kampf gegen den Feudalismus eine befreiende Rolle für die Nationen. In der imperialistischen Phase hingegen ist er so reaktionär geworden, dass er die Nationen am meisten unterdrückt. Der früher fortschrittliche Kapitalismus ist nun reaktionär.«[13]

Die imperialistische Stufe des Kapitalismus ist sowohl die Etappe der Reife als auch der Fäulnis des Kapitalismus. Wie wird der Kapitalismus überwunden, der sich dem »historischen Fortschrittsgesetz« entsprechend verändern muss, aber gleichzeitig seine stärkste und reifste Zeit erlebt?

Dem Anführer der sowjetischen Revolution von 1917 Lenin zufolge: »Der Kapitalismus und der Imperialismus können nur durch eine ökonomische Umwälzung beseitigt werden. Man kann den Kapitalismus nicht besiegen, ohne die Banken in Besitz zu nehmen, ohne das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben.«

Im Jahr 1936 angelangt erklärte Stalin, dass die sozialistische Revolution größtenteils zum Sieg gelangt sei. Ihm zufolge war in allen Wirtschaftsbereichen die sozialistische Transformation abgeschlossen und die sozialistische Gesellschaft aufgebaut. Die Frage »Wer wird wen besiegen?« sei grundlegend gelöst und der Sozialismus in der UdSSR habe gesiegt. Die Sowjetunion war zu einem großen Industrieland geworden, das sich gegen äußere Angriffe verteidigen und die nationale Sicherheit gewährleisten konnte. Dementsprechend kam Stalin auf drei Ergebnisse:

11 SBKP(B)'deki Sağ Sapma Üzerine – J. V. Stalin, İnter Yayınları, S. 72.

12 Demokratik Uygarlık Manifestosu – Abdullah Öcalan, Mezopotamya Yayınları, S. 37.

13 Emperyalist Savaş Üzerine – V. İ. Lenin, Günce Yayınları 1976, S. 116, S. 173.

Die erste Etappe der kommunistischen Gesellschaft, von der Marx und Engels schrieben, sei grundlegend umgesetzt. Die Veränderungen in der Eigentumsstruktur, dem ökonomischen System des Landes und der Klassenstruktur seien erfolgreich realisiert worden. Das sozialistische System sei vorherrschend in Industrie, Landwirtschaft und Handel. Die sowjetische Schwerindustrie habe sich entwickelt, der Kapitalismus sei aus allen Bereichen der Industrie verjagt worden.

Die Existenz der kapitalistischen Klasse in der Landwirtschaft und die der Händler und Wucherer im Handelsbereich habe ein Ende gefunden. Somit seien alle ausbeuterischen Klassen in der Gesellschaft liquidiert worden.

Doch weder Stalin noch später Chruschtschow, Breschnew, Jelzin und andere hatten die geringste Idee von gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein oder der seelischen und geistigen Welt des sowjetischen Menschen. In der Sowjetunion wurde das Glück des Menschen und der Gesellschaft mit wirtschaftlichen Indikatoren, technologischen Entwicklungen, Aufrüstung und Wettbewerbsmaßstäben gegenüber kapitalistischen Staaten gemessen.

Die Büros, die in der Zeit von Hungersnot und Nahrungsmittelknappheit dem Volk Lebensmittel verteilten, haben ihr Aussehen geändert; statt dass Menschen mit Schüsseln und Stoffbeuteln in Warteschlangen auf Brot und Essen warten, stehen nun Funktionäre und Mitglieder der Kommunistischen Partei mit Pelzmütze und Kalpak in der Schlange, um Artikel aus kapitalistischen Ländern zu erwerben, deren Verkauf verboten ist. Und das nicht geheim, sondern mitten in Moskau unter den Blicken aller.



Plakat der russischen Revolution: »Schütze das Buch, es ist ein treuer Genosse im Feld und bei der Arbeit«

Als der Staat, der zu Jelzins Zeiten erschüttert wurde, unter Gorbatschow zusammenfiel, gab es niemanden, der sich gegen den Niedergang erhob, noch jemanden, der ihm nachtrauerte. Im zusammenbrechenden Staat gab es nichts, was der Gesellschaft gehörte. Es fiel lediglich die Macht derjenigen zusammen, die für sich selbst, für ihre eigenen Interessen und ihre eigene Zukunft den Staat regierten.

Stalin soll in vielen seiner Artikel und Reden vom Antaios aus der griechischen Mythologie gesprochen haben. Antaios hatte außergewöhnliche Kräfte und gewann sie von der Mutter Erde. Solange er seine Beziehung zur Erde aufrechterhielt, gab es keine Kraft, die ihn aufhalten konnte. So wurde er beim Flug in den Himmel getötet. Stalin verglich die Beziehung zwischen kommunistischer Partei und Gesellschaft mit derjenigen zwischen Antonius und der Erde. Er sah diese Beziehung als die alleinige Kraftquelle der Führung und Macht.

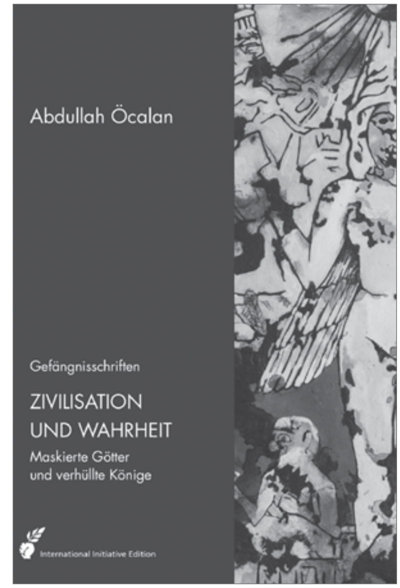
Von der Gründung der Sowjetunion 1917 bis zu ihrem Zusammenbruch 1991 waren die Beziehungen der Avantgarde-Partei (KPdSU) und der Staatsadministration zur Gesellschaft problematisch, bürokratisch und distanziert. Auch wenn in den Kriegs- und Krisenzeiten große Opferbereitschaft, Heldentum und eine große gesellschaftliche Solidarität zu verzeichnen waren, rührte diese »Einheit« mehr aus dem Denken her, Vaterland und Staat zu verteidigen, denn sich für den Sozialismus einzusetzen und die sozialistische Demokratie zu verteidigen.

Seit dem ersten Jahr der Revolution entwickelte sich mit der Zeit eine Elitebildung ihrer Verwalter und führte zur Schwächung der Beziehungen zu »Mutter Erde«. Der Sozialismus, der den Boden unter den Füßen verlor, wurde im Flug frei zum Abschuss. ♦

»Zivilisation und Wahrheit«

Der andere Öcalan

Buchbesprechung von Kerem Schamberger



Abdullah Öcalan
Zivilisation und Wahrheit
Maskierte Götter und verhüllte Könige
Manifest der demokratischen Zivilisation Band 1
ISBN: 978-3-945326-49-7
2017 - 320 Seiten, 12,90 €
Mezopotamien Verlag | https://www.pirtuk.eu

Die deutschen Medien kennen in der Regel nur einen Abdullah Öcalan – den Machtmenschen, den Terroristen. Öcalan hat die PKK gegründet, die Arbeiterpartei Kurdistans, in Deutschland seit 1993 verboten und in vielen Staaten auf der Terrorliste. Mehr muss der Zeitungsleser hierzulande nicht wissen. Sein Buch »Zivilisation und Wahrheit« zeigt den anderen Öcalan: einen linken Vordenker.

»Zivilisation und Wahrheit« ist der erste Teil eines fünfbändigen Opus magnum. Von 2007 bis 2010 füllte der 68-Jährige 2300 A4-Seiten. Ganz ohne Laptop und Internet. Seit dem 15. Februar 1999 sitzt Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı in Isolationshaft. In der Türkei gilt er als »Top-Terrorist«. Die rechtsextreme Partei der Grauen Wölfe, MHP, wünscht sich nach wie vor, dass die Todesstrafe gegen ihn angewandt wird. Ein Grund, warum sie die AKP bei der Umwandlung der Türkei in eine Präsidialdiktatur im vergangenen April tatkräftig unterstützte. Hat Staatspräsident Erdoğan doch die Wiedereinführung der Kapitalstrafe versprochen.

Auch im offiziellen Europa gilt Öcalan als Terrorist und Mörder. Liest man das vorliegende »Zivilisation und Wahrheit«, erhält man das Bild eines rationalen Analytikers, eines Menschen, der wie Nelson Mandela auf Ausgleich und (Geschlechter-) Gleichberechtigung setzt. Übrigens: auch Mandela wurde vom Westen noch bis Ende der 1980er Jahre als Terrorist bezeichnet, nur eben als »schwarzer«.

Öcalans »Manifest der demokratischen Zivilisation« verdient nicht nur wegen der Entstehungsbedingungen Beachtung. Ein Beispiel: In vielen Fällen zitiert Öcalan aus dem Kopf, weil sein Zugang zu Schriften seit 2005 systematisch eingeschränkt wird (S. 8). Dankenswerterweise hat die Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«, die das Buch herausgegeben hat, viele der Zitate geprüft und im Anhang die genauen Wortlaute wiedergegeben.

Öcalan gelingt mit seinem Werk das, was von der Linken in Europa so vermisst wird: eine große Erzählung, eine konkrete Utopie der »globalen Demokratisierung« (S. 32) (vgl. Metscher, 2016). Laut Öcalan befinden wir uns »in der Phase der Auflösung der kapitalistischen Moderne (…), wo für den Kampf für das Gute, Schöne, Freie und Wahre neue Aktionsformen und neue gesellschaftliche Strukturen vonnöten sind« (S. 86). Es braucht ein »von Liebe beseeltes, leidenschaftliches Zupacken« (ebd.).

> »Ohne Geschichte lässt sich eine Gesellschaft weder verstehen, noch lässt es sich als Gesellschaft leben« (S. 108)

Der Inhalt des Buches teilt sich in drei Kapitel auf:

- Methode und Wahrheitsregime
- Quellen der Zivilisation
- Urbane zivilisierte Gesellschaft

Im ersten Teil geht Öcalan dabei auf sein Wissenschaftsverständnis und die entsprechenden Methoden ein. Mit Wahrheitsregime ist »die Frage (gemeint), was Wahrheit ist und ob und wie man sie erlangen kann« (S. 33). Dabei kritisiert Öcalan vor allem die Unterscheidung von »Objektivität« und »Subjektivität«. Im zweiten Kapitel geht es um die Faktoren für die Entstehung von Zivilisationen. Der längste Teil dreht sich dann um die Entwicklung der Menschheit, von den Sumerern und den Zikkurats (Tempeltürme in Mesopotamien) bis zur Entwicklung des Islam.

Um nichts weniger als 5.000 Jahre Menschheitsgeschichte geht es also in »Zivilisation und Wahrheit«. Wie lässt sich ein solches 300-Seiten-Buch besprechen und bewerten? Es ist unmöglich – deshalb keine Rezension, sondern Fragmente.

Das Vorwort stammt von David Graeber (Professor für Anthropologie an der London School of Economics). Für ihn sind die kurdischen Kämpfer und Aktivisten Teil einer Bewegung, »die sich zugleich in einer weit zurückreichenden traditionellen Vergangenheit verorten« (S. 10). Und das ist der Knackpunkt des Buches: Bei der Entwicklung von Gesellschaften spielen nicht nur die letzten 300 Jahre eine Rolle (also die kapitalistische Produktionsweise), sondern die ganze Geschichte, die komplette Vergangenheit. Eine Geschichte, die sich bis heute in der ein oder anderen Form in jedem Menschen widerspiegelt: »Wir (…) wissen, dass es kein Phänomen oder Ereignis, keine Institution, Handlung, Person oder Gesellschaft gibt, die nicht die Einflüsse von Raum und Zeit in sich trägt« (S. 179, 198). Diese Herangehensweise ist zu einer zentralen Methode der kurdischen Bewegung geworden: »Das, was wir heute hier analysieren, ist nicht der jetzige Moment, sondern die Geschichte. Und wir analysieren nicht den einzelnen Menschen, sondern die Klasse, die Gesellschaft.«

Graeber gibt zu bedenken, dass einige Punkte in Öcalans Analyse nicht dem aktuellen Wissensstand von Archäologie und Geschichtswissenschaft entsprechen. Für Öcalan selbst sind seine Aussagen allerdings auch nie »definitiv« (S. 25) und endgültig, sondern Vorschläge zur Interpretation. Zur Richtigkeit der historischen Analyse kann ich als Rezensent nicht viel sagen, da ich kein Anthropologe oder Historiker bin. Aber die Erzählung im Ganzen konstruiert Sinn. Sie lässt hunderttausende Menschen weltweit bis zur Selbstaufopferung handeln und wird damit zu einer eigenen konkreten Realität (Stichwort: Thomas-Theorem). Für Öcalan sind gesellschaftliche Realitäten sowieso nur konstruierte Wahrheiten: »Gesellschaftliche Systeme präsentieren sich durch ihre Legitimationsregime als unveränderlich und sakrosankt. Sie predigen systematisch, dass ihre Institutionen göttlichen Ursprungs seien und berufen sich auf göttliche Legitimation« (S. 74, 75).

Außerdem haben sich, und darauf verweist auch Graeber in seinem Vorwort (S. 18–21), Epistemologien, also Wissenssysteme und ihre zentralen Annahmen, in der Vergangenheit schon oft grundlegend verändert. Warum sollte zum Beispiel Öcalans Annahme einer vorzivilisierten matriarchalen Gesellschaft in Zukunft also nicht auch von westlichen Wissenschaftlern bestätigt werden? Hinweise und Indizien in diese Richtung gibt es viele, angefangen bei Friedrich Engels »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats« (vgl. Lenz & Luig, 1995).

Apropos »zivilisiert«. Der Begriff »Zivilisation« spielt eine hervorgehobene Rolle in dem Werk. Es geht Öcalan darum, diese zu dekonstruieren und nicht als etwas durch und durch Positives darzustellen. In den (Vor-)Worten Graebers ausgedrückt ist Zivilisation »eine Ordnung, die sich als vornehme Herrschaft, Mäßigung, Legalität und Vernunft präsentiert, deren eigentliches Wesen aber Vergewaltigung, Terror, Verrat, Zynismus und Krieg ist« (S. 16).

Insgesamt macht das Buch die Quellen des Denkens von Abdullah Öcalan sehr deutlich: Karl Marx, Theodor Adorno, Fernand Braudel, Friedrich Nietzsche, Michel Foucault, Immanuel Wallerstein, Murray Bookchin. Sie alle unterzieht er einer solidarischen Kritik (S. 86–91), baut aber in vielen Aussagen auf sie auf.

»Wer auf vorgezeichneten Pfaden wandert, bekommt bekanntlich nur die Dörfer und Städte zu sehen, die am Weg liegen« (S. 49)

Das Werk ist durchzogen von einer Auseinandersetzung mit dem Marxismus und bisherigen staatssozialistischen Versuchen. Die Sowjetunion habe sich, so Öcalan, auf einen Systemkampf eingelassen und dabei doch nur die alten Rezepte des Kapitalismus verwendet – Nationalstaat und Industrialismus, ohne Rücksicht auf die Natur und ohne die jahrtausendealten Denkstrukturen der Menschen verändern zu wollen: »Einer der größten Fehler der marxistischen Methode war, ohne zunächst die Revolution in der geistigen Sphäre zu konzentrieren, den gesellschaftlichen Aufbau von den Proletariern zu erwarten, die tagtäglicher Repression und Ausbeutung ausgesetzt waren« (S. 53). Für Öcalan gehört es zur täglichen Praxis im kapitalistischen Hier und Jetzt, »den Utopien von Freiheit und Gleichheit in den gesellschaftlichen Strukturen, die wir schaffen wollen, konkreten Ausdruck zu verleihen« (S. 58). Die Schaffung eines neuen Menschen (Che Guevara) müsse also schon vor und während einer fortschrittlichen Umwälzung der Gesellschaft geschehen. Sie ist Voraussetzung des Aufbaus von etwas Neuem und nicht erst Ergebnis dessen.

Auch die Deutung der Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen hält er für »extrem reduktionistisch« (S. 175), denn bisher seien alle gestürzten Zivilisationen mit den Machthabern und ihren Knechten gemeinsam untergegangen: »Genauer gesagt: die Geschichte verläuft nicht gemäß der engen Logik ›Klasse gegen Klasse‹. (…) Gründung und Zerfall von Systemen von Macht und Zivilisation laufen nach anderen Deutungen und Strategien ab. Die Logik des Klassenkampfs bedeutet entweder, sich dem bestehenden Machtsystem (der Zivilisation) bewusst als neue Form der Macht anzuschließen, oder (…) nichts anderes zu erreichen, als frisches Blut für sie zu werden, wie es die

Sowjets und China gezeigt haben. Diese Interpretation möchte ich zur Diskussion stellen« (S. 176). Es gehe laut Öcalan nicht darum, die Macht zu erringen, sondern sie insgesamt zu hinterfragen: »Die Gründer des Sozialismus kamen über die Kultur der zivilisierten Gesellschaft an die Macht. (…) Sie wollten nicht verstehen, dass die prächtige Hure namens ›Macht‹ jeden Freier verführen würde« (S. 180).

Insgesamt stellt Öcalan viele seiner Thesen »zur Diskussion« (S. 176), sieht seine Schriften als »amateurhaft« (S. 198) und will nicht anmaßend sein (S. 196). Damit widerlegt er das Klischee eines überheblichen, sich selbst als unfehlbar sehenden kurdischen Führers und begibt sich in eine Arena der Diskussion, die nicht ungefüllt bleiben sollte. Auch der erstaunlich hartnäckige Vorwurf des Nationalismus gegen die kurdische Bewegung ist nach der Lektüre des Buches kaum aufrecht zu halten. So schreibt Öcalan: »Ich möchte ganz klar sagen, dass mir nicht im Traum einfiele, Nationalismus (…) zu betreiben. Vielmehr bin ich überzeugt, dass meine Interpretation gerade jeglichem Nationalismus entgegenwirkt« (S. 110), denn »darauf zu beharren, immer ›identisch‹ bleiben zu wollen, ist die Negation von Entwicklung« (S. 65).

Zikkurat und Zivilisation

Ausgangspunkt für die Entstehung von Zivilisationen ist für Öcalan das System der Zikkurats, das etwa 5.000 v. Chr. in Mesopotamien entstand. Zikkurats sind Tempel, um die sich Gesellschaft organisierte. Sie bestehen aus drei Stufen, die jeweils eine Funktion erfüllen. Im Erdgeschoss lebten die unteren Menschen, die für die Bearbeitung des Bodens (Eigentum der Zikkurats) verantwortlich waren. Im zweiten Stockwerk lebten die Priester, die die Verwaltungsaufgaben übernahmen. Im dritten, obersten Stockwerk lebten imaginäre göttliche Wesen. So stand de facto die Priesterklasse an der Spitze des Tempels. Sie war verantwortlich für die »Konstruktion« von Göttern (S. 152) und die Gestaltung der Gesellschaft (Öcalan: »social engineering«, S. 156). Darauf aufbauend (und umliegend) entstehen eine durch Klassen geprägte Stadt, Kultur und letztendlich ein Klassenstaat (S. 167). Diese Grundlage der Zivilisation spiegele sich bis heute in allen Gesellschaften wider: »Eine europäische Kultur unabhängig von Mesopotamien, der Wiege der Kultur, (…) ist nicht vorstellbar« (S. 249).

Öcalan definiert am Ende des Buches Zivilisation wie folgt: »Nach einer eher wissenschaftlichen Definition, die ich gerne verwende, ist die zivilisierte Gesellschaft diejenige Gesellschaft, welche mit der Stadt und der Aufspaltung in Klassen entstand und die durch die ›Staat‹ genannte Organisation gelenkt wird. (…) Die staatliche Organisation ist im Grunde ein kollektives Instrument, um (…) Eigentum zu schützen und die Gesamtheit des Mehrprodukts an die Eigentümer zu verteilen. (…) Natürlich waren dafür in der Geschichte immer riesige Armeen, Bürokratien, Waffen und Instrumente zur Legitimation notwendig. Zum Staat loyale Wissenschaft, Utopien, Philosophie, Kunst, Recht, Ethik und Religion wurden geschaffen« (S. 260).

In der Entstehung des (National-)Staats aus der Zivilisation der Zikkurats sieht er eines der größten Probleme der Gesellschaft: »Der mindestens fünftausendjährige historische Kampf (…) verläuft zwischen der staatlichen Zivilisation (im Wesentlichen beruhend auf Klassenstadt und -staat) und der nichtstaatlichen demokratischen Zivilisation« (S. 297).

Und hier sind wir wieder bei der Wirkmächtigkeit von Öcalans Denken. Das Ziel der kurdischen Bewegung ist heute nicht mehr die Gründung eines Nationalstaates. Sie will das Zusammenleben im Nahen/Mittleren Osten (und nicht nur dort) in nichtstaatlicher Form auf Basis einer Art Rätedemokratie organisieren, die sich Demokratischer Konföderalismus nennt.

Viele Aspekte des Buches wurden im vorliegenden Text nicht beachtet. So die Rolle der neolithischen Gesellschaft, als einer Art Ur-Kommunismus, die allerdings nicht als »Paradies« (S. 256) zu betrachten sei, oder auch die Entstehung des Patriarchats als Bündnis zwischen alten Männern mit militärischer Macht und Schamanen, den Vorgängern der Priester der Zikkurat.

Wer Einblick in die Gedankenwelt der kurdischen Bewegung und ihres inhaftierten Vordenkers Abdullah Öcalan gewinnen will, der sollte sich intensiv mit diesem Werk beschäftigen. Denn es spielt bei der Neugestaltung des Mittleren Ostens, insbesondere Rojavas, eine tragende Rolle. Die Gründung von Lesekreisen, die die einzelnen Kapitel kritisch diskutieren, dürfte für ein tiefergehendes kritisches Verständnis sinnvoll sein. Ein Anhang mit weiterführender Literatur, besonders zum aktuellen Stand der archäologischen Ausgrabungen in Mesopotamien, hätte nicht geschadet, da Öcalan zu seinen historisch-archäologischen Quellen keine Angaben macht.

Wie zu Beginn schon geschrieben: Mit »Zivilisation und Wahrheit« wird eine Seite Öcalans deutlich, die im medialen Diskurs des Westens nicht existiert und nur wenigen Menschen bekannt ist. Leider wird es das Buch schwer haben, auf dem deutschen Büchermarkt wahrgenommen zu werden, da es mit der »International Initiative Edition« in keinem großen Verlag erschienen ist. Es hat aber Aufmerksamkeit und Diskussion verdient. Deshalb bleibt zu hoffen, dass Rezensionen wie diese dazu anregen, das Buch durchzuarbeiten. Und dass die vier weiteren Bände des »Manifests der demokratischen Zivilisation« so schnell wie möglich ebenfalls ins Deutsche übersetzt werden. ♦

Periodika

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Durch den Beschuss der türkischen Armee brennen in Kurdistan die Wälder und Felder.

Rückseite:
Plakat des 25. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Civaka Azad Infoblätter – Schwerpunkt: Revolution der Frauen in Rojava (Nordsyrien) – Ausgabe 6 / November 2013
civaka-azad.com

Cenî Info – Frauennachrichten vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.
ceni-kurdistan.com

Nûçe – wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei
isku.org

AZADI FREIHEIT infodienst
nadir.org/azadi/

Ronahî – Zeitschrift des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan e.V.
yxkonline.com

AZADÎ FREIHEIT
für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

- Solidarität
- Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung
- Mitglied werden

Informationen:
AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln
Tel: 0221/16 79 39 45
Fax: 0221/16 79 39 48
mail: azadi@t-online.de
web: www.nadir.org/azadi

Der türkische Staat zerstört Natur und Lebensgrundlagen in Nordkurdistan

Der brutale Krieg des türkischen Staates gegen die KurdInnen schließt die Zerstörung von Natur und Lebensgrundlagen ein. Die Kriegsverbrechen nehmen ein noch nie bekanntes Ausmaß!

Als im Juli 2015 Erdoğan den Krieg gegen die KurdInnen wiederlostrat, wurden nicht nur Tausende Zivilisten festgenommen, sondern bereits nach 2 Wochen in Nord-Kurdistan (Südosten des türkischen Staatsgebietes) mehr als 10.000 Hektar Wald vorsätzlich durch die türkische Armee niedergebrannt. Seit Anfang August 2017 brennen wieder die Wälder. Dieses Mal ist vor allem die kurdisch-alevitische, bergige und waldreiche Provinz Dersim (Tunceli) betroffen. Als umweltbewusste Tausende Menschen die an 20 Stellen gelegten Feuer auf eigene Faust löschen wollten, wurden sie von der Armee daran verhindert. Die staatliche Waldbehörde hat bisher gar nicht regiert, was fast immer der Fall ist.

Die Absicht der Armee ist zum einen die Bekämpfung der Guerilla und bessere Bewegung in den schwer zugänglichen Bergen. Zum anderen sollen die oft in der Nähe von Dörfern gelegten Feuer Gärten und Felder zerstören, so dass die Bewohner ihr Land verlassen.

Schon im Winter und Frühjahr 2016 hat der türkische Staat wochenlange bewaffnete Auseinandersetzungen in mehreren Städten zum Anlass genommen, ganze Stadtteile oder gleich Städte dem Erdboden gleichzumachen. Nicht während, sondern nach Ende der Kämpfe wurde der Hauptteil der Zerstörung in 7 Orten durchgeführt und mehr als 250.000 Menschen dauerhaft vertrieben. Im Februar 2017 hat das UN-Kommissariat für Menschenrechte diese Kriegsverbrechen in einem Bericht festgehalten. Nun sollen große Wohnquartiere für teures Geld verkauft werden, auch an Fremde, so dass die ursprüngliche ärmere Bevölkerung kaum zurückkehren kann. Ein besonderer Fall ist die Zerstörung der Altstadt von Diyarbakir, genannt Sur, was seit 2015 Teil einer UNESCO-Welterbestätte ist. Moscheen, Kirchen, Bäder und hunderte Jahre alte Denkmalhäuser sowie tausende Wohnhäuser sind komplett zerstört und das Gebiet immer noch unter Ausgangssperre.

Der HDP-Abgeordnete Mehmet Ali Aslan hat sich in Hasankeyf an einen Felsen gekettet, um gegen die Sprengung der jahrtausendealten menschlichen Siedlungen in dieser Woche dort zu protestieren.

Letzte Woche begann die Zerstörung von ganzen Felsstücken am großen Burgfelsen in der 12.000 Jahre alten Stadt Hasankeyf am Tigris. Das ist ein weiterer Schritt der türkischen Regierung vor der geplanten Flutung eines großen Teils des Tigristales durch den Ilisu-Staudamm, der bis zu 80.000 Menschen ganz oder teilweise die Lebensgrundlagen wegnehmen würde. Den laufenden Krieg nutzt die türkische Regierung, um dieses höchst umstrittene Projekt fertigzustellen, welches auch dem Irak das Wasser abgraben würde. Jahrelange auch internationale Proteste hatten den Staudamm mehrmals gestoppt (eine Hermesbürgschaft wurde 2009 zurückgezogen). Die Zerstörung der Felsen sollen dazu dienen, einen antiken Hafen nach der Flutung nachzuahmen, um so einen Untergangstourismus voranzutreiben. Hasankeyf ist mindestens genauso flächengroß wie Ephesus, hat doppelt so viele menschengemachte Höhlen wie Kappadokien und ist die einzige weitgehend erhaltene Stadt aus der Antike und Mittelalter in Obermesopotamien.

NAV-DEM, August 2017



ISSN 0935–5375